



2025/800

28.4.2025

**BESCHLUSS (EU) 2025/800 DES RATES**

**vom 14. April 2025**

**zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union in dem mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses zur Aufnahme eines neu erlassenen Rechtsakts der Union in Anhang 2 des Windsor-Rahmens zu vertreten ist**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 50 Absatz 2,

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft <sup>(1)</sup> (im Folgenden „Austrittsabkommen“) wurde von der Union mit dem Beschluss (EU) 2020/135 des Rates <sup>(2)</sup> geschlossen und ist am 1. Februar 2020 in Kraft getreten.
- (2) Nach Artikel 13 Absatz 4 des Windsor-Rahmens <sup>(3)</sup>, der Bestandteil des Austrittsabkommens ist, ist der mit Artikel 164 Absatz 1 des Austrittsabkommens eingesetzte Gemeinsame Ausschuss (im Folgenden „Gemeinsamer Ausschuss“) befugt, Beschlüsse zu fassen, mit denen die einschlägigen Anhänge des Windsor-Rahmens geändert und neu erlassene Rechtsakte der Union, die in den Anwendungsbereich des Windsor-Rahmens fallen, ohne jedoch in den Anhängen des Windsor-Rahmens aufgeführte Rechtsakte der Union zu ändern oder zu ersetzen, darin aufgenommen werden.
- (3) Die Artikel 103 bis 107 und Artikel 109 der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(4)</sup> gelten gemäß Artikel 13 Absatz 3 des Windsor-Rahmens. Die übrigen Bestimmungen der genannten Verordnung — soweit sie Bedingungen und technische Spezifikationen für das Inverkehrbringen von Produkten enthalten oder sich auf die Erbringung von Dienstleistungen beziehen, die sich auf den freien Warenverkehr auswirken können — stellen Bestimmungen eines neu erlassenen Rechtsakts der Union dar, der in den Anwendungsbereich des Windsor-Rahmens fällt und in Anhang 2 des Windsor-Rahmens aufgenommen werden sollte. Dies gilt nicht für die Artikel 102, 108 und 110 der Verordnung (EU) 2024/1689.
- (4) Der Gemeinsame Ausschuss sollte auf seiner nächsten Sitzung einen Beschluss gemäß Artikel 13 Absatz 4 des Windsor-Rahmens annehmen, mit dem dieser neu erlassene Rechtsakt der Union in Bezug auf Bestimmungen, die Bedingungen und technische Spezifikationen für das Inverkehrbringen von Produkten enthalten oder sich auf die Erbringung von Dienstleistungen beziehen, die sich auf den freien Warenverkehr auswirken können, mit Ausnahme der Artikel 102, 108 und 110 in Anhang 2 des Windsor-Rahmens aufgenommen wird.
- (5) Es ist angezeigt, den Standpunkt festzulegen, der im Namen der Union im Gemeinsamen Ausschuss zur Annahme eines Beschlusses zur Aufnahme des neu erlassenen Rechtsakts der Union in Anhang 2 des Windsor-Rahmens zu vertreten ist —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

<sup>(1)</sup> ABl. L 29 vom 31.1.2020, S. 7, ELI: [http://data.europa.eu/eli/treaty/withd\\_2020/sign](http://data.europa.eu/eli/treaty/withd_2020/sign).

<sup>(2)</sup> Beschluss (EU) 2020/135 des Rates vom 30. Januar 2020 über den Abschluss des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (AbL. L 29 vom 31.1.2020, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2020/135/oj>).

<sup>(3)</sup> Gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023 (AbL. L 102 vom 17.4.2023, S. 87).

<sup>(4)</sup> Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (AbL. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj>).

*Artikel 1*

Der Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem mit Artikel 164 Absatz 1 des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss (im Folgenden „Gemeinsamer Ausschuss“) zu vertreten ist, ist in dem diesem Beschluss beigefügten Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen Ausschusses festgelegt.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 14. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Die Präsidentin*

K. KALLAS

---

## ENTWURF

**BESCHLUSS Nr. .../2025 DES MIT DEM ABKOMMEN ÜBER DEN AUSTRITT DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND AUS DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT EINGESETZTEN GEMEINSAMEN AUSSCHUSSES**

vom ...

**zur Aufnahme eines neu erlassenen Rechtsakts der Union in Anhang 2 des Windsor-Rahmens**

DER GEMEINSAME AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft <sup>(1)</sup> (im Folgenden „Austrittsabkommen“), insbesondere auf Artikel 13 Absatz 4 des Windsor-Rahmens <sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 13 Absatz 4 des Windsor-Rahmens ist der mit Artikel 164 Absatz 1 des Austrittsabkommens eingesetzte Gemeinsame Ausschuss (im Folgenden „Gemeinsamer Ausschuss“) befugt, Beschlüsse zu erlassen, durch die neu erlassene Rechtsakte der Union, die in den Anwendungsbereich des Windsor-Rahmens fallen, in die einschlägigen Anhänge des Windsor-Rahmens aufgenommen werden.
- (2) Nach Artikel 166 Absatz 2 des Austrittsabkommens sind die Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses für die Union und das Vereinigte Königreich verbindlich. Die Union und das Vereinigte Königreich haben diese Beschlüsse, die dieselbe rechtliche Wirkung haben wie das Austrittsabkommen, durchzuführen.
- (3) Die Artikel 103 bis 107 und Artikel 109 der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(3)</sup> gelten gemäß Artikel 13 Absatz 3 des Windsor-Rahmens. Die übrigen Bestimmungen der genannten Verordnung – soweit sie Bedingungen und technische Spezifikationen für das Inverkehrbringen von Produkten enthalten oder sich auf die Erbringung von Dienstleistungen beziehen, die sich auf den freien Warenverkehr auswirken können – stellen mit Ausnahme der Artikel 102, 108 und 110 Bestimmungen eines neu erlassenen Rechtsakts der Union dar, der in den Anwendungsbereich des Windsor-Rahmens fällt und in Anhang 2 des Windsor-Rahmens aufgenommen werden sollte —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) sollte – soweit sie Bedingungen und technische Spezifikationen für das Inverkehrbringen von Produkten und für ihre Inbetriebnahme enthält, die den freien Warenverkehr betreffen – mit Ausnahme ihrer Artikel 102, 108 und 110 in Anhang 2 des Windsor-Rahmens unter Nummer 47 „Sonstiges“ aufgenommen werden.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu ...

*Für den Gemeinsamen Ausschuss*

*Die Ko-Vorsitzenden*

<sup>(1)</sup> Abl. L 29 vom 31.1.2020, S. 7, ELI: [http://data.europa.eu/eli/treaty/withd\\_2020/sign](http://data.europa.eu/eli/treaty/withd_2020/sign).

<sup>(2)</sup> Gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023 (Abl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87).

<sup>(3)</sup> Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Abl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj>).



**ÄNDERUNGEN DER PRAKTISCHEN DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR  
VERFAHRENSORDNUNG DES GERICHTS [2025/810]**

DAS GERICHT —

gestützt auf Art. 243 seiner Verfahrensordnung;

unter Bezugnahme auf die Praktischen Durchführungsbestimmungen zur Verfahrensordnung des Gerichts;

in der Erwägung, dass das Gericht bei der Neufassung der Praktischen Durchführungsbestimmungen zur Verfahrensordnung entschieden hat, in Vorabentscheidungssachen keinen summarischen Sitzungsbericht zu erstellen, um dem beim Gerichtshof geltenden Ansatz zu folgen, der den summarischen Sitzungsbericht in allen bei ihm anhängigen Rechtssachen gemäß der Änderung der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union durch die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 741/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. August 2012 zur Änderung des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union und seines Anhangs I (Abl. 2012, L 228, S. 1) abgeschafft hat;

in der Erwägung, dass der summarische Sitzungsbericht bei Klageverfahren ein Instrument zur Fallbearbeitung darstellt, das es ermöglichen soll, die Rechtssache zusammenzufassen, indem die Klagegründe und das Vorbringen der Parteien zusammengefasst oder umformuliert werden;

in der Erwägung, dass seine generelle Erstellung jedoch wirtschaftliche Auswirkungen hat, da erhebliche Übersetzungskosten entstehen, sowie Auswirkungen auf das Verfahren, insbesondere auf dessen Dauer, da er grundsätzlich drei Wochen vor der Verhandlung fertiggestellt, übersetzt und zugestellt worden sein muss;

in der Erwägung, dass im Hinblick auf einen schnellen und zielgerichteten Ablauf des Verfahrens im Einklang mit einer proaktiven Rechtssachenbearbeitung vorgesehen werden sollte, dass ein summarischer Sitzungsbericht nur erstellt wird, wenn das Gericht oder der Berichtersteller dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Rechtspflege für zweckmäßig erachtet;

in der Erwägung, dass die im Hinblick auf eine gemeinsame mündliche Verhandlung erstellten Sitzungsberichte die einzige Möglichkeit darstellen, von den Klagegründen und dem Vorbringen aller Parteien in den Rechtssachen, die Gegenstand einer solchen Verhandlung sind, Kenntnis zu nehmen;

in der Erwägung, dass sich in der Praxis die Erstellung eines einzigen Sitzungsberichts bei bestimmten gemeinsamen mündlichen Verhandlungen als zweckdienlich erweisen kann, im derzeitigen Wortlaut der entsprechenden Bestimmung jedoch nicht ausdrücklich vorgesehen ist;

in der Erwägung, dass bei gemeinsamen mündlichen Verhandlungen der Sitzungsbericht jeder Rechtssache in der Verfahrenssprache dieser Rechtssache erstellt wird und sich auf den Inhalt dieser Rechtssache beschränkt, die Verfahrenssprachen der Rechtssachen, die Gegenstand einer gemeinsamen mündlichen Verhandlung sind, aber verschieden sein können;

in der Erwägung, dass es aus Gründen einer ordnungsgemäßen Rechtspflege daher angebracht ist, vorzusehen, dass ein summarischer Sitzungsbericht gesondert für jede der von der gemeinsamen mündlichen Verhandlung betroffenen Rechtssachen oder kumulativ für sämtliche dieser Rechtssachen erstellt wird, es sei denn, das Gericht oder der Berichtersteller entscheidet anders, und dass er allen zu dieser mündlichen Verhandlung geladenen Parteien in allen Verfahrenssprachen der betreffenden Rechtssachen zugestellt wird —

ERLÄSST FOLGENDE ÄNDERUNGEN DER PRAKTISCHEN DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG DES GERICHTS:

*Artikel 1*

Die Nrn. 210 und 211 der Praktischen Durchführungsbestimmungen zur Verfahrensordnung des Gerichts <sup>(1)</sup> werden wie folgt gefasst:

- „210. Hält das Gericht oder der Berichterstatter es im Interesse einer ordnungsgemäßen Rechtspflege für zweckmäßig, so erstellt der Berichterstatter einen summarischen Sitzungsbericht, der der Vorbereitung der mündlichen Verhandlung dient. Das Gericht ist bestrebt, den summarischen Sitzungsbericht den Vertretern der Parteien drei Wochen vor der Verhandlung zukommen zu lassen.
211. Entscheidet das Gericht nach Art. 106a der Verfahrensordnung, eine gemeinsame mündliche Verhandlung für mehrere Rechtssachen durchzuführen, so wird für jede der betroffenen Rechtssachen gesondert oder für sämtliche dieser Rechtssachen kumulativ ein summarischer Sitzungsbericht erstellt, es sei denn, das Gericht oder der Berichterstatter entscheidet anders. Diese Sitzungsberichte bzw. dieser Sitzungsbericht werden bzw. wird allen zu dieser Verhandlung geladenen Parteien in allen Verfahrenssprachen der betreffenden Rechtssachen zugestellt.“

*Artikel 2*

Diese Änderungen der Praktischen Durchführungsbestimmungen zur Verfahrensordnung des Gerichts werden im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

Sie treten am 1. Juni 2025 in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 9. April 2025.

*Der Kanzler*  
V. DI BUCCI

*Der Präsident*  
M. VAN DER WOUDE

---

<sup>(1)</sup> ABl. L, 2024/2097 vom 12.8.2024, Berichtigung ABl. L, 2024/90651 vom 24.10.2024.



2025/811

28.4.2025

**DELEGIERTE RICHTLINIE (EU) 2025/811 DER KOMMISSION**

**vom 19. Februar 2025**

**zur Änderung von Anhang I der Richtlinie 2002/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der an Schiffsmeldesysteme zu übermittelnden Informationen**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2002/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 93/75/EWG des Rates <sup>(1)</sup>, insbesondere Artikel 27 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Geopolitische Konflikte mit Auswirkungen auf den Seeverkehr haben in letzter Zeit zu Entwicklungen im Bereich der Beförderung gefährlicher Güter, einschließlich Öl, geführt, die Anlass zu großer Besorgnis geben. Insbesondere die sogenannte Schattenflotte im Sinne der Resolution A.1192(33) der Versammlung der Internationalen Seeschiff-fahrtsorganisation (IMO), die häufig aus unternormigen Schiffen besteht, birgt erhebliche Risiken für die Seeverkehrssicherheit und die Meeresökosysteme.
- (2) Schätzungen zufolge ist die Schattenflotte in den letzten Jahren um 70 % gewachsen und umfasst rund 600 Schiffe. Die intransparente Tätigkeit der Schattenflotte führt zu Schwierigkeiten, insbesondere bei der Feststellung des Status von Bescheinigungen, auch Versicherungsbescheinigungen, und deren Überprüfung. Die vermehrte Beförderung von Öl auf solchen nicht betriebssicheren und nicht versicherten Schiffen untergräbt die Sicherheits- und Umweltnormen im Rahmen der von der IMO entwickelten Instrumente.
- (3) Die Tatsache, dass die verstärkte Tätigkeit der Schattenflotte nicht nur zu einem erhöhten Risiko von Unfällen und Vorkommnissen auf See führt, sondern auch die europäischen Küsten der Mitgliedstaaten einer erhöhten Gefährdung durch Umweltschäden aussetzt, stellt eine unannehmbare Bedrohung für die Sicherheit des menschlichen Lebens auf See und für die Umwelt dar.
- (4) Die rechtlichen Möglichkeiten, im Falle eines Vorfalls die Haftpflicht festzustellen oder eine Entschädigung zu erlangen, können aufgrund der Unklarheit in Bezug auf das Eigentum an den Schiffen und deren Versicherung beschränkt sein, was bedeutet, dass die Beseitigung von Schäden infolge eines Auslaufens von Öl zulasten der betroffenen Mitgliedstaaten und der Union gehen würde.
- (5) Die Richtlinie 2009/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup> über die Versicherung von Schiffseigentümern für Seeforderungen enthält Bestimmungen, wonach — unbeschadet der Anforderungen des Völkerrechts — für alle einen Hafen eines EU-Mitgliedstaats anlaufenden oder in den Küstengewässern eines EU-Mitgliedstaats befindlichen Schiffe unabhängig von der von ihnen geführten Flagge der Nachweis einer Seeversicherung zu erbringen ist. Dies gilt jedoch nicht für Schiffe im Transitverkehr.
- (6) Artikel 5 der Richtlinie 2002/59/EG schreibt vor, dass alle Schiffe, die in das Gebiet eines verbindlichen Schiffsmeldesystems eines EU-Mitgliedstaats einfahren, dieses System bei der Meldung der erforderlichen Informationen befolgen müssen. Darüber hinaus sind nach Artikel 16 Schiffe, die keine Versicherungsbescheinigungen oder Sicherheitsleistungen gemäß internationalen oder EU-Vorschriften gemeldet haben oder keine besitzen, als ein potenzielles Risiko für die Seeschifffahrt oder eine Bedrohung für die Seeverkehrssicherheit, die Sicherheit von Personen oder die Umwelt zu betrachten.
- (7) Mit den bestehenden Anforderungen sind Fälle von Schiffen unabhängig von der von ihnen geführten Flagge, die die Küsten der Mitgliedstaaten im Transitverkehr entlangfahren, ohne einen ihrer Häfen anzulaufen, nicht angemessen abgedeckt; dieses Problem muss angegangen werden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 208 vom 5.8.2002, S. 10, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2002/59/oj>.

<sup>(2)</sup> Richtlinie 2009/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Versicherung von Schiffseigentümern für Seeforderungen (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 128, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2009/20/oj>).

- (8) Die jüngsten internationalen Entwicklungen machen deutlich, dass robuste Maßnahmen erforderlich sind, um den Risiken zu begegnen, die von nicht betriebssicheren und nicht versicherten Schiffen ausgehen. Die Entschließung A.1192(33) der IMO-Versammlung (Dezember 2023) fordert Maßnahmen zur Vereitelung der illegalen Tätigkeit der Schattenflotte im Seeverkehr. Mit den überarbeiteten Leitlinien des IMO-Rechtsausschusses (LEG.1/Circ.16, Juni 2024) wurden die Normen für die Anerkennung von Haftpflichtversicherungsbescheinigungen und die Validierung von Anbietern von Sicherheitsleistungen, einschließlich der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (Protection & Indemnity (P&I) Clubs) aktualisiert, während mit den Entschlüssen der Versammlung über den Fonds von 1992 und den Zusatzfonds (Entschlüssen Nr. 14 bzw. Nr. 6, November 2024) die internationale Haftungs- und Entschädigungsregelung gestärkt wurde, die im Rahmen des Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung von 1992, des Übereinkommens über die Errichtung des Fonds von 1992 und des Zusatzfondsprotokolls eingeführt wurde. Um für eine Angleichung an diese internationalen Normen zu sorgen und neu auftretenden Risiken wirksam begegnen können, muss die Richtlinie 2002/59/EG unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen aktualisiert werden.
- (9) Um die Sicherheit des Seeverkehrs und die Vorsorge gegen Verschmutzungen zu stärken und damit die Küstenstaaten den Seeverkehr, insbesondere Schiffe, die gefährliche oder umweltschädliche Ladungen wie Öl befördern, wirksam überwachen können, hat die IMO mehrere verbindliche Schiffsmeldesysteme eingeführt. Diese Systeme sind so konzipiert, dass sie den Austausch wichtiger Informationen über die Bewegungen und die Ladung der Schiffe erleichtern und sicherstellen, dass die zuständigen Behörden unverzüglich informiert werden. In der Union werden diese Informationen über nationale Meldesysteme übermittelt, die mit dem System der Union für den Austausch von Informationen für die Sicherheit des Seeverkehrs (SafeSeaNet) verbunden sind. In Anhang I Nummer 4 der Richtlinie 2002/59/EG ist festgelegt, welche Art von Informationen Schiffe den Behörden über die einschlägigen Meldesysteme übermitteln müssen. Zur Anpassung an die sich wandelnden Betriebs- und Sicherheitsanforderungen muss der genannte Anhang geändert werden, um darin neue Informationen, insbesondere über Versicherungsbescheinigungen, aufzunehmen, die als wesentlich betrachtet werden, um Seeverkehrssicherheit, Umweltschutz und eine wirksame Notfallreaktion zu gewährleisten.
- (10) Die Richtlinie 2002/59/EG sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

#### Artikel 1

Anhang I Nummer 4 Buchstabe X der Richtlinie 2002/59/EG erhält folgende Fassung:

„X. Verschiedenes:

- Merkmale und geschätzte Menge des Bunkertreibstoffs für Schiffe mit über 1 000 BRZ,
- Navigationsstatus,
- eine bzw. mehrere von dem betreffenden Anbieter ausgestellte und an Bord des Schiffes mitgeführte Versicherungsbescheinigungen, mit denen der Nachweis einer Versicherung für Seeforderungen gemäß Artikel 4 der Richtlinie 2009/20/EG erbracht wird, sowie Haftpflichtbescheinigungen, die ausgestellt wurden gemäß
- dem Internationalen Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden von 1992 (Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung von 1992) in der geänderten Fassung,
- dem Internationalen Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für Schäden durch Bunkerölverschmutzung von 2001 (Bunkeröl-Übereinkommen von 2001) und
- dem Internationalen Übereinkommen von Nairobi über die Beseitigung von Wracks von 2007 (Nairobi-Übereinkommen von 2007).“

*Artikel 2*

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Sie wenden diese Vorschriften ab dem Tag nach dem Tag ihres Erlasses an.

Beim Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

*Artikel 3*

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

*Artikel 4*

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 19. Februar 2025

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN



2025/813

28.4.2025

**VERORDNUNG (EU) 2025/813 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/44 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 215,

gestützt auf den Beschluss (GASP) 2025/814 des Rates vom 25. April 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen <sup>(1)</sup>,

auf gemeinsamen Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates <sup>(2)</sup> werden die im Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates <sup>(3)</sup> vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt.
- (2) Am 16. Januar 2025 hat der Ausschuss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der gemäß der Resolution 1970 (2011) zu Libyen eingesetzt wurde, die Resolution 2769 (2025) angenommen, die zwei Ausnahmen von dem mit der Resolution 1970 (2011) verhängten Waffenembargo vorsieht.
- (3) Darüber hinaus wird mit der Resolution 2769 (2025) ein neues Kriterium für die Aufnahme in die Liste im Hinblick auf das Einfrieren von Vermögenswerten und das Verbot der Bereitstellung von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen eingeführt. Außerdem wird der Umfang der Maßnahmen gegen die libysche Investitionsbehörde (Libyan Investment Authority, LIA) geändert.
- (4) Da diese Änderungen in den Anwendungsbereich des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union fallen, ist für ihre Umsetzung eine Regelung auf Unionsebene erforderlich, insbesondere um ihre einheitliche Anwendung in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen.
- (5) Die Verordnung (EU) 2016/44 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Verordnung (EU) 2016/44 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 1 werden folgende Buchstaben angefügt:

„j) ‚Vermittlungsdienste‘

- i) die Aushandlung oder Veranlassung von Transaktionen zum Kauf, zum Verkauf oder zur Lieferung von Gütern und Technologien oder von Finanzdienstleistungen oder technischen Dienstleistungen von einem Drittland aus in ein anderes Drittland oder
  - ii) den Verkauf oder Kauf von Gütern und Technologien oder von Finanzdienstleistungen oder technischen Dienstleistungen, wenn sie sich in Drittländern befinden, zwecks Verbringung in ein anderes Drittland;
- k) ‚Finanzmittel oder Finanzhilfen‘ jede Maßnahme, ungeachtet der gewählten Mittel, bei der die betreffende natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung ihre Eigenmittel oder wirtschaftlichen Ressourcen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Zuschüsse, Darlehen, Garantien, Bürgschaften, Anleihen, Akkreditive, Lieferantenkredite, Bestellerkredite, Ein- oder Ausfuhrvorauszahlungen und alle Arten von Versicherungs- und Rückversicherungen, einschließlich Ausfuhrkreditversicherungen, unter Bedingungen oder ohne Bedingungen auszahlt oder sich dazu verpflichtet. Die Zahlung sowie die Bedingungen für die Zahlung des vereinbarten Preises für eine Ware oder Dienstleistung im Einklang mit der üblichen Geschäftspraxis stellen keine Bereitstellung von Finanzmitteln oder Finanzhilfen dar;

<sup>(1)</sup> ABl. L, 2025/814, 28.4.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2025/814/oj>.

<sup>(2)</sup> Verordnung (EU) 2016/44 des Rates vom 18. Januar 2016 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 (ABl. L 12 vom 19.1.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/44/oj>).

<sup>(3)</sup> Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates vom 31. Juli 2015 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen und zur Aufhebung des Beschlusses 2011/137/GASP (ABl. L 206 vom 1.8.2015, S. 34, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2015/1333/oj>).

- l) ‚zuständige Behörden‘ die auf den in Anhang IV aufgeführten Websites angegebenen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten.“

2. Artikel 2 erhält folgende Fassung:

„Artikel 2

- (1) Es ist untersagt:

- a) die in Anhang I aufgeführten zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungen mit oder ohne Ursprung in der Union, unmittelbar oder mittelbar an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Libyen oder zur Verwendung in Libyen zu verkaufen, zu liefern, weiterzugeben oder auszuführen;
- b) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Libyen oder zur Verwendung in Libyen unmittelbar oder mittelbar technische Hilfe oder Vermittlungsdienste im Zusammenhang mit in Anhang I aufgeführten zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungen bereitzustellen;
- c) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Libyen oder zur Verwendung in Libyen unmittelbar oder mittelbar Finanzmittel oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit in Anhang I aufgeführten zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungen für deren Verkauf, Lieferung, Weitergabe oder Ausfuhr oder für die Erbringung von damit verbundener technischer Hilfe bereitzustellen;
- d) wissentlich und vorsätzlich an Tätigkeiten teilzunehmen, mit denen die Umgehung der unter den Buchstaben a bis c genannten Verbote bezweckt oder bewirkt wird.

- (2) Es ist untersagt, in Anhang I aufgeführte zur internen Repression verwendbare Ausrüstungen mit oder ohne Ursprung in Libyen, in Libyen zu erwerben, aus Libyen einzuführen oder zu befördern.

(3) Absatz 1 gilt nicht für Schutzkleidung, einschließlich Körperschutzwesten und Militärhelmen, die vom Personal der VN, Personal der Union oder ihrer Mitgliedstaaten, von Medienvertretern, humanitärem Hilfspersonal und Entwicklungshilfepersonal sowie zugehörigem Personal ausschließlich zum persönlichen Gebrauch vorübergehend nach Libyen ausgeführt wird.

(4) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden unter den ihnen geeignet erscheinenden Bedingungen den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungen genehmigen, nachdem sie festgestellt haben, dass die betreffenden Ausrüstungen ausschließlich zu humanitären Zwecken oder zu Schutzzwecken bestimmt sind.

(5) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden unter ihnen geeignet erscheinenden Bedingungen die Bereitstellung von technischer Hilfe, Finanzmitteln oder Finanzhilfen in Verbindung mit zu interner Repression verwendbaren Ausrüstungen genehmigen, nachdem sie festgestellt haben, dass die betreffenden Ausrüstungen ausschließlich zu humanitären Zwecken oder zu Schutzzwecken bestimmt sind.“

3. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

(1) Es ist untersagt, die in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union (\*) (im Folgenden ‚Gemeinsame Militärgüterliste‘) aufgeführten Güter und Technologien sowie Feuerwaffen, deren Teile, wesentliche Komponenten und Munition im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (\*\*) mit oder ohne Ursprung in der Union unmittelbar oder mittelbar an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Libyen oder zur Verwendung in Libyen zu verkaufen, zu liefern, weiterzugeben oder auszuführen.

- (2) Es ist untersagt:

- a) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Libyen oder zur Verwendung in Libyen unmittelbar oder mittelbar technische Hilfe oder Vermittlungsdienste im Zusammenhang mit den in der Gemeinsamen Militärgüterliste aufgeführten Gütern und Technologien oder Feuerwaffen, dazugehörigen Teilen und wesentlichen Komponenten und Munition im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 oder im Zusammenhang mit der Bereitstellung, Herstellung, Instandhaltung und Verwendung dieser Güter zu erbringen;
- b) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Libyen oder zur Verwendung in Libyen unmittelbar oder mittelbar Finanzmittel oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit den in der Gemeinsamen Militärgüterliste aufgeführten Gütern und Technologien oder Feuerwaffen, dazugehörigen Teilen und wesentlichen Komponenten und Munition im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 für deren Verkauf, Lieferung, Weitergabe oder Ausfuhr oder für die Erbringung von damit verbundener technischer Hilfe oder von Vermittlungsdiensten bereitzustellen;
- c) für die Bereitstellung von bewaffneten Söldnern in Libyen oder zur Verwendung in Libyen unmittelbar oder mittelbar technische Hilfe, Finanzmittel oder Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen;

d) wissentlich und absichtlich an Tätigkeiten teilzunehmen, mit denen die Umgehung der unter den Buchstaben a bis c genannten Verbote bezweckt oder bewirkt wird.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für:

a) den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von nichtletalem militärischem Gerät oder im Zusammenhang damit die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen, die ausschließlich für humanitäre oder Schutzzwecke bestimmt sind;

b) Schutzkleidung, einschließlich Körperschutzwesten und Militärhelme, die von Personal der VN, Personal der Union oder ihrer Mitgliedstaaten, von Medienvertretern, humanitärem Hilfspersonal und Entwicklungshilfspersonal sowie zugehörigem Personal ausschließlich zum persönlichen Gebrauch vorübergehend nach Libyen ausgeführt wird;

c) den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von nichtletalem militärischem Gerät oder im Zusammenhang damit die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen, die ausschließlich für die Unterstützung der libyschen Regierung in Bezug auf Sicherheit oder Entwaffnung bestimmt sind.

(4) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 können die zuständigen Behörden den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von Gütern und Technologien nach Absatz 1 oder die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen nach Absatz 2 genehmigen, sofern der Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr oder die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen, die damit in Zusammenhang stehen, zuvor vom Sanktionsausschuss genehmigt wurde.

(5) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 können die zuständigen Behörden den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von Gütern und Technologien nach Absatz 1 oder die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen nach Absatz 2, die ausschließlich für die Unterstützung der libyschen Regierung in Bezug auf Sicherheit oder Entwaffnung bestimmt sind, genehmigen, sofern der Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr oder die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen, die damit in Zusammenhang stehen, zuvor vom Sanktionsausschuss genehmigt wurde.

(6) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 können die zuständigen Behörden den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von Waffen, leichten Waffen und dazugehörigem Material genehmigen, die ausschließlich zum Gebrauch durch Personal der VN, Medienvertreter, humanitäres Hilfspersonal und Entwicklungshilfspersonal und zugehörigem Personal vorübergehend nach Libyen ausgeführt werden, sofern der betreffende Mitgliedstaat dies dem Sanktionsausschuss im Voraus notifiziert hat und der Sanktionsausschuss nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach dieser Notifikation Einwände dagegen erhoben hat.

(7) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Bereitstellung technischer Hilfe nach Absatz 2 durch die Mitgliedstaaten für libysche Sicherheitskräfte, die ausschließlich dazu bestimmt ist, den Prozess der Wiedervereinigung der libyschen Militär- und Sicherheitseinrichtungen zu fördern, sowie für die vorübergehende Einfuhr von Gütern und Technologien gemäß Absatz 1 nach Libyen, die ausschließlich zur Verwendung durch nicht-libysche Erbringer solcher technischen Hilfe bestimmt sind, für die Bereitstellung dieser Hilfe oder für deren Einsatz zu Schutzzwecken, sofern der betreffende Mitgliedstaat dies dem Sanktionsausschuss im Voraus notifiziert hat.

(8) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Militärflugzeuge oder Marineschiffe, die von einem anderen Mitgliedstaat vorübergehend in das Hoheitsgebiet Libyens ausschließlich zu dem Zweck eingeführt werden, Gegenstände zu liefern oder Tätigkeiten zu erleichtern, die anderweitig von den Absätzen 1 und 2 ausgenommen oder nicht erfasst sind, einschließlich humanitärer Hilfe, sowie nicht für Güter und Technologien nach Absatz 1 zu Verteidigungszwecken, die während eines vorübergehenden Aufenthalts in Libyen die ganze Zeit über an Bord des Schiffes oder Flugzeugs bleiben, oder die sich in der Obhut von nicht-libyschem Personal befinden, das vorübergehend von Bord eines solchen Schiffes oder Flugzeugs gegangen ist.

(\*) Letzte Fassung veröffentlicht in Abl. C, C/2024/1945, 1.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/1945/oj>.

(\*\*) Verordnung (EU) Nr. 258/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Umsetzung des Artikels 10 des Protokolls der Vereinten Nationen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) und zur Einführung von Ausfuhrgenehmigungen für Feuerwaffen, deren Teile, Komponenten und Munition sowie von Maßnahmen betreffend deren Einfuhr und Durchfuhr (Abl. L 94, 30.3.2012, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/258/oj>).“

## 4. Folgender Artikel wird eingefügt:

*„Artikel 3a*

Es ist untersagt, die in der Gemeinsamen Militärgüterliste aufgeführten Güter und Technologien sowie Feuerwaffen, deren Teile, wesentliche Komponenten und Munition im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates unmittelbar oder mittelbar aus Libyen einzuführen, zu erwerben oder weiterzugeben, unabhängig davon, ob sie ihren Ursprung im Hoheitsgebiet Libyens haben.“

## 5. Artikel 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) In Anhang II werden die vom Sicherheitsrat oder vom Sanktionsausschuss gemäß Ziffer 22 der Resolution 1970 (2011), den Ziffern 19, 22 oder 23 der Resolution 1973 (2011), Ziffer 4 der Resolution 2174 (2014), Ziffer 11 der Resolution 2213 (2015), Ziffer 11 der Resolution 2362 (2017), Ziffer 11 der Resolution 2441 (2018) oder Ziffer 18 der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates benannten natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen aufgeführt.“

## 6. Folgender Artikel wird eingefügt:

*„Artikel 11a*

(1) Nach der Mitteilung des betreffenden Mitgliedstaats an den Sanktionsausschuss und unter der Voraussetzung, dass der Sanktionsausschuss die Verwendung eingefrorener Barreserven gemäß Ziffer 14 der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates gebilligt hat, zu der auch Konsultationen mit der Regierung Libyens gehören, genehmigen die zuständigen Behörden dieses Mitgliedstaats die Verwendung eingefrorener Barreserven, die der in Anhang VI unter der Eintragsnummer 1 aufgeführten Organisation gehören, ausschließlich für Investitionen in

- a) risikoarme Termineinlagen bei einem geeigneten Finanzinstitut, das von der in Anhang VI unter der Eintragsnummer 1 aufgeführten Organisation ausgewählt wurde und sich in dem Mitgliedstaat befindet, in dem die Gelder eingefroren sind, im Falle eingefrorener Barreserven gemäß der ‚Empfehlung 7.1‘ gemäß der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates, oder
- b) Rentenzertifikate im Falle eingefrorener Barreserven gemäß der ‚Empfehlung 7.2‘ gemäß der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates,

und zwar in Übereinstimmung mit der Billigung durch den Sanktionsausschuss.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe a genannten risikoarmen Termineinlagen sowie die darauf aufgelaufenen Zinsen bleiben eingefroren. Die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Rentenzertifikate sowie die darauf aufgelaufenen Erträge bleiben eingefroren. Jede Reinvestition unterliegt dem in Absatz 1 genannten Verfahren.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach Absatz 1 erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.“

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZLAPKA



2025/814

28.4.2025

**BESCHLUSS (GASP) 2025/814 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2015/1333 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 29,

auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 31. Juli 2015 den Beschluss (GASP) 2015/1333<sup>(1)</sup> angenommen.
- (2) Am 16. Januar 2025 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (im Folgenden „VN-Sicherheitsrat“) die Resolution 2769 (2025) verabschiedet, in der er sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens bekräftigt und festgestellt hat, dass die Situation in Libyen nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.
- (3) Mit der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates wurden zwei Ausnahmen vom Waffenembargo eingeführt sowie ein neues Kriterium für die Aufnahme in die Liste für diejenigen, für die Einreisebeschränkungen oder das Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen oder beides gelten.
- (4) Außerdem wird mit der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates der Umfang der Maßnahmen gegen die libysche Investitionsbehörde (Libyan Investment Authority, LIA) geändert.
- (5) Für die Durchführung bestimmter Maßnahmen ist ein weiteres Tätigwerden der Union erforderlich.
- (6) Der Beschluss (GASP) 2015/1333 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Beschluss (GASP) 2015/1333 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 werden folgende Absätze angefügt:

„(5) Artikel 1 gilt nicht für jedwede technische Hilfe oder Ausbildung durch die Mitgliedstaaten für libysche Sicherheitskräfte, die ausschließlich dazu bestimmt ist, den Prozess der Wiedervereinigung der libyschen Militär- und Sicherheitseinrichtungen zu fördern, oder für die vorübergehende Einfuhr von Waffen oder anderen Militärgütern nach Libyen, die ausschließlich zur Verwendung durch nicht-libysche Erbringer solcher technischen Hilfe und Ausbildung bestimmt sind, für die Bereitstellung dieser Hilfe oder für deren Einsatz zu Schutzzwecken, soweit dies dem Ausschuss im Voraus gemeldet wurde.“

(6) Artikel 1 gilt nicht für Militärflugzeuge oder Marineschiffe, die von einem anderen Mitgliedstaat vorübergehend in das Hoheitsgebiet Libyens ausschließlich zu dem Zweck eingeführt werden, Gegenstände zu liefern oder Tätigkeiten zu erleichtern, die anderweitig vom Waffenembargo ausgenommen oder nicht erfasst sind, einschließlich humanitärer Hilfe, oder nicht für Waffen und dazugehörige Güter zu Verteidigungszwecken, die während eines vorübergehenden Aufenthalts in Libyen die ganze Zeit über an Bord des Schiffes oder Flugzeugs bleiben, oder die sich in der Obhut von nicht-libyschem Personal befinden, das vorübergehend von Bord eines solchen Schiffes oder Flugzeugs gegangen ist.“

2. Artikel 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Einreise in oder Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet von Personen, die vom Sicherheitsrat oder vom Ausschuss gemäß Nummer 22 der Resolution 1970 (2011), Nummer 23 der Resolution 1973 (2011), Nummer 4 der Resolution 2174 (2014), Nummer 11 der Resolution 2213 (2015), Nummer 11 der Resolution 2362 (2017), Nummer 11 der Resolution 2441 (2018) und Nummer 18 der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates benannt und mit Reisebeschränkungen belegt wurden und in Anhang I aufgelistet sind.“

<sup>(1)</sup> Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates vom 31. Juli 2015 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen und zur Aufhebung des Beschlusses 2011/137/GASP (ABl. L 206 vom 1.8.2015, S. 34, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2015/1333/oj>).

3. Artikel 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Sämtliche Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen, die sich im Eigentum oder unter der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle von Personen und Organisationen, die vom Sicherheitsrat oder vom Ausschuss gemäß Nummer 22 der Resolution 1970 (2011), Nummern 19 und 23 der Resolution 1973 (2011), Nummer 4 der Resolution 2174 (2014), Nummer 11 der Resolution 2213 (2015), Nummer 11 der Resolution 2362 (2017), Nummer 11 der Resolution 2441 (2018) und Nummer 18 der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates benannt und mit dem Einfrieren der Vermögenswerte belegt wurden und in Anhang III aufgelistet sind, werden eingefroren.“

b) Folgende Absätze werden angefügt:

„(15) Nach der Mitteilung des betreffenden Mitgliedstaats an den Ausschuss und unter der Voraussetzung, dass der Ausschuss die Verwendung eingefrorener Barreserven gemäß Nummer 14 der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates gebilligt hat, zu der auch Konsultationen mit der Regierung Libyens gehören, genehmigen die zuständigen Behörden dieses Mitgliedstaats die Verwendung eingefrorener Barreserven, die der in Anhang VI unter der Eintragsnummer 1 aufgeführten Organisation gehören, ausschließlich für Investitionen in

a) risikoarme Termineinlagen bei einem geeigneten Finanzinstitut, das von der in Anhang VI unter der Eintragsnummer 1 aufgeführten Organisation ausgewählt wurde und sich in dem Mitgliedstaat befindet, in dem die Gelder eingefroren sind, im Falle eingefrorener Barreserven gemäß der ‚Empfehlung 7.1‘ gemäß der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates, oder

b) Rentenscheine im Falle eingefrorener Barreserven gemäß der ‚Empfehlung 7.2‘ gemäß der Resolution 2769 (2025) des VN-Sicherheitsrates,

und zwar in Übereinstimmung mit der Billigung durch den Ausschuss.

(16) Die in Absatz 15 Buchstabe a genannten risikoarmen Termineinlagen sowie die darauf aufgelaufenen Zinsen bleiben eingefroren. Die in Absatz 15 Buchstabe b genannten Rentenscheine sowie die darauf aufgelaufenen Erträge bleiben eingefroren.

Jede Reinvestition unterliegt dem in Absatz 15 genannten Verfahren.

(17) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach Absatz 15 erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.“

#### Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZLAPKA



2025/817

28.4.2025

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/817 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/888 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die Republik Moldau destabilisieren**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2023/888 des Rates vom 28. April 2023 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die Republik Moldau destabilisieren <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 4,

gestützt auf den Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 28. April 2023 hat der Rat die Verordnung (EU) 2023/888 angenommen.
- (2) Der Rat hat die in Anhang I der Verordnung (EU) 2023/888 enthaltene Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, überprüft. Auf der Grundlage dieser Überprüfung sollten die Angaben in den Einträgen zu sechs Personen und einer Organisation geändert werden.
- (3) Die Verordnung (EU) 2023/888 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Anhang I der Verordnung (EU) 2023/888 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZŁAPKA

<sup>(1)</sup> ABL L 114 vom 2.5.2023, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/888/oj>.

Anhang I der Verordnung (EU) 2023/888 wird wie folgt geändert:

1. Unter der Überschrift „A. Natürliche Personen“ erhalten die Einträge 1, 3, 8, 9, 14 und 16 folgende Fassung:

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
„1.	Ilan Mironovich SHOR alias Ilan Mironovici ȘOR	Funktion: Unternehmer, Vorsitzender der politischen Partei ‚SHOR‘ (‚ȘOR‘) Geburtsdatum: 6.3.1987 Geburtsort: Tel Aviv, Israel Geschlecht: männlich Staatsangehörigkeit: Republik Moldau, israelisch Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 0971007884125 (Republik Moldau)	<p>Ilan Shor ist ein Politiker (Vorsitzender der ȘOR-Partei) und Unternehmer in der Republik Moldau, der an der illegalen Finanzierung politischer Parteien in der Republik Moldau und an der Aufstachelung zu Gewalt gegen die politische Opposition beteiligt ist. Die ȘOR-Partei unter dem Vorsitz von Ilan Shor war, bevor sie im Juni 2023 für verfassungswidrig erklärt wurde, an der Bezahlung und Ausbildung von Personen beteiligt, die im Rahmen der Proteste in der Republik Moldau Chaos und Aufruhr schüren sollen.</p> <p>Am 13. April 2023 wurde Ilan Shor durch das Berufungsgericht von Chisinau wegen Betrugs und Geldwäsche in der Rechtssache ‚Bankbetrug‘ zu einer 15-jährigen Haftstrafe und Beschlagnahme von Vermögenswerten im Umfang von 254 Mio. EUR verurteilt. Die Mittel aus diesem Bankbetrug im großen Stil sowie Verbindungen zu korrupten Oligarchen und in Moskau niedergelassenen Organisationen wurden und werden nach Aussage der Behörden der Republik Moldau genutzt, um künstlich politische Unruhe im Land zu stiften.</p> <p>Zu seinen auf die Untergrabung der Demokratie in der Republik Moldau ausgerichteten Aktivitäten gehört auch die illegale Bereitstellung von Finanzmitteln zur Unterstützung krenlfreundlicher politischer Tätigkeiten in der Republik Moldau. Ein Beispiel für den Einsatz dieser Mittel ist die Organisation von gewalttätigen Demonstrationen und Protestkundgebungen, vor allem in der Hauptstadt Chisinau, mithilfe von Demonstranten, die von der ȘOR-Partei bezahlt wurden, in den Jahren 2022 und 2023. Nachdem die ȘOR-Partei für verfassungswidrig erklärt wurde, unterstützte Ilan Shor weiterhin die Einflussnahme Russlands auf die politische Szene der Republik Moldau, indem er illegal andere Parteien finanzierte und versuchte, Politiker zu bestechen.</p> <p>Ilan Shor fördert über die in Russland ansässige nichtstaatliche Vereinigung Evrazia und das politische Bündnis ‚Victorie‘ (Sieg) russische Propaganda-Narrative und koordiniert Finanzierungsmaßnahmen, durch die auf die politische Lage in der Republik Moldau Einfluss genommen werden soll.</p> <p>Da Ilan Shor gewalttätige Demonstrationen geplant und geleitet sowie schweres finanzielles Fehlverhalten in Bezug auf öffentliche Gelder gezeigt und unerlaubt Kapital ausgeführt hat und da er versucht hat, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen, ist er für Handlungen verantwortlich, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen. Darüber hinaus steht er mit Evrazia in Verbindung.</p>	30.5.2023

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
3.	Marina TAUBER	<p>Funktion: Mitglied des Parlaments der Republik Moldau (seit März 2019)</p> <p>Geburtsdatum: 1.5.1986</p> <p>Geburtsort: Chisinau, Republik Moldau</p> <p>Geschlecht: weiblich</p> <p>Staatsangehörigkeit: Republik Moldau</p>	<p>Marina Tauber ist die stellvertretende Vorsitzende der ŞOR-Partei von Ilan Shor und ein Mitglied des Parlaments der Republik Moldau. Sie wurde in der Rechtssache ‚Bankbetrug‘ angeklagt, und gegen sie laufen in der Republik Moldau zwei Strafverfahren im Zusammenhang mit illegalen Finanzgeschäften durch eine organisierte kriminelle Gruppe und der Fälschung des Berichts über die Finanzverwaltung der ŞOR-Partei.</p> <p>Am 20. Dezember 2022 führte die Staatsanwaltschaft in Verbindung mit den illegalen Finanzgeschäften der ŞOR-Partei mehrere Durchsuchungen durch. Dabei stießen die Behörden der Republik Moldau auf Gelder, die nach Aussage der Staatsanwaltschaft für die Organisation regierungsfeindlicher Demonstrationen und die Bezahlung der Teilnehmer dieser Demonstrationen bestimmt waren.</p> <p>2023 wurden nach von der Volksbewegung, der auch die ŞOR-Partei angehört, organisierten Demonstrationen Stichwaffen, entzündliche Stoffe und Kampfmesser beschlagnahmt. Es wurden Gewalttätigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten registriert, bei denen 54 Personen, darunter auch Minderjährige, festgenommen wurden. Nach Aussage der Generalinspektion der Polizei der Republik Moldau gehörte Marina Tauber zu den zentralen Organisatoren der Proteste der ŞOR-Partei und der Volksbewegung.</p> <p>Nach Angaben der für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Stelle der Staatsanwaltschaft der Republik Moldau nutzte sie spezielle Kommunikationsmittel, um den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Regionalbüros der ŞOR-Partei im Land direkte Anweisungen zu erteilen, wie Menschen für die Demonstrationen mobilisiert werden sollten, wie die Anfahrt zu den Demonstrationen organisiert werden sollte und wie die Gelder zur Bezahlung der Teilnehmer in Empfang genommen werden sollten.</p> <p>Darüber hinaus koordiniert Marina Tauber Finanzierungsmaßnahmen, durch die auf die politische Lage in der Republik Moldau Einfluss genommen werden soll.</p> <p>Indem Marina Tauber gewalttätige Demonstrationen geplant und geleitet sowie schweres finanzielles Fehlverhalten in Bezug auf öffentliche Gelder gezeigt und unerlaubt Kapital ausgeführt hat und indem sie versucht hat, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen, ist sie für Handlungen verantwortlich, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen.</p>	30.5.2023

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
8.	Arina Evgheni CORȘICOVA	Geburtsdatum: 28.12.1974 Geschlecht: weiblich Staatsangehörigkeit: Republik Moldau Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 0962011898118	<p>Arina Corșicova leitet mehrere Medienkonzerne in der Republik Moldau, von denen einer zwei Fernsehsender – ‚ACCENT TV‘ und ‚PRIMUL ÎN MOLDOVA‘ — besitzt, deren Rundfunklizenzen von der Republik Moldau ausgesetzt wurden. Trotz des Verlusts der Fernsehlizenz verbreitet ‚Primul în Moldova‘ mit Unterstützung der gelisteten Person Ilan Shor weiterhin Falschaussagen mit dem Ziel, die verfassungsmäßige Ordnung der Republik Moldau zu destabilisieren.</p> <p>In diesem Zusammenhang untergräbt Arina Corșicova den demokratischen politischen Prozess in der Republik Moldau.</p> <p>Sie ist eine langjährige Weggefährtin von Ilan Shor, dessen Wahlkampagnen sie in der Vergangenheit finanziert hat, und indirekte Anteilseignerin der ‚Banca Socială‘, die an dem ‚Bankbetrugsfall‘ beteiligt war. ‚ACCENT TV‘ und ‚PRIMUL ÎN MOLDOVA‘ sind finanziell mit Vladimir Plahotniuc und Ilan Shor verbunden.</p> <p>Indem sie den demokratischen politischen Prozess untergräbt und die verfassungsmäßige Ordnung destabilisiert, unterstützt Arina Corșicova Handlungen und politische Maßnahmen, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen. Darüber hinaus steht sie mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	22.2.2024
9.	Dumitru CHITOROAGĂ alias Dumitru CHITORAGA	Geburtsdatum: 23.12.1984 Geschlecht: männlich Staatsangehörigkeit: Republik Moldau Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 2002003101445 Reisepass-Nr.: AB1187605	<p>Dumitru Chitoroagă ist der Verwalter eines Medienkonzerns, der mehrere Rundfunksender in der Republik Moldau besitzt, deren Direktor er auch ist. Diese Rundfunksender verbreiten häufig Botschaften mit dem Ziel, den demokratischen politischen Prozess durch offensichtliche Falschaussagen über die Regierung der Republik Moldau zu behindern und zu untergraben. Zudem bekunden sie ausdrückliche Unterstützung für die gelistete Person Ilan Shor und seine politische Partei ‚SHOR‘ (‚ȘOR‘). Einige dieser Sender befanden sich im Eigentum von Ilan Shor oder wurden von ihm über Mittelsmänner gegründet.</p> <p>Die Republik Moldau hat die Rundfunklizenzen mehrerer Rundfunksender — darunter jene von ‚TV6‘ und ‚ORHEI TV‘, die unter der Verwaltung von Dumitru Chitoroagă stehen — aufgrund der Verbreitung von Falschinformationen über aktuelle politische Ereignisse in der Republik Moldau rechtmäßig ausgesetzt.</p> <p>Daher ist Dumitru Chitoroagă aufgrund der Behinderung und Untergrabung des demokratischen politischen Prozesses für Handlungen verantwortlich, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen. Darüber hinaus steht er mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	22.2.2024

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
14.	Nelli PARUTENCO	<p>Funktion: Gründerin/Direktorin von Evrazia</p> <p>Geburtsdatum: 21.3.1962</p> <p>Geschlecht: weiblich</p> <p>Staatsangehörigkeit: Republik Moldau</p> <p>Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 0970403899047</p>	<p>Nelli Parutenco war bis zum Verbot der politischen Partei ‚SHOR‘ (‚ŞOR‘) von Ilan Shor deren Schatzmeisterin. Angesichts von Ermittlungen gegen die ŞOR-Partei wegen illegaler Finanzierung floh sie 2022 nach Moskau.</p> <p>Nelli Parutenco ist jetzt Gründerin und Direktorin der in Russland ansässigen nichtstaatlichen Vereinigung Evrazia, deren Ziel es ist, die Interessen Russlands in ehemaligen Sowjetrepubliken wie der Republik Moldau zu fördern. Evrazia fördert russische Propaganda-Narrative, unter anderem durch die Beeinflussung kleiner Kinder in Jugendlagern, die sie organisiert. Evrazia dient als Kanal für die Bereitstellung von Finanzmitteln von einer russischen Bank und von Ilan Shor an Bürgerinnen und Bürger sowie für Infrastrukturprojekte in Gagausien und als Kanal für die Finanzierung von von Russland organisierten Schulungen von Bürgerinnen und Bürgern der Republik Moldau für gewaltsame Proteste. Evrazia hat Finanzmittel von Ilan Shor weitergeleitet, um im Jahr 2024 auf die Präsidentschaftswahlen und das Verfassungsreferendum über den Beitritt zur Union Einfluss zu nehmen. Evrazia hat eng mit dem politischen Bündnis ‚Victorie‘ von Shor zusammengearbeitet und dabei finanzielle und logistische Unterstützung geleistet, um den Einfluss Russlands in der Region zu stärken.</p> <p>Über Evrazia versucht Nelli Parutenco daher, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und bedroht dadurch die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, Stabilität und Sicherheit in der Republik Moldau.</p> <p>Nelli Parutenco steht mit Evrazia in Verbindung. Darüber hinaus steht Nelli Parutenco mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	14.10.2024
16.	Mihail VLAH	<p>Funktion: Stellvertretender Gouverneur und Berater für Medienbeziehungen der Gouverneurin der autonomen territorialen Einheit Gagausien</p> <p>Geburtsdatum: 4.2.1978</p> <p>Geschlecht: männlich</p> <p>Staatsangehörigkeit: Republik Moldau</p> <p>Reisepass Nr.: 2000019014568</p>	<p>Mihail Vlah ist Stellvertreter der Gouverneurin (Başkan) Gagausiens, Evghenia Guţul. Er wurde von Evghenia Guţul ernannt, aber seine Ernennung wurde von der Volksversammlung von Gagausien nicht bestätigt. Ferner ist er Guţuls Berater für Medienbeziehungen. Er hat Ilan Shor in Israel getroffen, um die Umsetzung der Wahlpläne von Gouverneurin Guţul in Gagausien zu erörtern. Er hat Demonstrationen, die sich gegen die Behörden der Republik Moldau richteten, Evghenia Guţul unterstützten oder von Ilan Shor bzw. dessen Verbündeten organisiert wurden, geplant und daran teilgenommen. Er hat die Handlungen von Ilan Shor bzw. Evghenia Guţul öffentlich unterstützt. Mihail Vlah steht daher mit Ilan Shor und Evghenia Guţul in Verbindung. Darüber hinaus hat er an einer gewaltsamen Demonstration teilgenommen oder zu Gewalt aufgestachelt, die sich gegen die Regierung der Republik Moldau richteten, und versucht, die verfassungsmäßige Ordnung zu destabilisieren, indem er behauptet hat, die autonome territoriale Einheit Gagausien habe das Recht, diplomatische Vertretungen im Ausland zu eröffnen.</p>	14.10.2024*

2. Unter der Überschrift „B. Juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen“ erhält Eintrag 2 folgende Fassung:

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
„2.“	Evrazia — Autonome nichtgewerbliche Organisation zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit	<p>Art der Organisation: Autonome nichtgewerbliche Organisation</p> <p>Anschrift: Moskau, 127006, Krasnoproletarskaya Str. 7, Büro 4/P, Russische Föderation</p> <p>Registrierungsnummern:            OGRN: 1247700291200;            INN: 9707028663;            KPP: 770701001</p> <p>Website: <a href="https://evrazia.su/">https://evrazia.su/</a></p>	<p>Evrazia ist eine von Nelli Parutenco gegründete nichtstaatliche Vereinigung mit Sitz in Russland. Das Ziel von Evrazia ist, die Interessen Russlands in den ehemaligen Sowjetrepubliken, einschließlich der Republik Moldau, zu fördern. Evrazia fördert russische Propaganda-Narrative, unter anderem durch die Beeinflussung kleiner Kinder in Jugendlagern, die sie organisiert. Evrazia dient als Kanal für die Bereitstellung von Finanzmitteln von einer russischen Bank und von Ilan Shor an Bürgerinnen und Bürger sowie für Infrastrukturprojekte in Gagausien und als Kanal für die Finanzierung von von Russland organisierten Schulungen von Bürgerinnen und Bürgern der Republik Moldau für gewaltsame Proteste. Evrazia hat Finanzmittel von Ilan Shor weitergeleitet, um im Jahr 2024 auf die Präsidentschaftswahlen und das Verfassungsreferendum über den Beitritt zur Union Einfluss zu nehmen. Evrazia hat eng mit dem politischen Bündnis ‚Victorie‘ von Shor zusammengearbeitet und dabei finanzielle und logistische Unterstützung geleistet, um den Einfluss Russlands in der Region zu stärken.</p> <p>Evrazia versucht daher, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen, und bedroht dadurch die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, Stabilität und Sicherheit in der Republik Moldau.</p> <p>Evrazia steht mit Nelli Parutenco in Verbindung. Darüber hinaus steht sie mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	14.10.2024“



2025/820

28.4.2025

**BESCHLUSS (GASP) 2025/820 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**zur Änderung des Beschlusses 2013/184/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 29,  
gestützt auf den Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,  
in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 22. April 2013 den Beschluss 2013/184/GASP <sup>(1)</sup> angenommen.
- (2) Nach einer Überprüfung des Beschlusses 2013/184/GASP und angesichts der anhaltend ernsten Lage in Myanmar/Birma, einschließlich Handlungen, die die Demokratie untergraben, sowie schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen, sollten die geltenden restriktiven Maßnahmen bis zum 30. April 2026 verlängert werden.
- (3) Auf der Grundlage der eingegangenen aktualisierten Informationen sollten die Einträge zu 14 Personen in der Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, im Anhang des Beschlusses 2013/184/GASP geändert werden.
- (4) Der Beschluss 2013/184/GASP sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Beschluss 2013/184/GASP wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 12 Absatz 1 wird das Datum „30. April 2025“ durch das Datum „30. April 2026“ ersetzt.
2. Der Anhang wird gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses geändert.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZŁAPKA

---

<sup>(1)</sup> Beschluss 2013/184/GASP des Rates vom 22. April 2013 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma (ABl. L 111 vom 23.4.2013, S. 75, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec/2013/184\(1\)/oj](http://data.europa.eu/eli/dec/2013/184(1)/oj)).

## ANHANG

Im Anhang des Beschlusses 2013/184/GASP erhalten die Einträge zu den folgenden 14 Personen auf der Liste unter Abschnitt „A. Natürliche Personen gemäß Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1“ folgende Fassung:

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
„18.	Sein Win	<p>Geburtsdatum: 24.7.1956;</p> <p>Geburtsort: Pyin Oo Lwin, Myanmar/Birma;</p> <p>Staatsangehörigkeit: Myanmar;</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Generalleutnant Sein Win ist Angehöriger der Tatmadaw und ehemaliger Verteidigungsminister (vom 24. August 2015 bis 1. Februar 2021). Seit Februar 2021 ist er Vorsitzender der Myanmar War Veterans Organization (MWVO).</p> <p>Am 1. Februar 2021 nahm er zusammen mit anderen Angehörigen der Tatmadaw an der Sitzung des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit teil. Diese Sitzung des Nationalen Rates war verfassungswidrig, da die zivilen Mitglieder des Rates von ihr ausgeschlossen waren. Während dieser Sitzung wurde Myint Swe zum kommissarischen Präsidenten erklärt. Myint Swe hat sodann den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, Min Aung Hlaing, übertragen. Hierdurch wurde gegen das Verfahren für die Ausrufung des Notstands verstoßen, da nach der Verfassung nur der Präsident befugt ist, den Notstand auszurufen.</p> <p>Durch seine Teilnahme an der Sitzung des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit, während der beschlossen wurde, den Notstand auszurufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung zu übertragen, hat Sein Win dazu beigetragen, unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Deshalb ist er verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>2018 haben die Vereinten Nationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht berichtet, die seit 2011 von den Streitkräften und den Ordnungskräften in den Bundesstaaten Kachin, Rakhine und Shan verübt wurden und gegen die Bevölkerungsgruppe der Rohingya gerichtet waren, wobei sie viele dieser Verstöße als schwerste Verbrechen nach dem Völkerrecht eingestuft haben. Sein Win war vom 24. August 2015 bis 1. Februar 2021 Verteidigungsminister und in dieser Funktion unmittelbar für diese an der Bevölkerungsgruppe der Rohingya verübten schweren Verstöße und Missbräuche verantwortlich.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
20.	Mya Tun Oo	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsdatum: 4.5.1961 oder 5.5.1961; Geschlecht: männlich	<p>General Mya Tun Oo ist Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). Er war vom 1. Februar 2021 bis zum 3. August 2023 Verteidigungsminister und ist Mitglied des Staatsverwaltungsrates. Er wurde am 1. Februar 2023 auch zum stellvertretenden Premierminister ernannt. Am 1. August 2023 übernahm er ferner das Amt des Ministers der Union für Verkehr und Kommunikation. Er beaufsichtigt außerdem von der Junta kontrollierte Aufsichtsgremien im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen und Handel.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern. Mya Tun Oo hat an der Sitzung des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit vom 31. Januar 2022 teilgenommen, in der der Notstand bis zum 31. Juli 2022 verlängert wurde. Als Mitglied des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit sowie des Staatsverwaltungsrates war General Mya Tun Oo unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>Zudem hat der Staatsverwaltungsrat Beschlüsse erlassen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Zugangs zu Informationen und das Recht auf friedliche Versammlung eingeschränkt werden. Die unter der Kontrolle des Staatsverwaltungsrates stehenden Streitkräfte und Behörden haben seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, indem sie zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch durch Beschränkung des Zugangs zum Internet eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert haben.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
			<p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates ist General Mya Tun Oo unmittelbar für die repressiven Beschlüsse und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Darüber hinaus ist Mya Tun Oo als Verteidigungsminister für die Angriffe der Streitkräfte im Bundesstaat Kayah vom 25. Dezember 2021, bei denen mehr als 30 Menschen, darunter Kinder und humanitäres Personal, getötet wurden, sowie für Massentötungen und Folterungen von Zivilisten in ganz Myanmar verantwortlich. Als Verteidigungsminister war General Mya Tun Oo außerdem verantwortlich für Bombardierungen, Luftangriffe und andere Fälle massiver Gewalt, die 2022 durch die Streitkräfte Myanmars verübt wurde. Er ist also für schwere Menschenrechtsverletzungen in Myanmar/Birma verantwortlich.</p> <p>2018 haben die Vereinten Nationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht berichtet, die seit 2011 von den Streitkräften und den Ordnungskräften in den Bundesstaaten Kachin, Rakhine und Shan verübt wurden und gegen die Bevölkerungsgruppe der Rohingya gerichtet waren, wobei sie viele dieser Verstöße als schwerste Verbrechen nach dem Völkerrecht eingestuft haben. Mya Tun Oo war von August 2016 bis zu seiner Ernennung zum Verteidigungsminister stellvertretender Stabschef der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) und bekleidete damit den dritthöchsten Rang bei der Tatmadaw. In dieser Funktion hat er die im Bundesstaat Rakhine durchgeführten militärischen Operationen überwacht und die verschiedenen Streitkräfte, einschließlich Armee, Marine und Luftwaffe, und den Einsatz von Artillerie koordiniert. Er ist deshalb für diese an der Bevölkerungsgruppe der Rohingya verübten schweren Verstöße und Missbräuche verantwortlich.</p>	

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
24.	Moe Myint Tun	Geburtsdatum: 24.5.1968; Staatsangehörigkeit: Myanmar; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Moe Myint Tun war Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) und Mitglied des Staatsverwaltungsrates.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung General Min Aung Hlaing übertragen. Am 2. Februar wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates war Generalleutnant Moe Myint Tun unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>Zudem hat der Staatsverwaltungsrat Beschlüsse erlassen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Zugangs zu Informationen und das Recht auf friedliche Versammlung eingeschränkt werden. Die unter der Kontrolle des Staatsverwaltungsrates stehenden Streitkräfte und Behörden haben seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, indem sie zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch durch Beschränkung des Zugangs zum Internet eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert haben.</p> <p>Sein anhaltender Einfluss in der Militärjunta wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass seine Familienangehörigen die Zuschläge bei wichtigen Bauausschreibungen erhalten, die in der Regel nur über Verbindungen zu hochrangigen Beamten erteilt werden.</p> <p>Als ehemaliges Mitglied des Staatsverwaltungsrates ist Generalleutnant Moe Myint Tun unmittelbar für die repressiven Beschlüsse und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.</p> <p>2018 haben die Vereinten Nationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht berichtet, die seit 2011 von den Streitkräften und den Ordnungskräften in den Bundesstaaten Kachin, Rakhine und Shan verübt wurden und gegen die Bevölkerungsgruppe der Rohingya gerichtet waren, wobei sie viele dieser Verstöße als schwerste Verbrechen nach dem Völkerrecht eingestuft haben. Generalleutnant Moe Myint Tun war Befehlshaber des Büros für Sonderoperationen 6 (BSO 6) und bis 2019 Stabschef (Armee) der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). In dieser Funktion überwachte er die Operationen im Bundesstaat Rakhine. Er ist deshalb für diese an der Bevölkerungsgruppe der Rohingya verübten schweren Verstöße und Missbräuche verantwortlich.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
25.	Than Hlaing	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsdatum: 1965; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Than Hlaing ist Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). Am 2. Februar 2021 wurde er zum stellvertretenden Minister für Inneres und zum Polizeichef ernannt und trat am 5. Mai 2022 von diesen Ämtern zurück. Er ist derzeit Teil der Reservestreitkräfte.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Generalleutnant Than Hlaing, der vom Staatsverwaltungsrat ernannt wurde, hat an Handlungen und politischen Maßnahmen, mit denen die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben werden, sowie an Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in Myanmar/Birma bedrohen, mitgewirkt.</p> <p>Zudem haben Ordnungskräfte unter dem Befehl von Generalleutnant Than Hlaing seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert. Als stellvertretender Minister des Inneren und Polizeichef war Generalleutnant Than Hlaing unmittelbar für Entscheidungen über repressive Maßnahmen und Gewalttätigkeiten gegen friedlich Demonstrierende verantwortlich, die von der Polizei durchgeführt wurden; er ist deshalb verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Myanmar/Birma.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
32.	Sai Long Hseng	<p>Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma;</p> <p>Geburtsdatum: 18.4.1947;</p> <p>Geburtsort: Kengtung, Myanmar/Birma;</p> <p>Geschlecht: männlich;</p> <p>Staatsbürgerschaftsnachweis: Katana (Naing) 0052495;</p> <p>Personalausweis-Nr.: 13/KATANA (N)-005249;</p> <p>Position: Ehemaliges Mitglied des Staatsverwaltungsrats</p>	<p>Sai Long Hseng war Mitglied des Staatsverwaltungsrats und seines zentralen Beratungsgremiums.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates und seines zentralen Beratungsgremiums war Sai Long Hseng unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>Zudem hat der Staatsverwaltungsrat Beschlüsse erlassen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Zugangs zu Informationen und das Recht auf friedliche Versammlung eingeschränkt werden. Die unter der Kontrolle des Staatsverwaltungsrates stehenden Streitkräfte und Behörden haben seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, indem sie zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch durch Beschränkung des Zugangs zum Internet eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert haben. Zudem hat der Staatsverwaltungsrat in Teilen des Landes das Kriegsrecht verhängt und somit den Streitkräften die vollständige Kontrolle, einschließlich im Bereich der Verwaltung, der Justiz und der Strafverfolgung, über die betreffenden Gebiete übertragen. In den unter Kriegsrecht stehenden Gebieten werden Zivilpersonen, einschließlich Journalisten und friedliche Demonstranten, vor Militärgerichte gestellt, wodurch ihnen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, einschließlich auf einen wirksamen Rechtsbehelf, entzogen wird. In den Gebieten, in denen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, haben Gewalttätigkeiten der Streit- und Polizeikräfte, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität bedrohen, erheblich zugenommen.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates und seines zentralen Beratungsgremiums ist Sai Long Hseng unmittelbar für die repressiven Beschlüsse und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.</p>	19.4.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
40.	Tin Aung San	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsdatum: 16.10.1960; Geschlecht: männlich; Personalausweis-Nr.: 12/La Ma Na (N) 89 489	<p>Admiral Tin Aung San ist der Oberbefehlshaber der Marine von Myanmar/Birma, Mitglied des Staatsverwaltungsrates und Minister des Büros des Premierministers. Zuvor diente er als Minister für Verkehr und Kommunikation und Verteidigungsminister.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Als Minister der Regierung für Verkehr und Kommunikation war er für Kommunikation und Netze zuständig, das heißt, er hat Entscheidungen getroffen und politische Maßnahmen umgesetzt, die den freien Zugang zu Online-Daten bestimmt haben. Während er diese Funktion innehatte, gab es zahlreiche Abschaltungen und gezielte Verlangsamungen des Internets sowie Anordnungen an Internetanbieter zu verhindern, dass Facebook, Twitter und Instagram online zugänglich sind. Im Januar 2022 wurde ein Entwurf für ein neues Cybersicherheitsgesetz in Umlauf gebracht, wonach es zulässig ist, Überwachungstechnologie zur Überwachung und gezielten Beschattung von Personen zu missbrauchen und somit deren Recht auf freie Meinungsäußerung sowie den Zugang zu Informationen zu unterdrücken. Tin Aung San ist also unmittelbar für die Einschränkung der Pressefreiheit und des Online-Zugangs zu Informationen sowie für die Verletzung des Rechts auf Privatsphäre der Bevölkerung von Myanmar verantwortlich. Dadurch hat er die Demokratie und das Rechtsstaatsprinzip in Myanmar/Birma untergraben.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates, stellvertretender Premierminister sowie ehemaliger Verteidigungsminister war Tin Aung San unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma. Er ist außerdem unmittelbar verantwortlich für die Beschlüsse des Staatsverwaltungsrates über Repressionen, einschließlich Rechtsvorschriften, die die Menschenrechte verletzen und die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger Myanmars einschränken, sowie für die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die von den Sicherheitskräften Myanmars begangen werden.</p>	21.6.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
44.	Aung Naing Oo	<p>Geburtsdatum: 13.10.1962 oder 9.6.1969;                      Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma;                      Geburtsort: Kyaukse, Mandalay, Myanmar/Birma;                      Geschlecht: männlich;                      Anschrift: L 103, Kenyeikthar Lane 6, FMI city, Yangon, Myanmar/Birma;                      Reisepass-Nr.: DM002656;                      Personalausweis-Nr.: 7/PaKhaNa (Naing) 13345; 5/SaKaNa (Naing) 017289</p>	<p>Aung Naing Oo ist der ehemalige Handelsminister. Vom 2. Februar 2021 bis zum 18. August 2022 war er Minister für Investitionen und Außenwirtschaftsbeziehungen. Er wurde vom Staatsverwaltungsrat ernannt, der unter der Leitung von Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing steht und der am 2. Februar 2021 die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates übernommen hat.</p> <p>Als ehemaliger Minister der Regierung ist er Teil des Militärregimes, das durch einen Militärputsch die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung Myanmars/Birmas gestürzt hat. Als Minister für Investitionen und Außenwirtschaftsbeziehungen war er dafür zuständig, das Wirtschaftsleben und Investitionen in Myanmar/Birma zu erleichtern und trägt daher zur Deckung des Finanzbedarfs des Militärregimes bei. In seinen Erklärungen und durch seine Handlungen hat er den Putsch und das Militärregime öffentlich befürwortet, unter anderem durch die Behauptung, dass die internationalen Medien die Krise hochspielten, und indem er nachdrücklich erklärte, dass die Bewegung des zivilen Ungehorsams beendet sei. Darüber hinaus hat er Führungskräfte ausländischer Telekommunikationsunternehmen daran gehindert, das Land ohne Genehmigung zu verlassen, und im Februar 2021 demonstrierende Beamte aus dem Ministerium entlassen. Daher werden durch seine Handlungen, politischen Maßnahmen und Tätigkeiten die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, und er wirkt bei Handlungen mit, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen.</p>	21.2.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
64.	Ni Lin Aung	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalmajor Ni Lin Aung arbeitet seit August 2022 im zentralen Kommandobereich Ost. Er ist der ehemalige Befehlshaber des Kommandobereichs Ost der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). Der Bundesstaat Kayah fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kommandobereichs Ost. Bei einem am 24. Dezember 2021 nahe des Dorfes Moso in der Gemeinde Phruso, Bundesstaat Karenni (Kayah), durchgeführten Angriff wurden mindestens 35 Personen getötet, darunter Zivilpersonen und Kinder sowie zwei humanitäre Helfer der NRO Save the Children. Tatmadaw wird für diesen Angriff verantwortlich gemacht. Als Befehlshaber des Kommandobereichs Ost befahl Generalmajor (ehemaliger Brigadegeneral) Ni Lin Aung unmittelbar die Einheiten im Bundesstaat Kayah, einschließlich derer, die für dieses Massaker verantwortlich sind.</p> <p>Am 21. Juli 2023 wurde Generalmajor Ni Lin Aung zum stellvertretenden Minister für Inneres ernannt und ihm wurde zugleich die Position des Polizeichefs übertragen; am 3. August 2024 kehrte er zu seiner früheren militärischen Position zurück. Als ehemaliger stellvertretender Minister und Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) ist er Teil des Militärregimes, das durch einen Militärputsch die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung Myanmars/Birmas gestürzt hat.</p> <p>Generalmajor Ni Lin Aung ist daher verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma und für schwere Menschenrechtsverletzungen sowie für die Durchführung von Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen.</p>	21.2.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
75.	Phone Myat	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Phone Myat ist seit Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 5 (BSO 5) und war von April 2021 bis Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 3 (BSO 3) der Streitkräfte Myanmars/Birmas (Tatmadaw).</p> <p>Zuvor war er von Juli 2020 bis April 2021 stellvertretender Minister im Innenministerium und von Mai 2019 bis Juli 2020 Befehlshaber des Kommandobereichs West.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 5 befehligt und kontrolliert Phone Myat Streitkräfte im Gebiet von Yangon.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 3 befehligte und kontrollierte Phone Myat die Streitkräfte des Kommandobereichs Südwest (Ayeyarwaddy), des Kommandobereichs Süd (Bago und Magway) und des Kommandobereichs West (Rakhine und Chin).</p> <p>Die Streitkräfte unter seinem Kommando verübten schwere Menschenrechtsverletzungen, Straftaten und Gräueltaten, einschließlich Tötungen, Angriffe gegen die Zivilbevölkerung am Boden und aus der Luft sowie Massaker in der Region Magway, im Bundesstaat Chin und in der Region Bado.</p> <p>In seiner Funktion als Befehlshaber des BSO 5 und ehemaliger Befehlshaber des BSO 3 ist Phone Myat für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
77.	Thet Pon	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Thet Pon ist seit Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 6 (BSO 6) und war von Juni 2020 bis Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 5 (BSO 5) der Streitkräfte Myanmars/Birmas (Tatmadaw). Zuvor war er bis 2017 Befehlshaber des Kommandobereichs Nordwest und zwischen 2017 und Juni 2020 Befehlshaber der Region Yangon.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 6 befehligt und kontrolliert Thet Pon Streitkräfte im Gebiet von Nay Pyi Taw.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 5 befehligte und kontrollierte Thet Pon Streitkräfte und Militärgerichte in der Region Yangon.</p> <p>Im März 2021 führte der Staatsverwaltungsrat in Myanmar/Birma das Kriegsrecht ein, wodurch die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt auf den Leiter der einschlägigen regionalen Militärkommandos überging. Bis Juli 2022 verurteilten Militärgerichte in der Region Yangon 119 Personen zum Tode, viele von ihnen aus politischen Gründen, darunter vier Mitglieder der demokratischen Opposition, die in der Region Yangon hingerichtet wurden.</p> <p>Darüber hinaus verübten Streitkräfte in der Region Yangon Gewalttaten gegen friedlich Demonstrierende und Tötungen friedlich Demonstrierender, wie der Einsatz tödlicher Gewalt bei Protesten gegen die Junta in der Gemeinde Hlaing Tharyar in Yangon am 14. März 2021.</p> <p>In seiner Funktion als Befehlshaber des BSO 6 und ehemaliger Befehlshaber des BSO 5 ist Thet Pon für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
78.	Htein Win	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Admiral Htein Win ist Oberbefehlshaber der Marine sowie ehemaliger Ausbildungsleiter der Streitkräfte und ehemaliger Befehlshaber des Kommandobereichs Süd der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw).</p> <p>Als regionaler Befehlshaber befehligte und kontrollierte er Streitkräfte in den Regionen Bago und Magway.</p> <p>Die Streitkräfte in diesen Regionen führten Luftangriffe und Razzien durch und begingen Brandstiftungen, führten zahlreiche Tötungen durch und setzten Menschen als Schutzschilde ein. Insbesondere die Region Magway ist ein Brennpunkt für brutale Militäroperationen gegen die Opposition, die in der Region Magway nach der Strategie ‚Kill All, Burn All, Loot All‘ (Alle töten, alles verbrennen, alles plündern) durchgeführt werden.</p> <p>In seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Marine sowie als ehemaliger Ausbildungsleiter der Streitkräfte und ehemaliger Befehlshaber des Kommandobereichs Süd ist Htein Win für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022
81.	Nyunt Win Swe	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Nyunt Win Swe ist seit 2023 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 4 (BSO 4). In dieser Funktion befehligt und kontrolliert er Streitkräfte im Gebiet von Yangon. Von Juni 2020 bis Anfang 2023 war er Befehlshaber der Region Yangon der Streitkräfte Myanmars/Birmas (Tatmadaw). In dieser Funktion befehligte und kontrollierte Nyunt Win Swe Streitkräfte in der Region Yangon und beaufsichtigte die Militärgerichte in der Region Yangon.</p> <p>Im März 2021 führte der Staatsverwaltungsrat in Myanmar/Birma das Kriegsrecht ein, wodurch die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt auf den Leiter der einschlägigen regionalen Militärkommandos überging. Bis Juli 2022 verurteilten Militärgerichte in der Region Yangon 119 Personen zum Tode, viele von ihnen aus politischen Gründen, darunter vier Mitglieder der demokratischen Opposition, die in der Region Yangon hingerichtet wurden.</p> <p>Darüber hinaus verübten Streitkräfte in der Region Yangon Gewalttaten gegen friedlich Demonstrierende und Tötungen friedlich Demonstrierender, wie der Einsatz tödlicher Gewalt bei Protesten gegen die Junta in der Gemeinde Hlaing Tharyar in Yangon am 14. März 2021.</p> <p>In seiner Funktion ist Nyunt Win Swe für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
89.	Maung Maung Aye	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsort: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich; Rang: General	<p>General Maung Maung Aye war bis Dezember 2024 Generalstabschef der Armee, der Marine und der Luftwaffe von Myanmar/Birma. Im Dezember 2024 wurde er zum Verteidigungsminister ernannt. In diesen Funktionen ist Maung Maung Aye Teil des Regimes, das im Februar 2021 in Myanmar/Birma die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung gestürzt hat.</p> <p>Er ist aktiv am Kauf von Waffen aus Russland beteiligt. Darüber hinaus trägt er auch dazu bei, die internationale Positionierung der Streitkräfte Myanmars durch Treffen mit Amtskollegen aus anderen Ländern zu stärken.</p> <p>Er ist somit eine natürliche Person, deren Handlungen, politische Maßnahmen oder Tätigkeiten die Demokratie oder die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben und die an Handlungen beteiligt ist, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität in Myanmar/Birma bedrohen, oder solche Handlungen unterstützt. Er ist ferner verantwortlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen.</p>	20.2.2023
95.	Kyaw Swar Lin (alias Kyaw Swar Linn)	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsort: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich; Position: Generalstabschef, ehemaliger Stabschef der Armee und Generalquartiermeister der Streitkräfte Myanmars	<p>Generalleutnant Kyaw Swar Lin war von Mai 2020 bis Dezember 2024 Generalquartiermeister; im Dezember 2024 wurde er zum Generalstabschef der Armee, der Marine und der Luftwaffe von Myanmar/Birma befördert, eine hochrangige Position im Militär von Myanmar/Birma. Von Oktober 2023 bis Dezember 2024 war er außerdem Stabschef der Armee.</p> <p>Darüber hinaus leitet Kyaw Swar Lin die Myanmar Economic Corporation (MEC), eine der beiden großen Konglomerate und Holdinggesellschaften, die vom Militär betrieben werden und Einnahmen für die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) erwirtschaften.</p> <p>Als Generalstabschef, ehemaliger Stabschef der Armee und ehemaliger Generalquartiermeister ist er Teil des Militärregimes, das durch einen Militärputsch die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung Myanmars/Birmas gestürzt hat.</p> <p>Kyaw Swar Lin ist daher eine natürliche Person, die durch ihre Handlungen, politischen Maßnahmen und Tätigkeiten die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergräbt und Handlungen unterstützt, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen.</p>	20.7.2023“



**DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2025/821 DER KOMMISSION**

**vom 23. April 2025**

**zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend  
Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in  
bestimmten Mitgliedstaaten**

*(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2025) 2548)*

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1 Buchstabe c,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Bei der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) handelt es sich um eine infektiöse Viruserkrankung von Vögeln, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Rentabilität von Geflügelhaltungsbetrieben haben und zu Störungen des Handels innerhalb der Union sowie der Ausfuhren in Drittländer führen kann. HPAI-Viren können Zugvögel infizieren, die diese Viren anschließend während ihres Herbst- und Frühjahrszugs über große Entfernungen verbreiten können. Daher birgt das Auftreten von HPAI-Viren bei Wildvögeln die permanente Gefahr, dass diese Viren direkt oder indirekt in Betriebe eingeschleppt werden, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden. Bei einem Ausbruch der HPAI besteht die Gefahr, dass sich der Erreger auf andere Betriebe ausbreitet, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden.
- (2) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 wurde der Rechtsrahmen für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen geschaffen, die auf Tiere oder Menschen übertragbar sind. Die HPAI fällt in der genannten Verordnung unter die Begriffsbestimmung einer gelisteten Seuche und unterliegt den darin festgelegten Seuchenpräventions- und -bekämpfungsvorschriften. Darüber hinaus ergänzt die Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission <sup>(2)</sup> die Verordnung (EU) 2016/429 hinsichtlich der Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen, einschließlich der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die HPAI.
- (3) Am 24. Oktober 2023 hat die Kommission ihren Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 der Kommission <sup>(3)</sup> auf Grundlage der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen, der Sofortmaßnahmen auf Unionsebene im Zusammenhang mit Ausbrüchen der HPAI enthält.
- (4) Insbesondere müssen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 die von den betreffenden Mitgliedstaaten nach Ausbrüchen der HPAI gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 einzurichtenden Schutz- und Überwachungszonen sowie weiteren Sperrzonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses als Schutz- bzw. Überwachungszonen sowie weitere Sperrzonen definierten Gebiete umfassen. Außerdem ist darin festgelegt, dass die in diesen Zonen gemäß der genannten delegierten Verordnung anzuwendenden Maßnahmen mindestens bis zu den in dem genannten Anhang festgelegten Zeitpunkten aufrechterhalten werden müssen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

<sup>(2)</sup> Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: [http://data.europa.eu/eli/reg\\_del/2020/687/oj](http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj)).

<sup>(3)</sup> Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 der Kommission vom 24. Oktober 2023 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L, 2023/2447, 30.10.2023, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec\\_impl/2023/2447/oj](http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2023/2447/oj)).

- (5) Nach neuen Ausbrüchen der HPAI in Betrieben, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden, in Deutschland, Ungarn und Polen wurde der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 kürzlich durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2025/751 der Kommission (\*) geändert, da sich diese Ausbrüche in dem genannten Anhang widerspiegeln müssen.
- (6) Seit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/751 haben Dänemark, Ungarn und Polen der Kommission weitere Ausbrüche der HPAI in Betrieben, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden, gemeldet, und zwar in der Kommune Vesthimmerlands in Dänemark, in den Komitaten Bács-Kiskun, Csongrád-Csanád und Jász-Nagykun-Szolnok in Ungarn sowie in den Woiwodschaften Ermland-Masuren und Großpolen in Polen.
- (7) Dänemark, Ungarn und Polen haben die gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 erforderlichen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen ergriffen, einschließlich der Einrichtung von Schutz- und Überwachungszonen um die Ausbrüche herum. Darüber hinaus hat Polen seine weitere Sperrzone in der Woiwodschaft Großpolen erweitert und neue weitere Sperrzonen in den Woiwodschaften Masowien und Ermland-Masuren eingerichtet.
- (8) Die Kommission hat die von Dänemark, Ungarn und Polen ergriffenen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen geprüft und sich davon überzeugt, dass die Grenzen der von diesen drei Mitgliedstaaten eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen und die Grenzen der weiteren Sperrzonen in Polen ausreichend weit von den Betrieben entfernt sind, in denen die Ausbrüche der HPAI bestätigt wurden.
- (9) Um unnötige Störungen des Handels innerhalb der Union zu verhindern und von Drittländern auferlegte ungerechtfertigte Hemmnisse für den Handel zu vermeiden, ist es notwendig, die gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 von Dänemark, Ungarn und Polen eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen sowie die weiteren Sperrzonen in Polen in Zusammenarbeit mit diesen drei Mitgliedstaaten rasch auf Unionsebene festzulegen.
- (10) Daher sollten die im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 für Dänemark, Ungarn und Polen als Schutz- und Überwachungszonen aufgeführten Gebiete sowie die weiteren Sperrzonen in Polen aktualisiert werden.
- (11) Dementsprechend sollte der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 dahin gehend geändert werden, dass die Regionalisierung auf Unionsebene aktualisiert wird und die gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 von Dänemark, Ungarn und Polen ordnungsgemäß abgegrenzten Schutz- und Überwachungszonen und die weiteren Sperrzonen in Polen aufgenommen werden sowie die Dauer der dort geltenden Maßnahmen festgelegt werden.
- (12) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (13) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der HPAI ist es wichtig, dass die mit dem vorliegenden Beschluss am Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (14) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

---

(\*) Durchführungsbeschluss (EU) 2025/751 der Kommission vom 9. April 2025 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (Abl. L, 2025/751, 14.4.2025, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec\\_impl/2025/751/oj](http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2025/751/oj)).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 23. April 2025

*Für die Kommission*  
Olivér VÁRHELYI  
*Mitglied der Kommission*

## ANHANG

## Teil A

Schutzzonen gemäß Artikel 1 Buchstabe a und Artikel 2 in den betroffenen Mitgliedstaaten\*:

**Mitgliedstaat: Bulgarien**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>Oblast Plovdiv</b>		
BG-HPAI(P)-2025-00006	The following villages in Rodopi municipality: — Tsalapitsa The following villages in Stamboliyski municipality: — Stamboliyski	27.4.2025

**Mitgliedstaat: Dänemark**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
DK-HPAI(P)-2025-00001	Parts of Egedal and Roskilde municipalities are contained within a circle of radius 3 km, centered on GPS coordinates N 55.7411, E 12.1750	23.4.2025
DK-HPAI(P)-2025-00002	Parts of Vesthimmerland and Viborg municipality are contained within a circle of radius 3 km, centered on GPS coordinates N 56.6803, E 9.4133	4.5.2025

**Mitgliedstaat: Deutschland**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>SACHSEN-ANHALT</b>		
DE-HPAI(P)-2025-00009	<b>Landkreis Wittenberg</b> 3 km Schutzzone um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 12.677192, 51.760666. Betroffen sind die Gemeinden mit den jeweiligen Ortsteilen: <b>Kemberg</b> (Kemberg, Gaditz, Gommlo, Dorna) <b>Bad Schmiedeberg</b> (Merkwitz, Schnellin)	20.4.2025

**Mitgliedstaat: Ungarn**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>Komitat Bács-Kiskun</b>		
<p>HU-H-PAI(P)-2025-00013-00025 HU-H-PAI(P)-2025-00027-00031 HU-HPAI(P)-2025-00033 HU-HPAI(P)-2025-00069</p>	<p>Bócsa település teljes közigazgatási területe. Bugac, Bugacpusztaháza, Kaskantyú, Orgovány, Soltvadkert, Szank és Tázlár települések közigazgatási területének a 46.600700 és a 19.542900, a 46.609955 és a 19.529804, a 46.627080 és a 19.471320, a 46.606900 és a 19.533600, a 46.634886 és a 19.491266, a 46.615037 és a 19.550379, a 46.618870 és a 19.547648, a 46.616411 és a 19.444193, a 46.641019 és a 19.550313, a 46.610585 és a 19.499002, a 46.643065 és a 19.546947, a 46.622916 és a 19.537992, a 46.626930 és a 19.545510, a 46.674300 és a 19.496878, a 46.645837 és a 19.513270, 46.630725 és a 19.534905, a 46.682057 és a 19.499820, valamint a 46.650151 és a 19.510271 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>22.4.2025</p>
<p>HU-HPAI(P)-2025-00026 HU-HPAI(P)-2025-00028 HU-HPAI(P)-2025-00032 HU-H-PAI(P)-2025-00035-00036 HU-HPAI(P)-2025-00039 HU-H-PAI(P)-2025-00041-00043 HU-HPAI(P)-2025-00045 HU-H-PAI(P)-2025-00047-00050 HU-H-PAI(P)-2025-00052-00053 HU-H-PAI(P)-2025-00055-00057 HU-H-PAI(P)-2025-00059-00062 HU-H-PAI(P)-2025-00064-00067 HU-H-PAI(P)-2025-00071-00074 HU-H-PAI(P)-2025-00079-00080</p>	<p>Csolyospálos, Harkakötöny, Jászszentlászló, Kiskunmajsa, Kömpöc, Petőfiszállás, Szank és Zsana települések közigazgatási területének a 46.520381 és a 19.652661, a 46.522300 és a 19.646500, a 46.423710 és a 19.850439, a 46.432069 és a 19.808801, a 46.451328 és a 19.854077, a 46.429244 és a 19.858662, a 46.446340 és a 19.841555, a 46.451065 és a 19.838705, a 46.469183 és a 19.760717, a 46.410370 és a 19.838800, a 46.403800 és a 19.834600, a 46.442445 és a 19.847226, a 46.436899 és a 19.834252, a 46.413061 és a 19.850563, a 46.486500 és a 19.677670, a 46.403862 és a 19.836311, a 46.422520 és a 19.861880, a 46.485785 és a 19.676786, a 46.465415 és a 19.809068, a 46.462502 és a 19.813111, a 46.447000 és a 19.743370, a 46.512520 és a 19.724710, a 46.474052 és a 19.746168, a 46.441974 és a 19.848274, a 46.545900 és a 19.878400, a 46.538708 és a 19.820980, a 46.534382 és a 19.835872, a 46.546100 és a 19.779200, a 46.387300 és a 19.862000, a 46.550095 és a 19.799990, a 46.546400 és a 19.789500, a 4707321 és a 5214699, valamint a 46.467048 és a 19.916688 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>7.5.2025</p>
<p>HU-H-PAI(P)-2025-00037-00038 HU-HPAI(P)-2025-00054</p>	<p>Pálmonostora település közigazgatási területének a 46.548871 és a 19.966685, a 46.547390 és a 19.964610, valamint a 46.544086 és a 19.967315 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>22.4.2025</p>
<p>HU-HPAI(P)-2025-00040 HU-HPAI(P)-2025-00063</p>	<p>Tiszaalpár település közigazgatási területének a 46.783440 és a 19.975508, valamint a 46.786884 és a 19.999854 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>22.4.2025</p>
<p>HU-HPAI(P)-2025-00046</p>	<p>Bugac, Bugacpusztaháza, Fülöpjakab, és Jakabszállás települések közigazgatási területének a 46.704927 és a 19.688536 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>22.4.2025</p>
<p>HU-HPAI(P)-2025-00058</p>	<p>Pálmonostora, Petőfiszállás és Pálmonostora települések közigazgatási területének a 46.643039 és a 19.896747 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>22.4.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-HPAI(P)-2025-00070	Lakitelek, Tiszakészke és Tiszaug települések közigazgatási területének a 46.892100 és a 20.033700 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00075 HU-HPAI(P)-2025-00081	Balotaszállás, Kelebia, Kisszállás és Tompa települések közigazgatási területének a 46.227936 és a 19.588637, valamint a 46.264822 és a 19.583936 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00082	Kiskunhalas és Zsana települések közigazgatási területének a 46.407741 és a 19.576788 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00083	Ballószög, Kecskemét és Kerekegyháza települések közigazgatási területének a 46.407741 és a 19.576788 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00084	Kiskunhalas és Pirtó települések közigazgatási területének a 46.491888 és a 19.466367 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025
<b>Komitat Csongrád-Csanád</b>		
HU-HPAI(P)-2025-00026 HU-HPAI(P)-2025-00028 HU-HPAI(P)-2025-00032 HU-H-PAI(P)-2025-00035-00036 HU-HPAI(P)-2025-00039 HU-H-PAI(P)-2025-00041-00043 HU-HPAI(P)-2025-00045 HU-H-PAI(P)-2025-00047-00050 HU-H-PAI(P)-2025-00052-00053 HU-H-PAI(P)-2025-00055-00057 HU-H-PAI(P)-2025-00059-00062 HU-H-PAI(P)-2025-00064-00067 HU-H-PAI(P)-2025-00071-00074 HU-H-PAI(P)-2025-00079-00080	Balástya, Csengele, Forráskút, Kistelek és Üllés települések közigazgatási területének a 46.520381 és a 19.652661, a 46.522300 és a 19.646500, a 46.423710 és a 19.850439, a 46.432069 és a 19.808801, a 46.451328 és a 19.854077, a 46.429244 és a 19.858662, a 46.446340 és a 19.841555, a 46.451065 és a 19.838705, a 46.469183 és a 19.760717, a 46.410370 és a 19.838800, a 46.403800 és a 19.834600, a 46.442445 és a 19.847226, a 46.436899 és a 19.834252, a 46.413061 és a 19.850563, a 46.486500 és a 19.677670, a 46.403862 és a 19.836311, a 46.422520 és a 19.861880, a 46.485785 és a 19.676786, a 46.465415 és a 19.809068, a 46.462502 és a 19.813111, a 46.447000 és a 19.743370, a 46.512520 és a 19.724710, a 46.474052 és a 19.746168, a 46.441974 és a 19.848274, a 46.545900 és a 19.878400, a 46.538708 és a 19.820980, a 46.534382 és a 19.835872, a 46.546100 és a 19.779200, a 46.387300 és a 19.862000, a 46.550095 és a 19.799990, a 46.546400 és a 19.789500, a 47.07321 és a 52.14699, valamint a 46.467048 és a 19.916688 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.5.2025
HU-H-PAI(P)-2025-00037-00038 HU-HPAI(P)-2025-00054	Kistelek és Pusztaszer települések közigazgatási területének a 46.548871 és a 19.966685, a 46.547390 és a 19.964610, valamint a 46.544086 és a 19.967315 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00044	Balástya, Kistelek, Ópustaszer és Pusztaszer települések közigazgatási területének a 46.484635 és a 19.996799 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00051	Csongrád és Szentes települések közigazgatási területének a 46.742300 és a 20.156800 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-HPAI(P)-2025-00040 HU-HPAI(P)-2025-00063	Csongrád település közigazgatási területének a 46.783440 és a 19.975508, valamint a 46.786884 és a 19.999854 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00068	Földeák és Hódmezővásárhely települések közigazgatási területének a 46.441974 19.848274 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	24.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00076	Ásotthalom és Mórahalom települések közigazgatási területének a 46.198711 és a 19.879581 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	4.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00077	Bordány, Domaszék, Szeged, Zákányszék és Zsombó települések közigazgatási területének a 46.295982 és a 19.948492 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	6.5.2025

**Komitat Pest**

HU-HPAI(P)-2025-00034	Törtel település közigazgatási területének a 47.094620 és a 19.942280 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00078	Köröstetétlen település közigazgatási területének a 47.098114 és a 20.103912 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.5.2025

**Komitat Jász-Nagykun-Szolnok**

HU-HPAI(P)-2025-00051	Szelevény település közigazgatási területének a 46.742300 és a 20.156800 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00040 HU-HPAI(P)-2025-00063	Tizsahas település közigazgatási területének a 46.783440 és a 19.975508, valamint a 46.786884 és a 19.999854 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.4.2025
HU-HPAI(P)-2025-00078	Tiszavárkony és Tószeg települések közigazgatási területének a 47.098114 és a 20.103912 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.5.2025

**Mitgliedstaat: Polen**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2025-00002 PL-HPAI(P)-2025-00007 PL-HPAI(P)-2025-00015 PL-HPAI(P)-2025-00019 PL-HPAI(P)-2025-00022 PL-HPAI(P)-2025-00024 PL-HPAI(P)-2025-00030 PL-HPAI(P)-2025-00031 PL-HPAI(P)-2025-00032 PL-HPAI(P)-2025-00033 PL-HPAI(P)-2025-00036 PL-HPAI(P)-2025-00037	W województwie mazowieckim: 1) w powiecie żuromińskim: a) w gminie Biezuń, miejscowości: Karniszyn, Karniszyn-Parcele, Kobyla Łąka, Małocin, Pełki, Sadłowo, Sadłowo-Parcele, Stawiszyn-Łaziska, Stawiszyn-Zwalewo, Sławęcin, Trzaski, Wilewo, Wieluń-Zalesie, Zgliczyn Pobodzy, Strzeszewo, b) w gminie Żuromin, miejscowości: Będzimin, Brudnice, Chamsk z wyjątkiem części miejscowości ograniczonej na zachód drogą krajową nr 541, na południe od ulicy Wyzwolenia oraz na wschód ulicą	24.4.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2025-00039 PL-HPAI(P)-2025-00043 PL-HPAI(P)-2025-00044 PL-HPAI(P)-2025-00045 PL-HPAI(P)-2025-00046 PL-HPAI(P)-2025-00050 PL-HPAI(P)-2025-00051 PL-HPAI(P)-2025-00058 PL-HPAI(P)-2025-00069	Mazowiecką aż do granicy miejscowości Chamsk, Dębsk, Franciszkowo, Kruszewo, Nowe Nadratowo, Olszewo, Poniatowo, Rzężawy, Stare Nadratowo, Młodzysyn, Wólka Kliczewska, c) w gminie Żuromin, miasto Żuromin, d) w gminie Lutocin, miejscowości: Mojnowo, Obręb, Swojęcín, 2) w powiecie mławskim: a) w gminie Radzanów, miejscowości: Bońkowo Kościelne, Bońkowo Podleśne, Budy - Matusy, Cegielnia Ratowska, Józefowo, Luszewo, Radzanów, Ratowo, Wróblewo, Zgliczyn-Glinki, b) w gminie Strzegowo, miejscowości: Adamowo, Breginie, Chądziny-Krusze, Chądziny Kuski, Giełczyn, Marysinek, Mdzewko, Rudowo, Syberia, Staroguby, c) w gminie Szreńsk, miejscowości: Bielawy, Grądek, Ługi, Kobuszyn, Kunki, Liberadz, Nowe Garkowo, Miączyn Duży, Miączyn Mały, Miłotki, Ostrów, Pączkowo, Proszkowo, Rochnia, Stare Garkowo, część miejscowości Szreńsk na południowy zachód od ulic Mławskiej, Budzyn i Wiatracznej, Sławkowo, Wola Proszkowska, Złotowo, d) w gminie Wiśniewo, miejscowości: część miejscowości Bogurzynek na zachód od drogi łączącej miejscowości Doziny i Bogurzyn, Głużek, Korboniec, Modła, Otocznia Stara, Wiśniewko, Wiśniewo na północ od drogi gminnej numer 2330, oraz na zachód od drogi gminnej numer 231005 i na północ od drogi pomiędzy miejscowościami Wiśniewo i Podkrajewo, Wojnówka, e) w gminie Lipowiec Kościelny: Borowe, Dobra Wola, Lipowiec Kościelny, Niegocin, Parcele Łomskie, Rumoka, Łomia, Turza Wielka, Zawady, f) w gminie Mława, miejscowości: miasto Mława z wyjątkiem części miejscowości ograniczonej na zachód od ulic Studzieniec i Piekiełko, na północ od ulic Arcybiskupa Antoniego Nowowiejskiego oraz Mechaników, następnie na wschód od ulicy Dźwigowej, LG Electronics, HM. Wandy Szcześnie-lesiowskiej, oraz drogą krajową 544 do granicy miejscowości.	
PL-HPAI(P)-2025-00042 PL-HPAI(P)-2025-00048 PL-HPAI(P)-2025-00049 PL-HPAI(NON-P)-2025-00036 PL-HPAI(P)-2025-00053 PL-HPAI(P)-2025-00054 PL-HPAI(P)-2025-00057 PL-HPAI(P)-2025-00061 PL-HPAI(P)-2025-00063 PL-HPAI(P)-2025-00065 PL-HPAI(P)-2025-00070 PL-HPAI(P)-2025-00072	W województwie wielkopolskim: 1) w powiecie krotoszyńskim, gmina Koźmin Wielkopolski, miejscowości: Lipowiec, Staniew, Biały Dwór, Wałków, Orla, Cegielnia, Sapieżyn, Orlinka, Nowa Obra, Koźmin Wielkopolski, Klatka, Tatary, Borzęcice, Czarny Sad, Gałązki, Wrotków, Skałów, Psie Pole, Kaniew, Dębiogóra; 2) w powiecie krotoszyńskim, gmina Rozdrażew, miejscowości: Grębów, Nowa Wieś, Trzemeszno, Rozdrażew; 3) w powiecie pleszewskim, w gminie Dobrzyca, miejscowość: Polskie Olędry, Galew;	4.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<p>PL-HPAI(P)-2025-00052                      PL-HPAI(P)-2025-00056                      PL-HPAI(P)-2025-00059                      PL-HPAI(P)-2025-00071                      PL-HPAI(P)-2025-00073                      PL-HPAI(P)-2025-00079</p>	<p>4) w powiecie jarocińskim, w gminie Kotlin, miejscowości: Kurcew, Sławoszew, Parzew, Teodorów, Kotlin, Twardów, Magnuszewice;</p> <p>5) w powiecie pleszewskim, w gminie Pleszew, miejscowości: Korzkwy, Piekarzew, Marszew, Kowalew, Suchorzew, Baranów; Tomaszew, Pacanowice, Prokopów, Grodzisko, Zawidowice, Pleszew, Lenartowice;</p> <p>6) w powiecie pleszewskim, w gminie Czermin, miejscowości: Skrzypnia, Mamoty, Czermin, Strzydzew, Psienie-Ostrów, Pieruchy, Wola Duchowna, Żale, Broniszewice;</p> <p>7) w powiecie ostrowskim, w gminie Raszków, miejscowości: Raszków, Głogowa, Korytnica, Bieganin, Skrzebowa, Moszczanka, Józefów, Pogrzebów, Przybysławice, Walentynów, Drogosław, Szczurawice, Rąbczyn;</p> <p>8) w powiecie krotoszyńskim, w gminie Krotoszyn, część miejscowości Roszki na wschód od ulicy Ligockiej, Teresiny;</p> <p>9) w powiecie jarocińskim, w gminie Jarocin, miejscowości: Zakrzew, Prusy, Roszkówko, Witaszyce, Wilczyniec, Golina, Stefanów;</p> <p>10) w powiecie ostrowskim, w gminie Ostrów Wlkp., miejscowości: Górzeńko, Górzno, Biniew, Szczury;</p> <p>11) powiecie kaliskim, w gminie Opatówek, miejscowości: Chełmce, Szałe, Zawady, Trojanów, Cienia Pierwsza, Cienia Druga, Cienia Trzecia, Porwity, Zduny, Tłokinia Kościelna, Tłokinia Wielka, Tłokinia Nowa, Opatówek;</p> <p>12) w powiecie kaliskim, w gminie Godziesze Wielkie, miejscowości: Wolica, Borek, Stobno, Stobno Siódme, Saczyn, Bałdoń, Takomyśle;</p> <p>13) w mieście Kalisz, osiedla: Winiary, Piwonice;</p> <p>14) w powiecie kaliskim, w gminie Brzeziny, miejscowość Ostrów Kaliski;</p> <p>15) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Grabów nad Prosną, miejscowości: Giżyce, Palaty, Grabów Wójtostwo, Grabów-Pustkowie, Grabów nad Prosną, Chlewo, Smolniki, Książenice;</p> <p>16) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Kraszewice, miejscowości: Raclawice, Renta, Mączniki, Kraszewice, Jajaki, Jaźwiny;</p> <p>17) w powiecie ostrowskim, w gminie Sierszewice, miejscowości: Biernacice, Zamość, Kania, Wielowieś, Namysłaki – obszar w kierunku wschodnim od drogi powiatowej nr 531 3P prowadzącej od miejscowości Masanów do miejscowości Kaliszkowice Ołobockie;</p> <p>18) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Mikstat, miejscowości: Kaliszkowice Kaliskie, Kaliszkowice Ołobockie.</p>	
<p>PL-HPAI(P)-2025-00023                      PL-HPAI(P)-2025-00026                      PL-HPAI(P)-2025-00028                      PL-HPAI(P)-2025-00034                      PL-HPAI(P)-2025-00055                      PL-HPAI(P)-2025-00060                      PL-HPAI(P)-2025-00062</p>	<p>W województwie wielkopolskim:</p> <p>1) w powiecie grodziskim, w gminie Granowo, miejscowości: Granowo, Kubaczyn, Drużyń, Niemierzyce, Kotowo;</p> <p>2) w powiecie grodziskim, w gminie Kamieniec, miejscowości: Cykowo, Ujazd, Ujazd-Huby;</p>	<p>3.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2025-00066 PL-HPAI(P)-2025-00067 PL-HPAI(P)-2025-00068 PL-HPAI(P)-2025-00074 PL-HPAI(P)-2025-00075 PL-HPAI(P)-2025-00076 PL-HPAI(P)-2025-00077 PL-HPAI(P)-2025-00078	3) w powiecie grodziskim, w gminie Grodzisk Wielkopolski, miejscowości: Woźniki, Snowidowo, Ptaszkowo, Borzysław, Grąblewo, Kurowo, Grodzisk Wlkp., Chrustowo, Młyniewo, Czarna Wieś, Kobylniki, Rojewo, Zdrój, część miejscowości Kąkolewo na południe od drogi 2754P (Boruja Kościelna – Grodzisk Wlkp.); 4) w powiecie nowotomyskim, w gminie Opalenica, miejscowość Dakowy Mokre, Urbanowo, Rudniki, Niegolewo, Łęczyce, Jastrzębniki; 5) w powiecie nowotomyskim, w gminie Kuślin, miejscowości: Michorzewo, Michorzewko, Kuślin, Dąbrowa, Trzcianka, Wymysłowo, Śliwno, Turkowo, Dąbrowa Nowa; 6) w powiecie poznańskim, w gminie Stęszew: Zaparcin, Będlewo, Srocko Małe, Modrze, Strykowo, Strykówko, Twardowo, Antoninek, Zamysłowo, Witobel, Łódź, Górka, Trzebaw, Wronczyn, Dębina; 7) w powiecie poznańskim, w gminie Mosina, miejscowości: Dymaczewo Nowe, Dymaczewo Stare, Bolesławiec, Borkowice, Kierzki, Ludwikowo, Krosinko, Krosno, Żabinko, Nowinki, Pecna, Konstantynowo; 8) w powiecie kościańskim, w gminie Czempiń, miejscowości: Maruszkowo, Piotrowo Pierwsze, Bieczyny, Sierniki, Stare Tarnowo, Nowe Tarnowo, Głuchowo, Srocko Wielkie, Piechanin, Piotrkowice, Jarogniewice, Jasień, Czempiń, Nowe Borówko, Borowo, Helenopol, Słonin; 9) w powiecie kościańskim, w gminie Kościan, miejscowości: Stare Oborzyska; 10) w powiecie śremskim, w gminie Brodnica, miejscowości: Grzybno, Iłowiec, Sucharzewo, Iłowiec Wielki, Rogaczewo, Szoldry, Chaławy, Piotrowo, Kopyta, Brodnica, Sulejewo, Żabno, Ogieniewo, Sulejewo-Folwark; 11) w powiecie grodziskim, w gminie Rakoniewice, miejscowość: Blinek, część miejscowości Wioska na północ od drogi nr 540535P (Rakoniewice – Jabłonna) i na północ od drogi 3579P (Wioska – Gnin – Grodzisk Wlkp.), część miejscowości Gnin na północ od drogi 3580P (Gnin – Ruchocice – Zielęcin) i na północny zachód od drogi 3579P (Wioska – Gnin – Grodzisk Wlkp.).	
PL-HPAI(P)-2025-00064	W województwie warmińsko-mazurskim: 1. powiat ostródzki a. gmina Ostróda, miejscowości: Międzylesie, Zwierzewo, w granicach administracyjnych miejscowości Górka na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Szafranki i Stare Jabłonki, w granicach administracyjnych miejscowości Lubajny na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Kątno i Kajkowo, w granicach administracyjnych miejscowości Mała Ruś na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Morliny i Florczaki	22.4.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<ul style="list-style-type: none"> <li>b. gmina Łukta: w granicach administracyjnych miejscowości Plichta na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kątno i Bożęcín</li> <li>c. w granicach administracyjnych miasta Ostróda na wschód od ulicy Grunwaldzkiej do skrzyżowania o ruchu okrężnym z ulicą Czarnieckiego, dalej na wschód od ulicy Czarnieckiego, następnie ulicą Mickiewicza, dalej na wschód od Szosy Elbląskiej do granic miasta Ostróda.</li> </ul>	
PL-HPAI(NON-P)-2025-00046	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat elbląski               <ol style="list-style-type: none"> <li>a. gmina Godkowo, miejscowości: Ząbrowiec, Zimnochy, w granicach administracyjnych miejscowości Godkowo na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Skowrony i Podągi, w granicach administracyjnych miejscowości Gwiżdżyny na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Krykajny i Gudniki, w granicach administracyjnych miejscowości Lesiska na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Gwiżdżyny i Gudniki, w granicach administracyjnych miejscowości Skowrony na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kalnik i Świędkowo</li> </ol> </li> <li>2. powiat ostródzki               <ol style="list-style-type: none"> <li>a. gmina Miłakowo: w granicach administracyjnych miejscowości Warkałki na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Podągi i Jurki</li> <li>b. gmina Morąg: w granicach administracyjnych miejscowości Markowo na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Strużyna i Bielica, w granicach administracyjnych miejscowości Strużyna na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Warkałki i Kwitajny.</li> </ol> </li> </ol>	30.4.2025

**Teil B**

Überwachungszonen gemäß Artikel 1 Buchstabe a und Artikel 3 in den betroffenen Mitgliedstaaten\*:

**Mitgliedstaat: Bulgarien**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>Oblast Plovdiv</b>		
BG-HPAI(P)-2025-00006	<p>The following villages in Rodopi municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Orizari</li> <li>— Kadievo</li> <li>— Zlatitrap</li> </ul> <p>The following villages in Saedinenie municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Saedinenie</li> </ul>	6.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>The following villages in Maritsa municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Voysil</li> <li>— Benkovski</li> <li>— Radinovo</li> <li>— Kostievo</li> </ul> <p>The following villages in Stamboliyski municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Yoakim Gruevo</li> <li>— Kurtovo Konare</li> <li>— Novo selo</li> <li>— Trivoditsi</li> </ul>	
	<p>The following villages in Rodopi municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Tsalapitsa</li> </ul> <p>The following villages in Stamboliyski municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Stamboliyski</li> </ul>	28.4.2025-6.5.2025
<b>Region Pasardschik</b>		
BG-HPAI(P)-2025-00006	<p>The following villages in Pazardzhik municipality:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Hadzhievo</li> <li>— Govedare</li> <li>— Malo Konare</li> </ul>	6.5.2025

**Mitgliedstaat: Dänemark**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
DK-HPAI(P)-2025-00001	Parts of Egedal, Frederikssund, Allerød, Furesø, Ballerup, Høje Taastrup and Roskilde municipalities beyond the area described in the protection zone are within the circle of radius 10 kilometres, centred on GPS coordinates N 55.7411; E 12.1750	2.5.2025
	Parts of Egedal and Roskilde municipalities are contained within a circle of radius 3 km, centered on GPS coordinates N 55.7411, E 12.1750	24.4.2025-2.5.2025
DK-HPAI(P)-2025-00002	Parts of Vesterhimmerland, Viborg, Mariagerfjord and Rebild municipalities beyond the area described in the protection zone are within the circle of radius 10 kilometres, centred on GPS coordinates N 56.6803, E 9.4133	13.5.2025
	Parts of Vesthimmerland and Viborg municipality are contained within a circle of radius 3 km, centered on GPS coordinates N 56.6803, E 9.4133	5.5.2025-13.5.2025

**Mitgliedstaat: Deutschland**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>SACHSEN-ANHALT</b>		
DE-HPAI(P)-2025-00009	<p><b>Landkreis Wittenberg</b>                      10 km Überwachungszone um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 12.677192, 51.760666.                      Betroffen sind die Gemeinden mit den jeweiligen Ortsteilen:  <b>Wittenberg</b> (Pratau, Wachsdorf)  <b>Kemberg</b> (Bergwitz, Pannigkau, Klitzschena, Rotta, Reuden, Uthausen, Gniest, Kolonie Gniest, Mark Nauendorf, Mark Zschesewitz, Dabrun, Boos, Bleddin, Eutzsch, Ateritz, Lubast, Lammsdorf, Wartenburg, Globig, Rackith, Bietegast, Röttsch, Melzweg)  <b>Bad Schmiedeberg</b> (Bad Schmiedeberg, Sackwitz, Meuro, Reinharz, Ogkeln, Österitz, Scholis, Patzschwig, Splau, Stadt Pretzsch, Körbin-Alt, Merschwitz, Kleinzerbst, Trebitz, Bösewig)</p>	29.4.2025
	<p><b>Landkreis Wittenberg</b>                      3 km Schutzzone um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 12.677192, 51.760666.                      Betroffen sind die Gemeinden mit den jeweiligen Ortsteilen:  <b>Kemberg</b> (Kemberg, Gaditz, Gommlo, Dorna)  <b>Bad Schmiedeberg</b> (Merkwitz, Schnellin)</p>	21.4.2025-29.4.2025

**Mitgliedstaat: Ungarn**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>Bács-Kiskun, Csongrád-Csanád Jász-Nagykun-Szolnok és Pest vármegye</b>		
HU-H-PAI(P)-2025-00008-00067 HU-H-PAI(P)-2025-00069-00084	<p>Ágasegyháza, Ballószög, Balotaszállás, Bugac, Bugacpusztaháza, Csengőd, Csólyospálos, Fülöpháza, Fülöppjakab, Gátér, Harkakötöny, Helvécia, Imrehegy, Jakabszállás, Jászszentlászló, Kaskantyú, Kecel, Kecskemét, Kelebia, Kerekegyháza, Kiskőrös, Kiskunfélegyháza, Kiskunhalas, Kiskunmajsa, Kisszállás, Kömpöc, Kunszállás, Lakitelek, Móricgát, Nyárlőrinc, Orgovány, Páhi, Pálmonostora, Petőfiszállás, Pirtó, Soltvadkert, Szank, Szentkirály, Tabdi, Tázlár, Tiszaalpár, Tiszakécske, Tiszaug, Tompa, Városföld, Zsana, Ásotthalom, Baks, Balástya, Bordány, Csanytelek, Csengele, Csongrád, Domaszék, Felgyő, Forráskút, Kistelek, Mórahalom, Nagytőke, Ópusztaszer, Öttömös, Pusztamérges, Pusztaszer, Röske, Ruzsa, Szatymaz, Szentes, Tömörkény, Úllés, Zákányszék, Zsombó, Csépa, Cserkeszölő, Szelevény, Tiszakürt, Tiszasas, Kocsér és Jászkarajenő települések teljes közigazgatási területének védőkörzeten kívül eső területe.                      Dóc és Sándorfalva települések közigazgatási területének 46.484635 és a 19.996799 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.                      Kunszentmárton település közigazgatási területének a 46.742300 és a 20.156800 GPS-koordináták által</p>	17.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.</p> <p>Nagyrév és Tiszainoka települések közigazgatási területének a 46.892100 és a 20.033700 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.</p> <p>Abony, Cegléd, Kőröstétlen, Nagykőrös, Nyársapát és Törtel települések közigazgatási területének a 47.094620 és a 19.942280 valamint a 47.098114 és a 20.103912 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül eső területe.</p> <p>Mélykút település közigazgatási területének a 46.227936 és a 19.588637 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül eső területe.</p> <p>Kunfehértó település közigazgatási területének a 46.407741 és a 19.576788 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül eső területe.</p> <p>Lajosmizse település közigazgatási területének a 46.907070 és a 19.553360 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül eső területe.</p> <p>Szeged település közigazgatási területének a 46.295982 és a 19.948492 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül eső területe.</p> <p>Rákóczi falva, Szolnok, Tiszajenő, Tiszavárkony, Tószeg és Vezseny települések közigazgatási területének a 47.094620 és a 19.942280, valamint a 47.098114 és a 20.103912 GPS-koordináták által meghatározott 10 km sugarú körön belül eső területe.</p>	
<p>HU-H-PAI(P)-2025-00013-00025</p> <p>HU-H-PAI(P)-2025-00027-00031</p> <p>HU-HPAI(P)-2025-00033</p> <p>HU-HPAI(P)-2025-00069</p>	<p>Bócsa település teljes közigazgatási területe.</p> <p>Bugac, Bugacpusztaháza, Kaskantyú, Orgovány, Soltvadkert, Szank és Tázlár települések közigazgatási területének a 46.600700 és a 19.542900, a 46.609955 és a 19.529804, a 46.627080 és a 19.471320, a 46.606900 és a 19.533600, a 46.634886 és a 19.491266, a 46.615037 és a 19.550379, a 46.618870 és a 19.547648, a 46.616411 és a 19.444193, a 46.641019 és a 19.550313, a 46.610585 és a 19.499002, a 46.643065 és a 19.546947, a 46.622916 és a 19.537992, a 46.626930 és a 19.545510, a 46.674300 és a 19.496878, a 46.645837 és a 19.513270, a 46.630725 és a 19.534905, a 46.682057 és a 19.499820, valamint a 46.650151 és a 19.510271 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.</p>	<p>23.4.2025-17.5.2025</p>
<p>HU-HPAI(P)-2025-00026</p> <p>HU-HPAI(P)-2025-00028</p> <p>HU-HPAI(P)-2025-00032</p> <p>HU-H-PAI(P)-2025-00035-00036</p> <p>HU-HPAI(P)-2025-00039</p> <p>HU-H-PAI(P)-2025-00041-00043</p> <p>HU-HPAI(P)-2025-00045</p> <p>HU-H-PAI(P)-2025-00047-00050</p> <p>HU-H-PAI(P)-2025-00052-00053</p> <p>HU-H-PAI(P)-2025-00055-00057</p>	<p>Csolyospálos, Harkakötöny, Jászszentlászló, Kiskunmajsa, Kömpöc, Petőfiszállás, Szank és Zsana települések közigazgatási területének a 46.520381 és a 19.652661, a 46.522300 és a 19.646500, a 46.423710 és a 19.850439, a 46.432069 és a 19.808801, a 46.451328 és a 19.854077, a 46.429244 és a 19.858662, a 46.446340 és a 19.841555, a 46.451065 és a 19.838705, a 46.469183 és a 19.760717, a 46.410370 és a 19.838800, a 46.403800 és a 19.834600, a 46.442445 és a 19.847226, a 46.436899 és a 19.834252, a 46.413061 és a 19.850563, a 46.486500 és a 19.677670, a 46.403862 és a 19.836311, a 46.422520 és a 19.861880, a 46.485785 és a 19.676786, a 46.465415 és a 19.809068, a 46.462502 és a 19.813111, a 46.447000 és a 19.743370, a 46.512520 és a 19.724710, a 46.474052 és a 19.746168, a 46.441974 és a 19.848274, a 46.545900 és a 19.878400, a 46.538708 és</p>	<p>8.5.2025-17.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-H-PAI(P)-2025-00059-00062 HU-H-PAI(P)-2025-00064-00067 HU-H-PAI(P)-2025-00071-00074 HU-H-PAI(P)-2025-00079-00080	a 19.820980, a 46.534382 és a 19.835872, 46.546100 és a 19.779200, a 46.387300 és 19.862000, 46.550095 és a 19.799990, a 46.546400 és a 19.789500, a 4707321 és a 5214699, valamint a 46.467048 és a 19.916688 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	
HU-H-PAI(P)-2025-00037-00038 HU-HPAI(P)-2025-00054	Pálmonostora település közigazgatási területének a 46.548871 és a 19.966685, a 46.547390 és a 19.964610, valamint a 46.544086 és a 19.967315 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00040	Tiszaalpár település közigazgatási területének a 46.783440 és a 19.975508 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00046	Bugac, Bugacpusztaháza, Fülöpjakab, és Jakabszállás települések közigazgatási területének a 46.704927 és a 19.688536 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00058	Pálmonostora, Petőfiszállás és Pálmonostora települések közigazgatási területének a 46.643039 és a 19.896747 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00026 HU-HPAI(P)-2025-00028 HU-HPAI(P)-2025-00032 HU-H-PAI(P)-2025-00035-00036 HU-HPAI(P)-2025-00039 HU-H-PAI(P)-2025-00041-00043 HU-HPAI(P)-2025-00045 HU-H-PAI(P)-2025-00047-00050 HU-H-PAI(P)-2025-00052-00053 HU-H-PAI(P)-2025-00055-00057 HU-H-PAI(P)-2025-00059-00062 HU-H-PAI(P)-2025-00064-00067 HU-H-PAI(P)-2025-00071-00074 HU-H-PAI(P)-2025-00079-00080	Balástya, Csengele, Forráskút, Kistelek és Üllés települések közigazgatási területének a 46.520381 és a 19.652661, a 46.522300 és a 19.646500, a 46.423710 és a 19.850439, a 46.432069 és a 19.808801, a 46.451328 és a 19.854077, a 46.429244 és a 19.858662, a 46.446340 és a 19.841555, a 46.451065 és a 19.838705, a 46.469183 és a 19.760717, a 46.410370 és a 19.838800, a 46.403800 és a 19.834600, a 46.442445 és a 19.847226, a 46.436899 és a 19.834252, a 46.413061 és a 19.850563, a 46.486500 és a 19.677670, a 46.403862 és a 19.836311, a 46.422520 és a 19.861880, a 46.485785 és a 19.676786, a 46.465415 és a 19.809068, a 46.462502 és a 19.813111, a 46.447000 és a 19.743370, a 46.512520 és a 19.724710, a 46.474052 és a 19.746168, a 46.441974 és a 19.848274, a 46.545900 és a 19.878400, a 46.538708 és a 19.820980, a 46.534382 és a 19.835872, 46.546100 és a 19.779200, a 46.387300 és 19.862000, 46.550095 és a 19.799990, 46.546400 és a 19.789500, a 4707321 és a 5214699, valamint a 46.467048 és a 19.916688 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025-17.5.2025
HU-H-PAI(P)-2025-00037-00038 HU-HPAI(P)-2025-00054	Kistelek és Pusztaszer települések közigazgatási területének a 46.548871 és a 19.966685, a 46.547390 és a 19.964610, valamint a 46.544086 és a 19.967315 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00044	Balástya, Kistelek, Ópustaszer és Pusztaszer települések közigazgatási területének a 46.484635 és a 19.996799 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-HPAI(P)-2025-00051	Csongrád és Szentes települések közigazgatási területének a 46.742300 és a 20.156800 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00051	Szelevény település közigazgatási területének a 46.742300 és a 20.156800 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00070	Lakitelek, Tiszakészke és Tiszaug települések közigazgatási területének a 46.892100 és a 20.033700 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	24.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00040 HU-HPAI(P)-2025-00063	Csongrád település közigazgatási területének a 46.783440 és a 19.975508, valamint a 46.786884 és a 19.999854 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00040 HU-HPAI(P)-2025-00063	Tiszasas település közigazgatási területének a 46.783440 és a 19.975508, valamint a 46.786884 és a 19.999854 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00034	Törtel település közigazgatási területének a 47.094620 és a 19.942280 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	23.4.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00075 HU-HPAI(P)-2025-00081	Balotaszállás, Kelebia, Kisszállás és Tompa települések közigazgatási területének a 46.227936 és a 19.588637, valamint a 46.264822 és a 19.583936 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00076	Ásotthalom és Mórahalom települések közigazgatási területének a 46.198711 és a 19.879581 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	5.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00077	Bordány, Domaszék, Szeged, Zákányszék és Zsombó települések közigazgatási területének a 46.295982 és a 19.948492 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00078	Tiszavárkony és Tószeg települések közigazgatási területének a 47.098114 és a 20.103912 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00078	Köröstetétlen település közigazgatási területének a 47.098114 és a 20.103912 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00082	Kiskunhalas és Zsana települések közigazgatási területének a 46.407741 és a 19.576788 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	8.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00083	Ballószög, Kecskemét és Kerekegyháza települések közigazgatási területének a 46.407741 és a 19.576788 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	9.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00084	Kiskunhalas és Pirtó települések közigazgatási területének a 46.491888 és a 19.466367 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	9.5.2025-17.5.2025
HU-HPAI(P)-2025-00068	Földeák, Hódmezővásárhely, Makó, Maroslele, Óföldeák települések közigazgatási területének a 46.441974 19.848274 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	3.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
HU-HPAI(P)-2025-00068	Földeák és Hódmezővásárhely települések közigazgatási területének a 46.441974 19.848274 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	25.4.2025-3.5.2025
<b>Komitat Békés</b>		
HU-HPAI(P)-2025-00068	Békéssámszon település közigazgatási területének a 46.441974 19.848274 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	3.5.2025

**Mitgliedstaat: Niederlande**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>Provinzen Gelderland, Utrecht und Flevoland</b>		
NL-HPAI(P)-2025-00003	Those parts of the the provinces of Gelderland, Utrecht en Flevoland extending beyond the area described in the protection zone and contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long 5.56; lat 52.23	18.4.2025
	Those parts of the provinces of Gelderland and Flevoland contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centered on WGS84 dec. coordinates long 5.56; lat 52.23	10.4.2025-18.4.2025

**Mitgliedstaat: Polen**

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2025-00002 PL-HPAI(P)-2025-00007 PL-HPAI(P)-2025-00015 PL-HPAI(P)-2025-00019 PL-HPAI(P)-2025-00022 PL-HPAI(P)-2025-00024 PL-HPAI(P)-2025-00030 PL-HPAI(P)-2025-00031 PL-HPAI(P)-2025-00032 PL-HPAI(P)-2025-00033 PL-HPAI(P)-2025-00036 PL-HPAI(P)-2025-00037 PL-HPAI(P)-2025-00039 PL-HPAI(P)-2025-00043 PL-HPAI(P)-2025-00044 PL-HPAI(P)-2025-00045 PL-HPAI(P)-2025-00046 PL-HPAI(P)-2025-00050 PL-HPAI(P)-2025-00051 PL-HPAI(P)-2025-00058 PL-HPAI(P)-2025-00069	W województwie mazowieckim: 1) w powiecie żuromińskim: a) w gminie Biezuń, miejscowości: Bielawy Gołuskie, Dąbrówki, Dźwierzno, Gołuszyn, Kocewo, Mak, Myślin, Stanisławowo, Władysławowo, miasto Biezuń b) w gminie Siemiątkowo, miejscowości: Antoniewo, Budy Koziębrodzkie, Dzieczewo, Gradzanowo, Gutkowo, Krzeczanowo, Łaszewo, Łaszewo-Wietrznik, Nowa Wieś, Nowe Budy Osieckie, Nowopole, Ossowa, Pijawnia, Rostowa, Siciarz, Siemiątkowo, Siemiątkowo-Rogale, Suwaki, Wola Łaszewska, Wojciechowo, Ziemiań, c) w gminie Kuczbork-Osada, miejscowości: Bagienice Nowe, Chojnowo, Chodubka, Gościszka Baraki, Kozielsk, Kuczbork, Kuczbork-Osada, Krzywki Bratki, Nidzgora, Niedziałki, Mianowo, Nowa Wieś, Olszewko, Osowa, Łązek, Zielona, d) w gminie Lutocin, miejscowości: Boguszewiec, Chrapoń, Chromakowo, Dębówka, Głęboka, Jonne, Parlin, Pietrzyk z wyjątkiem części miejscowości na	3.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>zachód od drogi gminnej numer 4618 W, drogi pomiędzy miejscowościami Pietrzyk i Szczypiornia oraz rzeki Dopływ spod Rynowa, Przeradz Mały, Przeradz Nowy, Przeradz Wielki, Psota, Seroki, Zimolza, Siemcichy, Szoniec,</p> <p>e) w gminie Lubowidz, miejscowości: Biały Dwór, Bądzyn, Cieszki, Dziwy, Galumin, Konopaty-Lasy Chłopskie, Lubowidz, Mały Las, Łazy, Osówka, Pątki, Ruda, Rynowo, Sinogóra, Toruniak, Żarnówka, Żelaźnia.</p> <p>f) w gminie Żuromin, miejscowości: Cierpigórz, część miejscowości Chamsk ograniczonej na zachód drogą krajową nr 541, na południe ulicą Wyzwolenia oraz na wschód ulicą Mazowiecką aż do granicy miejscowości Chamsk, Dąbrowa, Dąbrowice, Kosewo, Kliczewo Małe, Kliczewo Duże, Raczyny, Rozwozin, Sadowo, Tadałówka, Wiadrowo</p> <p>2) w powiecie mławskim:</p> <p>a) w gminie Strzegowo, miejscowości: Augustowo, Dalnia, Dąbrowa, Drogiszka, Grabienice, Kowalewko, Ignacewo, Józefowo Dąbrowskie, Konotopa, Kuskowo-Glinki, Leszczyna, Mdzewo, Mączewo, Niedzbórz, Pokrytki, Prusocin, Rydzyn Szlachecki, Rydzyn Włościański, Strzegowo Wieś, Strzegowo-Osada, Unierzyż,</p> <p>b) w gminie Szreńsk, miejscowości: Doziny, Krzywki-Bośki, Krzywki-Piaski, Mostowo, Przychód, Szreńsk z wyjątkiem części miejscowości na południowy zachód od ulic Mławskiej, Budzyn i Wiatracznej,</p> <p>c) w gminie Lipowiec Kościelny, miejscowości: Józefowo, Krępa, Kęczewo, Lewiczyn, Turza Mała, Wola Kęczewska,</p> <p>d) w gminie Wiśniewo, miejscowości: Bogurzynek z wyjątkiem części miejscowości na zachód od drogi łączącej miejscowości Doziny i Bogurzyn, Bogurzyn, Kosiny Bartosowe, Kosiny Kapiczne, Kosiny Stare, Kowalewo, Otocznia Nowa, Podkrajewo, Wiśniewo z wyjątkiem części miejscowości na północ od drogi gminnej numer 2330, oraz na zachód od drogi gminnej numer 231005 i na północ od drogi pomiędzy miejscowościami Wiśniewo i Podkrajewo, Żurominek,</p> <p>e) w gminie Stupsk, miejscowości: Dunaj z wyjątkiem części miejscowości na północny wschód od drogi pomiędzy miejscowościami Dunaj i Dąbek oraz Dunaj i Strzałkowo, Dąbek, Jeże, Stupsk, Wola Kolonia, Wola Szydłowska, Wyzyny Kościelne, Zdroje,</p> <p>f) w gminie Mława, miejscowości: część miasta Mława ograniczonego na zachód od ulicy Studzieniec i Piekiełko, na północ od ulic Arcybiskupa Antoniego Nowowiejskiego oraz Mechaników, następnie na wschód od ulicy Dźwigowej, LG Electronics, HM. Wandy Szczęsnej-Lesiowskiej, oraz drogą krajową 544 do granicy miejscowości,</p>	

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>g) w gminie Szydłowo, miejscowości: Dębsk, Giednia, Marianowo, Młodynin, Nowa Sławogóra, Nowa Wieś, Pawłowo z wyjątkiem części miejscowości położonej na południe od drogi krajowej numer 544, Stara Sławogóra, Szydłowo, Szydłówek, Trzcinka-Kolonia,</p> <p>h) w gminie Wieczfnia Kościelna, miejscowości: Kuklin z wyjątkiem części miejscowości na wschód od drogi krajowej S7, Michalinowo, Uniszki Cegielnia, Uniszki Gumowskie, Uniszki Zawadzkie, Windyki,</p> <p>i) w gminie Radzanów miejscowości: Bojanowo, Bębnowo, Gradzanowo Włociańskie, Gradzanowo Zbęskie, Zgliczyn Witowy,</p> <p>3) w powiecie płońskim, w gminie Raciąż, miejscowości: Bielany, Budy Kraszewskie, Charzyny, Grzybowo, Jeżewo-Wesel, Kocięcin Brodowy, Kocięcin-Tworki, Kodłutowo, Komunin Nowy, Komunin Stary, Kraszewo-Czubaki, Pólka-Raciąż, Sikory, Szczepkowo, Unieck, Żychowo.</p> <p>W województwie warmińsko-mazurskim, w powiecie działdowskim:</p> <p>1) w gminie Płońnica, w granicach administracyjnych miejscowości Zalesie, na południe od linii łączącej miejscowości Przerodki-Sarnowo,</p> <p>2) w gminie Lidzbark, w granicach administracyjnych miejscowości Stare Dłutowo i Marszewnica, na południe od linii łączącej miejscowości Przerodki-Sarnowo, w granicach administracyjnych miejscowości Glinki na południe od linii łączącej miejscowości Nowy Świat-Zieluń-Osada</p> <p>3) w gminie Działdowo, miejscowości: Rywociny i Petrykozy,</p> <p>4) w gminie Iłowo-Osada, miejscowości: Mławka, Iłowo-Osada, Iłowo-Wieś, Kraszewo, Janowo, Pruski i Dźwierznia, Sochy, obszar administracyjny miejscowości Narzym i Wierzbowo na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Purgałki i Józefowo, obszar administracyjny miejscowości Białuty na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Brodowo i Pogorzel.</p>	
	<p>W województwie mazowieckim:</p> <p>1) w powiecie żuromińskim:</p> <p>a) w gminie Biezuń, miejscowości: Karniszyn, Karniszyn-Parcele, Kobyla Łąka, Małocin, Pełki, Sadłowo, Sadłowo-Parcele, Stawiszyn-Łaziska, Stawiszyn-Zwalewo, Sławęcin, Trzaski, Wilewo, Wieluń-Zalesie, Zgliczyn Pobodzy, Strzeszewo,</p> <p>b) w gminie Żuromin, miejscowości: Będzimin, Brudnice, Chamsk z wyjątkiem części miejscowości ograniczonej na zachód drogą krajową nr 541, na południe od ulicy Wyzwolenia oraz na wschód ulicą Mazowiecką aż do granicy miejscowości Chamsk, Dębsk, Franciszkowo, Kruszewo, Nowe Nadratowo, Olszewo, Poniatowo, Rzężawy, Stare Nadratowo, Młudzyn, Wólka Kliczewska,</p>	<p>25.4.2025-3.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>c) w gminie Żuromin, miasto Żuromin,</p> <p>d) w gminie Lutocin, miejscowości: Mojnowo, Obręb, Swojęcín</p> <p>2) w powiecie mławskim:</p> <p>a) w gminie Radzanów, miejscowości: Bońkowo Kościelne, Bońkowo Podleśne, Budy - Matusy, Cegielnia Ratowska, Józefowo, Luszewo, Radzanów, Ratowo, Wróblewo, Zgliczyn-Glinki,</p> <p>b) w gminie Strzegowo, miejscowości: Adamowo, Breginie, Chądziny-Krusze, Chądziny Kuski, Giełczyn, Marysinek, Mdzewko, Rudowo, Syberia, Staroguby,</p> <p>c) w gminie Szreńsk, miejscowości: Bielawy, Grądek, Ługi, Kobuszyn, Kunki, Liberadz, Nowe Garkowo, Miączyn Duży, Miączyn Mały, Miłotki, Ostrów, Pączkowo, Proszkowo, Rochnia, Stare Garkowo, część miejscowości Szreńsk na południowy zachód od ulic Mławskiej, Budzyn i Wiatracznej, Sławkowo, Wola Proszkowska, Złotowo,</p> <p>d) w gminie Wiśniewo, miejscowości: część miejscowości Bogurzynek na zachód od drogi łączącej miejscowości Doziny i Bogurzyn, Głużek, Korboniec, Modła, Otocznia Stara, Wiśniewko, Wiśniewo na północ od drogi gminnej numer 2330, oraz na zachód od drogi gminnej numer 231005 i na północ od drogi pomiędzy miejscowościami Wiśniewo i Podkrajewo, Wojnówka,</p> <p>e) w gminie Lipowiec Kościelny: Borowe, Dobra Wola, Lipowiec Kościelny, Niegocin, Parcele Łomskie, Rumoka, Łomia, Turza Wielka, Zawady,</p> <p>f) w gminie Mława, miejscowości: miasto Mława z wyjątkiem części miejscowości ograniczonej na zachód od ulic Studzieniec i Piekiełko, na północ od ulic Arcybiskupa Antoniego Nowowiejskiego oraz Mechaników, następnie na wschód od ulicy Dźwigowej, LG Electronics, HM. Wandy Szczęsnej-Lesiowskiej, oraz drogą krajową 544 do granicy miejscowości.</p>	
<p>PL-HPAI(P)-2025-00042</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00048</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00049</p> <p>PL-HPAI(NON-P)-2025-00036</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00053</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00054</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00057</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00061</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00063</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00065</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00070</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00072</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00052</p> <p>PL-HPAI(P)-2025-00056</p>	<p>W województwie wielkopolskim:</p> <p>1) w powiecie krotoszyńskim, w gminie Koźmin Wielkopolski, miejscowości: Pogorzałki Wielkie, Ludwinów, Góreczki, Stara Obra, Szymanów, Dębowiec, Wyrębin, Mycielin, Borzęciczki, Serafinów, Mokronos, Gościejew, Suśnia, Józefów, Pogorzałki Małe, Walerianów;</p> <p>2) w powiecie krotoszyńskim, w gminie Krotoszyn, miejscowości: Unisław, Wronów, Ustków, Raciborów, Benice, Brzoza, Dąbrowa, Sokołówka, Jelonek, Stary Las, Teresiny, Jastrzębiec, Brzezinka, Miłowiec, Odrodzenie, Bożacin, Kobierno, Wielowieś, Wróżewy, Różopole, Jasne Pole, Nowy Folwark, część miasta Krotoszyn na północ od linii kolejowej nr 14 łączącej Kobylin z Ostrowem Wlkp., Duszna Górka, Świnków, Orpizew, Baszyny, Janów, część miejscowości Roszki na zachód od ulicy Ligockiej</p>	<p>13.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<p>PL-HPAI(P)-2025-00059                      PL-HPAI(P)-2025-00071                      PL-HPAI(P)-2025-00073                      PL-HPAI(P)-2025-00079</p>	<p>3) w powiecie krotoszyńskim, w gminie Rozdrażew, miejscowości: Trzemeszno, Rozdrażew, Mieciejew, Rozdrażewek, Chwałki, Dąbrowa, Henryków, Dzielice, Wolenice, Dębowiec, Budy, Wyki;</p> <p>4) w powiecie pleszewskim, w gminie Dobrzyca, miejscowości: Koźminiec, Trzebowa, Nowy Karmin, Gustawów, Karminiec, Sońnica, Sońniczka, Izbiczno, Fabianów, Lutynia, Ruda, Strzyżew, Dobrzyca, Trzebin, Czarnuszka, Karmin, Karminek;</p> <p>5) w powiecie jarocińskim, w gminie Jarocin, miejscowości: Potarzyca, Siedlemin, Roszków, Tarce, Witaszyczki, Jarocin, Cielcza, Cząszczew, Osiek, Dąbrowa, Wilkowyja, Bachorzew, Hilarów, Annapol;</p> <p>6) w powiecie jarocińskim, w gminie Kotlin, miejscowości: Wilcza, Orpiszewek, Wyszki, Racendów, Wola Książęca, Wysogotówek;</p> <p>7) w powiecie jarocińskim, w gminie Jaraczewo, miejscowości: Suchorzewko, Janów, Rusko, Strzyżewko, Brzostów, Nosków;</p> <p>8) w powiecie gostyńskim, w gminie Pogorzela, miejscowość: Kaczagórka, Bułaków, Międzyborze, Małgów, Wziąchów, Paradów, Kromolice;</p> <p>9) w powiecie jarocińskim, w gminie Żerków, miejscowości: Sierszew, Sucha, Lubinia Mała, Dobieszczyn;</p> <p>10) w powiecie pleszewskim, w gminie Czermin, miejscowości: Żbiki, Żegocin, Wieczyn, Łęg, Grab, Robaków, Pieruszyce;</p> <p>11) w powiecie pleszewskim, w gminie Pleszew, miejscowości: Baranówek, Nowa Wieś, Zielona Łąka, Dobra Nadzieja, Ludwina, Taczanów Pierwszy, Taczanów Drugi, Łaszew, Folsz, Sowina, Sowina Błotna, Kuczków, Bógwidze, Borucin, Bronów, Brzezcie, Chorzew, Lubomierz, Rokutów, Zawady;</p> <p>12) w powiecie pleszewskim, w gminie Chocz, miejscowości: Nowa Kaźmierka, Stara Kaźmierka, Józefów, Kwileń, Chocz, Nowy Olesiec, Stary Olesiec, Kuźnia, Brudzewek, Nowolipsk, Niniew, Piła;</p> <p>13) w powiecie pleszewskim, w gminie Gizałki, miejscowość Obory;</p> <p>14) w powiecie pleszewskim, gmina Gołuchów,</p> <p>15) w powiecie kaliskim, w gminie Blizanów, miejscowości: Pawłówek, Warszówka;</p> <p>16) w powiecie ostrowskim, w gminie Raszków, miejscowości: Koryta, Bugaj, Ligota, Grudzielec, Grudzielec Nowy, Niemojewiec, Jaskółki, Jelitów, Radłów, Janków Zalesny, Sulisław;</p> <p>17) w powiecie ostrowskim, w gminie Ostrów Wlkp., miejscowości: Sobótka, Borowiec, Gutów, Młynów, Będzieszyn, Słaborowice, Lewków, Kołatajew, Karski, Franklinów, Lewkowiec, Świeligów, Lamki, Gorzyce Wielkie, Łąkociny, Daniszyn, Cegły, Warszty, Onęber, Mazury, Chruszczyny, Zacharzew, dzielnice Parcele Zacharzewskie i Wenecja w mieście Ostrów Wlkp.;</p> <p>18) w powiecie gostyńskim, w gminie Borek Wlkp., miejscowości: Zimnowoda, Głoginin, Maksymilianów;</p> <p>19) w powiecie krotoszyńskim, w gminie Kobylin, miejscowość Starygród;</p>	

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>20) w powiecie ostrowskim, w gminie Nowe Skalmierzyce, miejscowości: Gałązki Małe, Droszew, Miedzianów, Miedzianówek;</p> <p>21) w powiecie kaliskim, w gminie Opatówek, miejscowości: Tłokinia Mała, Nędzrzew, Rożdżały, Słoneczna, Kobierno, Dębe Kolonia, Zmysłanka, Borów, Szulec, Sierzchów, Warszaw, Rajsko, Janików, Modła, Józefów, Michałów Drugi, Michałów Czwarty, Michałów Trzeci, Cienia-Folwark;</p> <p>22) w powiecie kaliskim, w gminie Szczytniki, miejscowości: Trzęsów, Marchwacz-Kolonia, Krowica Pusta, Marchwacz, Krowica Zawodnia, Cieszyków, Guzdek, Szczytniki, Popów, Marcjanów, Korzekwin, Borek, Kuczewola, Włodzimierz, Iwanowice, Pośrednik, Sobiesęki Drugie, Sobiesęki Trzecie, Bronibór, Murowaniec</p> <p>23) w powiecie kaliskim, w gminie Godziesze Wielkie, miejscowości: Zajączki Bankowe, Skrzatki, Godzieszki, Końska Wieś, Godziesze Wielkie, Godziesze Małe, Biała, Kakawa-Kolonia, Rafałów, Stara Kakawa, Krzemionka, Wola Droszewska, Kąpie, Zadowice, Sobocin, Józefów, Żydów, Nowa Kakawa;</p> <p>24) w powiecie kaliskim, w gminie Brzeziny, miejscowości: Aleksandria, Jagodziniec, Wrząca, Zajączki, Brzeziny, Moczalec, Przystajnia, Przystajnia-Kolonia, Świerczyna, Czempisz, Pieczyska, Zagórna, Dziecioty;</p> <p>25) w powiecie kaliskim, w gminie Koźmin, miejscowości Dębe, Skarszew, Pólko, Wojciechówka, Szosa Turecka, Biernatki, Florentyna, Ilno, Borków Stary, Kolonia Kokanin, Kokanin, Borków Nowy, Niedźwiady, Koronka, Skarszewek, Kolonia Skarszewek;</p> <p>26) w powiecie kaliskim, w gminie Koźminek, miejscowości: Stary Nakwasin, Pietrzyków, Nowy Nakwasin, Rogal, Bogdanów, Józefin;</p> <p>27) w powiecie ostrowskim, w gmina Sieroszewice w miejscowości Sławin, Ołobok, Masanów, Raduchów, Strzyżew, część miejscowości Namysłaki – obszar w kierunku zachodnim od drogi powiatowej nr 5313P prowadzącej od miejscowości Masanów do miejscowości Kaliszkowice Ołobockie, Bilczew, Psary, Latowice, Parczew, Sieroszewice, Rososzycy;</p> <p>28) Miasto Kalisz z wyłączeniem osiedla Piwonice oraz osiedla Winiary.</p> <p>29) w powiecie kaliskim, w gminie Ceków Kolonia, miejscowości: Kamień, Beznatka;</p> <p>30) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Grabów nad Prosną, miejscowości: Dębicze, Zawady, Skrzyńki, Kopec, Bobrowniki, Siekierzyn, Kuźnica Bobrowska, Marszałki, Bukownica, Kamola-Las;</p> <p>31) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Mikstat, miejscowości: Przedborów, Biskupice Zabaryczne, Kotłów, Mikstat-Pustkowie, Mikstat, Komorów, Jażwiny;</p> <p>32) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Kraszewice, miejscowości: Głuszyna, Kuźnica Grabowska, Jelenie, Jeziorki;</p>	

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>33) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Doruchów, miejscowości: Mieleszówka, Skarydzew, Morawin, Wygoda Pługawska, Doruchów, Przytocznica, Stara Kuźnica, Gruszków;</p> <p>34) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Czajków, miejscowości: Muchy, Czajków, Kopna;</p> <p>35) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Ostrzeszów, miejscowości: Siedlików, Zajączki.</p> <p>W województwie łódzkim, w powiecie wieruszowskim:</p> <p>— gmina Galewice, miejscowości: Brzeziny, Płęsy, Załozie, Spóle, Fóluszczuki</p> <p>zawierające się w promieniu 10 km od współrzędnych GPS: 51.527272/ 18.164817</p>	
	<p>W województwie wielkopolskim:</p> <p>1) w powiecie krotoszyńskim, gmina Koźmin Wielkopolski, miejscowości: Lipowiec, Staniew, Biały Dwór, Wałków, Orla, Cegielnia, Sapieżyn, Orlinka, Nowa Obra, Koźmin Wielkopolski, Klatka, Tatary, Borzęcice, Czarny Sad, Gałązki, Wrotków, Skałów, Psie Pole, Kaniew, Dębiogóra;</p> <p>2) w powiecie krotoszyńskim, gmina Rozdrażew, miejscowości: Grębów, Nowa Wieś, Trzemeszno, Rozdrażew;</p> <p>3) w powiecie pleszewskim, w gminie Dobrzyca, miejscowość: Polskie Olędry, Galew;</p> <p>4) w powiecie jarocińskim, w gminie Kotlin, miejscowości: Kurcew, Sławoszew, Parzew, Teodorów, Kotlin, Twardów, Magnuszewice;</p> <p>5) w powiecie pleszewskim, w gminie Pleszew, miejscowości: Korzkwy, Piekarzew, Marszew, Kowalew, Suchorzew, Baranów; Tomaszew, Pacanowice, Prokopów, Grodzisko, Zawidowice, Pleszew, Lenartowice;</p> <p>6) w powiecie pleszewskim, w gminie Czermin, miejscowości: Skrzypnia, Mamoty, Czermin, Strzydzew, Psienie-Ostrów, Pieruchy, Wola Duchowna, Żale, Broniszewice;</p> <p>7) w powiecie ostrowskim, w gminie Raszków, miejscowości: Raszków, Głogowa, Korytnica, Bieganin, Skrzebowa, Moszczanka, Józefów, Pogrzybów, Przybysławice, Walentynów, Drogosław, Szczurawice, Rąbczyn;</p> <p>8) w powiecie krotoszyńskim, w gminie Krotoszyn, część miejscowości Roszki na wschód od ulicy Ligockej, Teresiny;</p> <p>9) w powiecie jarocińskim, w gminie Jarocin, miejscowości: Zakrzew, Prusy, Roszkówko, Witaszyce, Wilczyniec, Golina, Stefanów;</p> <p>10) w powiecie ostrowskim, w gminie Ostrów Włkp., miejscowości: Górzeńko, Górzno, Biniew, Szczury.</p> <p>11) powiecie kaliskim, w gminie Opatówek, miejscowości: Chełmce, Szałe, Zawady, Trojanów, Cienia Pierwsza, Cienia Druga, Cienia Trzecia, Porwity, Zduny, Tłokinia Kościelna, Tłokinia Wielka, Tłokinia Nowa, Opatówek;</p> <p>12) w powiecie kaliskim, w gminie Godziesze Wielkie, miejscowości: Wolica, Borek, Stobno, Stobno Siódme, Saczyn, Bałdoń, Takomyśle;</p>	<p>5.5.2025-13.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>13) w mieście Kalisz, osiedla: Winiary, Piwonice;</p> <p>14) w powiecie kaliskim, w gminie Brzeziny, miejscowość Ostrów Kaliski;</p> <p>15) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Grabów nad Prosną, miejscowości: Giżyce, Palaty, Grabów Wójtostwo, Grabów-Pustkowie, Grabów nad Prosną, Chlewo, Smolniki, Książenice;</p> <p>16) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Kraszewice, miejscowości: Raclawice, Renta, Mączniki, Kraszewice, Jajaki, Jażwiny;</p> <p>17) w powiecie ostrowskim, w gminie Sieroszewice, miejscowości: Biernacice, Zamość, Kania, Wielowieś, Namysłaki – obszar w kierunku wschodnim od drogi powiatowej nr 5313P prowadzącej od miejscowości Masanów do miejscowości Kaliszkowice Ołobockie;</p> <p>18) w powiecie ostrzeszowskim, w gminie Mikstat, miejscowości: Kaliszkowice Kaliskie, Kaliszkowice Ołobockie.</p>	
PL-HPAI(NON-P)-2025-00038	<p>W województwie łódzkim:</p> <p>1) powiat poddębicki:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Wartkowice, miejscowości: Kiki, Saków, Dzierżawy, Borek, Pauzew, Wartkowice, Zawada, Mrówna, Brudnówek, Ner, Wólka, Stary Gostków, Nowy Gostków, Spędoszyn, Spędoszyn Kolonia, Truskawiec, Orzeszków, Starzyny, Biała Góra, Nasale, Powodów Pierwszy, Łązki, Plewnik, Budki, Jadwisin, Kłódno, Stare Kłódno, Kłódno-Kolonia, Drwałew, Powodów Trzeci, Tur, Nowa Wieś, Ujazd, Plewnik Pierwszy, Ner Parcel, Powodów Drugi, Dęby, Wycinki, Kłódno-Stacja, Lewiny, Lipa, Kresy, Dzierżawy-Kolonia, Dzierżawy-Wieś, Dzierżawy Wielkie, Kiki-Kolonia, Dąbrowa, Władysławów, Mrówna-Parcele, Cztery Chałupy, Bałuty, Starzynki, Starówka, Gólczewo, Przydziałki, Stary Powodów, Ner-Kolonia.</li> <li>— gmina Dalików, miejscowości: Domaniew, Domaniewek, Idzikowice, Woźniki, Budzynek, Janów, Psary, Brudnów Pierwszy, Aleksandrówka, Antoniew, Marysin, Stanisławów, Julianów, Brudnów Trzeci, Krasnołany, Tobolice, Brudnów Piąty, Brudnów Stary, Stefanów, Brudnów, Brudnów Drugi, Idzikowice-Pielgrzymy, Idzikowice- Generalne.</li> </ul> <p>2) powiat łęczycki:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Świnice Warckie, miejscowości: Bielawy, Drozdów, Gusin, Kosew, Parski, Piaski, Podłęże, Rogów, Wola Świniecka, Władysławów, Zimne, Rydzyna, Łyków, Górki, Nowa, Wola Olesin, Drozdów Kolonia, Stawiszynek, Strachów, Kosew Mały, Kosew Duży, Nowa Wola Świniecka.</li> <li>— gmina Łęczyca, miejscowości: Borek, Borki, Borów, Bronno, Błonie, Dzierzbiętów Duży, Dzierzbiętów Mały, Dąbie, Łęka Kolonia, Leszcze, Liszki, Lubień, Mikołajew, Prusinowice, Pruszki, Siemszyce, Topola Katowa, Topola Królewska, Topola Szlachecka, Wilczkowice, Wilczkowice Dolne, Wilczkowice Górne, Wilczkowice Średnie, Zawada, Łęka, Stara Wieś, Wypychów, Prusinów, Białawka, Zawada</li> </ul>	21.4.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>Górna, Błonie Poduchowne, Błonie Parcele, Upale, Kozuby, Wilczkowice nad Szosą, Wincentów, Borki Parcelca, Lubinek, Lubień Parcela, Obrywka, Dzieźbiewów Duży Kolonia, Topola Poduchowna, Dąbie Kolonia, Szarowizna, Piekacie, Biadawka, Prusinowice Kolonia.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Grabów, miejscowości: Chorki, Gać, Golbice, Nagórki, Gać Parcele, m. Grabów,</li> <li>— gmina Góra Świętej Małgorzaty, miejscowości: Kwiatkówka, Tum, Piaski, Tum Poduchowny;</li> <li>— gmina Łęczyca (gm. miejska), miejscowość: Miasto Łęczyca</li> </ul> <p>3) powiat zgierski:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Parzęczew, miejscowości: Różyce Tryjowe, Różyce Grochowe, Chrzastówek, Nowe Różyce, Władysławów, Kossobudy, Jasionka, Skórka, Marysławów, Gołaszyny, Ignacew Folwarczny, Ignacew Parzęczewski, Parzęczew do rozwidlenia ul. Południowej i ul. Św. Rocha do nr 46 w kierunku północnym oraz do nr 8 ul. Ozorkowskiej, Piaskowice, Wytrzyyszczki, Julianki, Rózinów, Żelgoszcz, Chrzastów Wielki, Różyce, Trojany, Sulimy, Stary Chrzastów, Papiernia, Mrożewice, Czekań, Janów, Górka Betlejem, Wielka Wieś, Śliwniki, Śniatowa.</li> <li>— gmina Ozorków, miejscowości: Wróblew, Pełczyska, Solca Wielka, Borszyn, Tkaczew, Solca Mała, Konary, Sierpów, Skromnica.</li> </ul> <p>zawierające się w promieniu 10 km od współrzędnych GPS: 52.0084224/19.1013477</p>	
	<p>W województwie łódzkim:</p> <p>1) w powiecie poddębickim:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Wartkowice, miejscowości: Krzepocinek, Chodów, Parądzice, Sucha, Sucha Dolna, Sucha Górna, Wola Dąbrowa, Wola Niedźwiedzia, Wierzbowa, Wierzbówka, Pełczyska, Wola Bankowa, Kopiec.</li> </ul> <p>2) w powiecie łęczyckim:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Łęczyca, miejscowości: Janków, Karkosy, Krzepocin I, Krzepocin II, Leźnica Mała, Mniszki, Wichrów, Wąkczew, Wąkczew Kolonia, Wąkczew – Parcele, Wąkczew nad błotami, Zduny, Mniszki Parcele, Janków Dolny, Janków Górny, Zduny Parcele, Helenów, Ostrówek, Wichrówek, Zduny Kolonia.</li> </ul> <p>3) w powiecie zgierskim:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— gmina Parzęczew, miejscowości: Opole, Leźnica Wielka, Różyce Żmijowe, Kozikówka, Leźnica Wielka-Osiedle.</li> </ul> <p>zawierające się w promieniu 3 km od współrzędnych GPS: 52.0084224/19.1013477</p>	<p>13.4.2025-21.4.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2025-00023 PL-HPAI(P)-2025-00026 PL-HPAI(P)-2025-00028 PL-HPAI(P)-2025-00034 PL-HPAI(P)-2025-00055 PL-HPAI(P)-2025-00060 PL-HPAI(P)-2025-00062 PL-HPAI(P)-2025-00066 PL-HPAI(P)-2025-00067 PL-HPAI(P)-2025-00068 PL-HPAI(P)-2025-00074 PL-HPAI(P)-2025-00075 PL-HPAI(P)-2025-00076 PL-HPAI(P)-2025-00077 PL-HPAI(P)-2025-00078	W województwie wielkopolskim: 1) w powiecie grodziskim, w gminie Wielichowo, miejscowości: Pruszkowo, Piotrowo Wielkie, Reńsko, Śniaty, Wilkowo Polskie, Zielęcín, Wielichowo, Wielichowo-Wieś, Ziemin, Prochy, Gradowice, Dębsko, Łubnica, Trzcínica, Mokrzec, Augustowo; 2) w powiecie grodziskim, w gminie Kamieniec, miejscowości: Kotusz, Puszczykowo, Puszczykówiec, Paręczewo, Goździchowo, Łęki Wielkie, Wolkowo, Płastowo, Płastowo, Kamieniec, Wąbiewo, Kowalewo, Cykówiec, Karczewo, Lubiechowo, Jaskółki, Doły, Konojad, Konojad-Doły, Wilanowo, Łęki Małe, Sepno, Maksymilianowo, Szczepowice; 3) w powiecie grodziskim, w gminie Rakoniewice, miejscowości: Terespol, Faustynowo, Tarnowa, Adolfowo, Łąkie, Rostarzewo, Stodolsko, Rakoniewice, Rakoniewice Wieś, Józefin, Gola, Narożniki, Elżbieciny, Goździn, Ruchocice, Rataje, Drzymałowo, Cegielsko, Głodno, Jabłonna, Nowe Łąkie, Kuźnica Zbąska, Błońsko, Komorówko, Wola Jabłońska, część miejscowości Wioska na południe od drogi nr 540535P (Rakoniewice – Jabłonna) i na południe od drogi 3579P (Wioska – Gnin – Grodzisk Wlkp.), część miejscowości Gnin na południe od drogi 3580P (Gnin – Ruchocice – Zielęcín) i na południowy wschód od drogi 3579P (Wioska – Gnin – Grodzisk Wlkp.); 4) w powiecie grodziskim, w gminie Grodzisk Wielkopolski, miejscowości: Słocin, Lasówki, Porązynko, Sworzyce, Biała Wieś, Zwierzyniec, Lulin, Albertowsko, część miejscowości Kąkolewo na północ od drogi 2754P (Boruja Kościelna – Grodzisk Wlkp.); 5) w powiecie wolsztyńskim, w gminie Przemęt, miejscowości: Siekowo, Siekówko, Kluczewo, Borek, Barchlin, Przemęt; 6) w powiecie wolsztyńskim, w gminie Wolsztyn, miejscowości: Błocko, Gościeszyn, część miejscowości Wroniawy położona na południe od Środkowego Kanału Obry, Wola Dąbrowiecka, Barłóżnia Gościeszynska, część miejscowości Barłóżnia Wolsztyńska położona na wschód od drogi wojewódzkiej nr 305; 7) w powiecie kościańskim, w gminie Śmigiel, miejscowości: Bielawy, Karńnice, Księginki, Brońsko, Skoraczewo, Prętkowice, Stary Białcz; 8) w powiecie grodziskim, w gminie Granowo, miejscowości: Dalekie, Granówko, Kąkolewo, Separowo, Bielawy, Januszewice, Zemsko, Strzępiń; 9) w powiecie nowotomyskim, w gminie Opalenica, miejscowości: Terespotockie, Wojnowice, Kozłowo, Uścięcice, Drapak, Opalenica, Sielinko, Troszczyń, Kopanki, Porążyn, Bukowiec Stary, Porążyn-Tartak, Łagwy; 10) w powiecie poznańskim, w gminie Mosina, miejscowości: Mosina, Jeziory, Sowiniec, Rogalinek, Rogalin, Sasinowo, Sowinki, Baranowo, Baranówko, Bogulin, Drużyna, Głuszyna Leśna, Kubalin, Wiórek, Babki, Świątniki, Krajkowo, Krajkowo-Folwark;	12.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>11) w powiecie poznańskim, w gminie Stęszew, miejscowości: Drożdżyce, Sapowice, Wielkawieś, Stęszew, Krąplewo, Drogosławiec, Dębno, Dębenko, Piekary, Słupia, Rybojedzko, Mirosławki, Jeziorki;</p> <p>12) w powiecie poznańskim, w gminie Komorniki, miejscowości: Rosnowo, Walerianowo, Szreniawa, Rosnówko, Jarosławiec, Wiry, Chomęcice, Komorniki, Łęczyca;</p> <p>13) w powiecie poznańskim, w gminie Puszczykowo, miejscowość Puszczykowo;</p> <p>14) w powiecie poznańskim, w gminie Buk, miejscowość: Dakowy Suche, Szynfin, Dobra, Szewce, Dobieżyn, Wiktorowo, Pawłówko, Buk, Wielka Wieś, Wygoda, Wysoczka;</p> <p>15) w powiecie kościańskim, w gminie Czempin, miejscowości: Piotrowo Drugie, Zadory, Roszkowo, Gorzyce, Gorzyczki, Betkowo, Donatowo, Nowy Gołębin, Rakówka, Stary Gołębin;</p> <p>16) w powiecie kościańskim, w gminie Kościan, miejscowości: Kawczyn, Mikoszki, Łągiewniki, Tamborowo, Kurowo, Bonikowo, Wronowo, Turew, Spytkówki, Witkówki, Sepienko, Kiełczewo, Szczodrowo, Sierakowo, Pianowo, Kościan, Nowe Oborzyska, Kurza Góra Nowy Lubosz, Stary Lubosz, Naclaw, Racot, Darnowo, Wyskoć, Ignacewo;</p> <p>17) w powiecie śremskim, w gminie Brodnica, miejscowości: Tworzykowo, Brodniczka, Esterpole, Ludwikowo, Jaskowo, Boreczek, Górka, Żurawiec, Manieczki, Grabianowo, Przylepki;</p> <p>18) w powiecie nowotomyskim, w gminie Nowy Tomyśl, miejscowość Bukowiec, Nowa Róża, Róża, Sątopy, Cicha Góra, Paproć, Boruja Kościelna, Boruja Nowa;</p> <p>19) w powiecie nowotomyskim, w gminie Kuślin, miejscowości: Wąsowo, Wąsówko, Chraplewo, Głuponie;</p> <p>20) w powiecie nowotomyskim, w gminie Lwówek, miejscowości: Bródki, Brody, Zygmuntowo, Marszewo, Pakosław, Władysławowo;</p> <p>21) w powiecie szamotulskim, w gminie Duszniki, miejscowości: Zakrzewko, Sędziny, Sędzinko, Zalesie, Wilkowo, Wierzeja, Sarbia, Duszniki, Niewierz;</p> <p>22) w powiecie poznańskim, w gminie Dopiewo, miejscowości Konarzewo, Trzcielina, Lisówki;</p> <p>23) w powiecie śremskim, w gminie Śrem, miejscowości: Orkowo, Niesłabin, Góra, Szymanowa, Pucółowo, Krzyżanowo, Marianowo, Błociszewo, Gaj.</p>	
	<p>W województwie wielkopolskim:</p> <p>1) w powiecie grodziskim, w gminie Granowo, miejscowości: Granowo, Kubaczyn, Drużyń, Niemierzyce, Kotowo;</p>	<p>4.5.2025-12.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<ol style="list-style-type: none"> <li>2) w powiecie grodziskim, w gminie Kamieniec, miejscowości: Cykowo, Ujazd, Ujazd-Huby;</li> <li>3) w powiecie grodziskim, w gminie Grodzisk Wielkopolski, miejscowości: Woźniki, Snowidowo, Ptaszkowo, Borzysław, Grąblewo, Kurowo, Grodzisk Wlkp., Chrustowo, Młyniewo, Czarna Wieś, Kobylniki, Rojewo, Zdrój, część miejscowości Kąkolewo na południe od drogi 2754P (Boruja Kościelna – Grodzisk Wlkp.);</li> <li>4) w powiecie nowotomyskim, w gminie Opalenica, miejscowość Dakowy Mokre, Urbanowo, Rudniki, Niegolewo, Łęczyce, Jastrzębniki;</li> <li>5) w powiecie nowotomyskim, w gminie Kuślin, miejscowości: Michorzewo, Michorzewko, Kuślin, Dąbrowa, Trzcianka, Wymysłowo, Śliwno, Turkowo, Dąbrowa Nowa;</li> <li>6) w powiecie poznańskim, w gminie Stęszew, miejscowości: Zaparcin, Będlewo, Srocko Małe, Modrze, Strykowo, Strykówko, Twardowo, Antoninek, Zamysłowo, Witobel, Łódź, Górka, Trzebaw, Wronczyn, Dębina;</li> <li>7) w powiecie poznańskim, w gminie Mosina, miejscowości: Dymaczewo Nowe, Dymaczewo Stare, Bolesławiec, Borkowice, Kierzki, Ludwikowo, Krosinko, Krosno, Żabinko, Nowinki, Pecna, Konstantynowo;</li> <li>8) w powiecie kościańskim, w gminie Czempień, miejscowości: Maruszkowo, Piotrowo Pierwsze, Bieczyny, Sierniki, Stare Tarnowo, Nowe Tarnowo, Głuchowo, Srocko Wielkie, Piechanin, Piotrkowice, Jarogniewice, Jasień, Czempień, Nowe Borówko, Borowo, Helenopol, Słonin;</li> <li>9) w powiecie kościańskim, w gminie Kościan, miejscowości: Stare Oborzyska;</li> <li>10) w powiecie kościańskim, w gminie Brodnica, miejscowości: Grzybno, Iłówiec, Sucharzewo, Iłówiec Wielki, Rogaczewo, Szoldry, Chaławy, Piotrowo, Kopyta, Brodnica, Sulejewo, Żabno, Ogieniewo, Sulejewo-Folwark;</li> <li>11) w powiecie grodziskim, w gminie Rakoniewice, miejscowość: Blinek, część miejscowości Wioska na północ od drogi nr 540535P (Rakoniewice – Jabłonna) i na północ od drogi 3579P (Wioska – Gnin – Grodzisk Wlkp.), część miejscowości Gnin na północ od drogi 3580P (Gnin – Ruchocice – Zielęcín) i na północny zachód od drogi 3579P (Wioska – Gnin – Grodzisk Wlkp.).</li> </ol>	
PL-HPAI(P)-2025-00064	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat ostródzki <ol style="list-style-type: none"> <li>a. gmina Ostróda: Brzydowo, Grabin, Idzbark, Kajkowo, Kątno, Kraplewo, Lipowiec, Morliny, Ornowo, Ryńskie, Stare Jabłonki, Tyrowo, w granicach administracyjnych miejscowości Durąg na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Szyldek i Smykowo, w granicach administracyjnych miejscowości Górka na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Szafranki i Stare Jabłonki, w granicach administracyjnych</li> </ol> </li> </ol>	1.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>miejsowości Lubajny na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Kątno i Kajkowo, w granicach administracyjnych miejscowości Mała Ruś na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Morliny i Florczaki, w granicach administracyjnych miejscowości Ostrowin na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Durąg i Guzowy Piec.</p> <p>b. gmina Łukta: Dąg, Molza, Tabórz, Wynki, w granicach administracyjnych miejscowości Komorowo na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Ruś i Worliny, w granicach administracyjnych miejscowości Kotkowo na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Tarda i Nowe Ramoty, w granicach administracyjnych miejscowości Łukta na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Ruś i Worliny, w granicach administracyjnych miejscowości Plichta na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kątno i Bożęcin, w granicach administracyjnych miejscowości Worliny na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Biesal i Nowe Ramoty</p> <p>c. gmina Miłomłyn: Bagieńsko - Zatoka, w granicach administracyjnych miejscowości Liwa na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Winiec i Wirwajdy, w granicach administracyjnych miejscowości Tarda na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Liwa i Prošno</p> <p>d. gmina Morąg: w granicach administracyjnych miejscowości Słonecznik na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Tarda i Florczaki</p> <p>e. w granicach administracyjnych miasta Ostróda na zachód od ulicy Grunwaldzkiej do skrzyżowania o ruchu okrężnym z ulicą Czarnieckiego, dalej na zachód od ulicy Czarnieckiego, następnie ulicą Mickiewicza, dalej na zachód od Szosy Elbląskiej do granic miasta</p> <p>2. powiat olsztyński: gmina Gietrzwałd: Dłużki, Rapaty, w granicach administracyjnych miejscowości Biesal na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wigwałd i Łęguty, w granicach administracyjnych miejscowości Jadaminy na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wigwałd i Łęguty, w granicach administracyjnych miejscowości Łęguty na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Worliny i Jadaminy, w granicach administracyjnych miejscowości Parwólki na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wigwałd i Łęguty.</p>	
	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <p>1. powiat ostródzki</p> <p>a. gmina Ostróda, miejscowości: Międzyzlesie, Zwierzewo, w granicach administracyjnych miejscowości Górka na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Szafranki i Stare Jabłonki, w granicach administracyjnych miejscowości Lubajny na północ od linii</p>	<p>23.4.2025-1.5.2025</p>

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>poprowadzonej przez miejscowości Kątno i Kajkowo, w granicach administracyjnych miejscowości Mała Ruś na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Morliny i Florczaki</p> <p>b. gmina Łukta: w granicach administracyjnych miejscowości Plichta na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kątno i Bożęcín</p> <p>c. w granicach administracyjnych miasta Ostróda na wschód od ulicy Grunwaldzkiej do skrzyżowania o ruchu okrężnym z ulicą Czarnieckiego, dalej na wschód od ulicy Czarnieckiego, następnie ulicą Mickiewicza, dalej na wschód od Szosy Elbląskiej do granic miasta Ostróda.</p>	
PL-HPAI(NON--P)-2025-00046	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <p>1. powiat elbląski</p> <p>a. gmina Godkowo, miejscowości: Burdajny, Dąbkowo, Dobry, Gruzajny, Krykajny, Kwitajny Wielkie, Łęпно, Nowe Wikrowo, Olkowo, Piskajny, Plajny, Podągi, Stary Cieszyn, Swędkowo, Szymbory, w granicach administracyjnych miejscowości Bielica na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Jankówko i Sałkowice, w granicach administracyjnych miejscowości Godkowo na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Skowrony i Podągi, w granicach administracyjnych miejscowości Gwiżdżyny na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Krykajny i Gudniki, w granicach administracyjnych miejscowości Lesiska na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Gwiżdżyny i Gudniki, w granicach administracyjnych miejscowości Miłosna na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Jankówko i Sałkowice, w granicach administracyjnych miejscowości Osiek na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Jankówko i Sałkowice, w granicach administracyjnych miejscowości Skowrony na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kalnik i Swędkowo,</p> <p>b. gmina Pasłęk, miejscowości: Nowy Cieszyn, w granicach administracyjnych miejscowości Kwitajny na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Królewo i Surowe, w granicach administracyjnych miejscowości Sałkowice na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kwitajny i Słobity, w granicach administracyjnych miejscowości Surowe na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kwitajny i Sałkowice</p>	9.5.2025

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	<p>2. powiat braniewski</p> <p>a. gmina Wilczęta: w granicach administracyjnych miejscowości Spędy na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Dąbrówka i Stegny</p> <p>3. powiat lidzbarski</p> <p>a. gmina Orneta: w granicach administracyjnych miejscowości Bażyny na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Gładysze i Drwęczno, w granicach administracyjnych miejscowości Bogatyńskie na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wapnik i Osetnik, w granicach administracyjnych miejscowości Drwęczno na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wapnik i Osetnik, w granicach administracyjnych miejscowości Wojciechowo na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Klugajny i Karkajmy</p> <p>4. powiat ostródzki</p> <p>a. gmina Miłakowo, miejscowości: Pawełki, Stare Bolity, Warkały, w granicach administracyjnych miejscowości Książnik na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Pityny i Ponary, w granicach administracyjnych miejscowości Mysłaki na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wapnik i Książnik, w granicach administracyjnych miejscowości Pityny na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Wapnik i Książnik, w granicach administracyjnych miejscowości Polkajny na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Nowy Dwór i Pityny, w granicach administracyjnych miejscowości Roje na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Trokajny i Dobrocinek, w granicach administracyjnych miejscowości Warkałki na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Podągi i Jurki</p> <p>b. gmina Morąg, miejscowości: Kalnik, Łączno, Niebrzydowo Wielkie, Złotna, w granicach administracyjnych miejscowości Bogaczewo na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Trokajny i Dobrocinek, w granicach administracyjnych miejscowości Gulbity na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Trokajny i Dobrocinek, w granicach administracyjnych miejscowości Jurki na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Trokajny i Dobrocinek, w granicach administracyjnych miejscowości Królewo na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Łączno i Kronin, w granicach administracyjnych miejscowości Markowo na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Strużyna i Bielica, w granicach administracyjnych miejscowości Nowy Dwór na północ od linii</p>	

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	poprowadzonej przez miejscowości Łączno i Kronin, w granicach administracyjnych miejscowości Strużyna na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Warkałki i Kwitajny.	
	<p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat elbląski <ol style="list-style-type: none"> <li>a. gmina Godkowo, miejscowości: Ząbrowiec, Żimnochy, w granicach administracyjnych miejscowości Godkowo na południe od linii poprowadzonej przez miejscowości Skowrony i Podągi, w granicach administracyjnych miejscowości Gwiżdżiny na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Krykajny i Gudniki, w granicach administracyjnych miejscowości Lesiska na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Gwiżdżiny i Gudniki, w granicach administracyjnych miejscowości Skowrony na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Kalnik i Swędkowo</li> </ol> </li> <li>2. powiat ostródzki <ol style="list-style-type: none"> <li>a. gmina Miłakowo: w granicach administracyjnych miejscowości Warkałki na zachód od linii poprowadzonej przez miejscowości Podągi i Jurki</li> <li>b. gmina Morąg: w granicach administracyjnych miejscowości Markowo na wschód od linii poprowadzonej przez miejscowości Strużyna i Bielica, w granicach administracyjnych miejscowości Strużyna na północ od linii poprowadzonej przez miejscowości Warkałki i Kwitajny.</li> </ol> </li> </ol>	1.5.2025-9.5.2025

Mitgliedstaat: Rumänien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
<b>Kreis: Tulcea</b>		
RO-H-PAI(NON-P)-2025-00003 RO-H-PAI(NON-P)-2025-00004	SOMOVA – Com. SOMOVA TUDOR VLADIMIRESCU – MUN. TULCEA CATALOI – Com. FRECĂȚEI MALCOCI – Com. NUFĂRUL PĂTLĂGEANCA – Com. CEATALCHIOI	15.4.2025
	MUN. TULCEA MINERI – Com. SOMOVA	7.4.2025-15.4.2025

Teil C

Weitere Sperrzonen gemäß Artikel 1 Buchstabe b und Artikel 4 in den betroffenen Mitgliedstaaten\*:

Mitgliedstaat: Polen

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 4 gültig bis
<p><b>W województwie wielkopolskim:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat szamotulski, gminy: Pniewy, Duszniki oraz część gminy Kaźmierz położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 92</li> <li>2. powiat nowotomyski, gminy: Lwówek, Kuślin, Opalenica oraz Nowy Tomyśl</li> <li>3. powiat grodziski</li> <li>4. powiat wolsztyński, część gminy Przemęt położona na północ od drogi łączącej miejscowości Mochy-Nowa Wieś-Perkowo-Przemęt-Sączkowo-Bucz-Poświętno oraz część gminy Wolsztyn położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 305 oraz na południe od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 32</li> <li>5. część miasta Poznań położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 92 aż do Mostu Lecha, a następnie na zachód od ulicy Prymasa Augusta Hlonda aż do Ronda Śródka, a następnie na południe od ulicy Warszawskiej</li> <li>6. powiat poznański, gminy: Buk, Dopiewo, Komorniki, Luboń, Puszczykowo, Stęszew, Mosina oraz część gminy Tarnowo Podgórne położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 92</li> <li>7. powiat kościański</li> <li>8. powiat gostyński, gminy: Piaski, Borek Wielkopolski, Pogorzela oraz część gminy Gostyń położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 12 z wyłączeniem miasta Gostyń</li> <li>9. powiat krotoszyński, z wyłączeniem gmin Zduny oraz Sulmierzyce</li> <li>10. powiat ostrowski, gminy: Ostrów Wielkopolski wraz z miastem Ostrów Wielkopolski, Raszków, Przygodzice, Nowe Skalmierzyce oraz Sieroszewice</li> <li>11. powiat ostrzeszowski, gminy: Grabów nad Prosną, Kraszewice, Mikstat, Doruchów, Ostrzeszów, w gminie Czajków, miejscowości: Muchy, Czajków, Kopna</li> <li>12. powiat kaliski i Miasto Kalisz</li> <li>13. powiat pleszewski, z wyłączeniem części gminy Gizałki położonej na północ od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 443</li> <li>14. powiat jarociński</li> <li>15. powiat śremski, gminy: Brodnica, Dolsk oraz Śrem z wyłączeniem miejscowości Olsza</li> </ol>	<p>13.5.2025</p>
<p><b>W województwie mazowieckim:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat żuromiński</li> <li>2. powiat mławski, z wyłączeniem gminy Dzierzgowo</li> <li>3. powiat płoński, gmina Raciąż wraz z miastem Raciąż</li> </ol> <p>W województwie warmińsko-mazurskim:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat działdowski: miasto Działdowo oraz część gminy Działdowo położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę krajową nr 538, gmina Łłowo-Osada, Płońska oraz część gminy Lidzbark położona na południowy wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Wkrę</li> </ol>	<p>3.5.2025</p>
<p><b>W województwie warmińsko-mazurskim:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. powiat ostródzki, gminy: miasto Ostróda oraz część gminy Ostróda z wyłączeniem miejscowości: Lipowo, Zajączki, Pietrzwałd, Bednarki, Wysoka Wieś, Miejska Wola, Glaznoty, Wygoda oraz Giętłewo-Janowo, gmina Miłomłyn, gmina Łukta z wyłączeniem części gminy</li> </ol>	<p>2.5.2025</p>

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 4 gültig bis
położonej na północ od linii kolejowej przebiegającej przez miejscowość, Mostkowo, część gminy Morąg położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Wenecja-Słonecznik-Bożęcin-Bramka-Zawroty-Żabi Róg 2. powiat olsztyński, część gminy Gietrzwałd położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Pasłęka	

- \* Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Windsor-Rahmens (siehe die Gemeinsame Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs im mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten gemeinsamen Ausschuss vom 24. März 2023, ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87) in Verbindung mit Anhang 2 dieses Rahmens gelten für die Zwecke dieses Anhangs Verweise auf einen Mitgliedstaat auch für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland.



2025/822

28.4.2025

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/822 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 401/2013 des Rates vom 2. Mai 2013 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 194/2008 <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 4i,

gestützt auf den Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 2. Mai 2013 die Verordnung (EU) Nr. 401/2013 angenommen.
- (2) Der Rat hat die in Anhang IV der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 enthaltene Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, überprüft. Auf der Grundlage dieser Überprüfung sollten die Einträge zu 14 Personen geändert werden.
- (3) Die Verordnung (EU) Nr. 401/2013 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Anhang IV der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZŁAPKA

<sup>(1)</sup> ABL L 121 vom 3.5.2013, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/401/oj>.

## ANHANG

In Anhang IV der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 erhalten die Einträge zu den folgenden 14 Personen auf der Liste unter Abschnitt „A. Liste der in Artikel 4a genannten natürlichen Personen“ folgende Fassung:

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
„18.	Sein Win	<p>Geburtsdatum: 24.7.1956;</p> <p>Geburtsort: Pyin Oo Lwin, Myanmar/Birma;</p> <p>Staatsangehörigkeit: Myanmar;</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Generalleutnant Sein Win ist Angehöriger der Tatmadaw und ehemaliger Verteidigungsminister (vom 24. August 2015 bis 1. Februar 2021). Seit Februar 2021 ist er Vorsitzender der Myanmar War Veterans Organization (MWVO).</p> <p>Am 1. Februar 2021 nahm er zusammen mit anderen Angehörigen der Tatmadaw an der Sitzung des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit teil. Diese Sitzung des Nationalen Rates war verfassungswidrig, da die zivilen Mitglieder des Rates von ihr ausgeschlossen waren. Während dieser Sitzung wurde Myint Swe zum kommissarischen Präsidenten erklärt. Myint Swe hat sodann den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, Min Aung Hlaing, übertragen. Hierdurch wurde gegen das Verfahren für die Ausrufung des Notstands verstoßen, da nach der Verfassung nur der Präsident befugt ist, den Notstand auszurufen.</p> <p>Durch seine Teilnahme an der Sitzung des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit, während der beschlossen wurde, den Notstand auszurufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung zu übertragen, hat Sein Win dazu beigetragen, unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Deshalb ist er verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>2018 haben die Vereinten Nationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht berichtet, die seit 2011 von den Streitkräften und den Ordnungskräften in den Bundesstaaten Kachin, Rakhine und Shan verübt wurden und gegen die Bevölkerungsgruppe der Rohingya gerichtet waren, wobei sie viele dieser Verstöße als schwerste Verbrechen nach dem Völkerrecht eingestuft haben. Sein Win war vom 24. August 2015 bis 1. Februar 2021 Verteidigungsminister und in dieser Funktion unmittelbar für diese an der Bevölkerungsgruppe der Rohingya verübten schweren Verstöße und Missbräuche verantwortlich.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
20.	Mya Tun Oo	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsdatum: 4.5.1961 oder 5.5.1961; Geschlecht: männlich	<p>General Mya Tun Oo ist Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). Er war vom 1. Februar 2021 bis zum 3. August 2023 Verteidigungsminister und ist Mitglied des Staatsverwaltungsrates. Er wurde am 1. Februar 2023 auch zum stellvertretenden Premierminister ernannt. Am 1. August 2023 übernahm er ferner das Amt des Ministers der Union für Verkehr und Kommunikation. Er beaufsichtigt außerdem von der Junta kontrollierte Aufsichtsgremien im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen und Handel.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern. Mya Tun Oo hat an der Sitzung des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit vom 31. Januar 2022 teilgenommen, in der der Notstand bis zum 31. Juli 2022 verlängert wurde. Als Mitglied des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit sowie des Staatsverwaltungsrates war General Mya Tun Oo unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>Zudem hat der Staatsverwaltungsrat Beschlüsse erlassen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung, einschließlich des Zugangs zu Informationen, und das Recht auf friedliche Versammlung eingeschränkt werden. Die unter der Kontrolle des Staatsverwaltungsrates stehenden Streitkräfte und Behörden haben seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, indem sie zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch durch Beschränkung des Zugangs zum Internet eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert haben.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
			<p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates ist General Mya Tun Oo unmittelbar für die repressiven Beschlüsse und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Darüber hinaus ist Mya Tun Oo als Verteidigungsminister für die Angriffe der Streitkräfte im Bundesstaat Kayah vom 25. Dezember 2021, bei denen mehr als 30 Menschen, darunter Kinder und humanitäres Personal, getötet wurden, sowie für Massentötungen und Folterungen von Zivilisten in ganz Myanmar verantwortlich. Als Verteidigungsminister war General Mya Tun Oo außerdem verantwortlich für Bombardierungen, Luftangriffe und andere Fälle massiver Gewalt, die 2022 durch die Streitkräfte Myanmars verübt wurde. Er ist also für schwere Menschenrechtsverletzungen in Myanmar/Birma verantwortlich.</p> <p>2018 haben die Vereinten Nationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht berichtet, die seit 2011 von den Streitkräften und den Ordnungskräften in den Bundesstaaten Kachin, Rakhine und Shan verübt wurden und gegen die Bevölkerungsgruppe der Rohingya gerichtet waren, wobei sie viele dieser Verstöße als schwerste Verbrechen nach dem Völkerrecht eingestuft haben. Mya Tun Oo war von August 2016 bis zu seiner Ernennung zum Verteidigungsminister stellvertretender Stabschef der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) und bekleidete damit den dritthöchsten Rang bei der Tatmadaw. In dieser Funktion hat er die im Bundesstaat Rakhine durchgeführten militärischen Operationen überwacht und die verschiedenen Streitkräfte, einschließlich Armee, Marine und Luftwaffe, und den Einsatz von Artillerie koordiniert. Er ist deshalb für diese an der Bevölkerungsgruppe der Rohingya verübten schweren Verstöße und Missbräuche verantwortlich.</p>	

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
24.	Moe Myint Tun	Geburtsdatum: 24.5.1968; Staatsangehörigkeit: Myanmar; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Moe Myint Tun war Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) und Mitglied des Staatsverwaltungsrates.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung General Min Aung Hlaing übertragen. Am 2. Februar wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates war Generalleutnant Moe Myint Tun unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>Zudem hat der Staatsverwaltungsrat Beschlüsse erlassen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung, einschließlich des Zugangs zu Informationen, und das Recht auf friedliche Versammlung eingeschränkt werden. Die unter der Kontrolle des Staatsverwaltungsrates stehenden Streitkräfte und Behörden haben seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, indem sie zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch durch Beschränkung des Zugangs zum Internet eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert haben.</p> <p>Sein anhaltender Einfluss in der Militärjunta wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass seine Familienangehörigen die Zuschläge bei wichtigen Bauausschreibungen erhalten, die in der Regel nur über Verbindungen zu hochrangigen Beamten erteilt werden.</p> <p>Als ehemaliges Mitglied des Staatsverwaltungsrates ist Generalleutnant Moe Myint Tun unmittelbar für die repressiven Beschlüsse und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.</p> <p>2018 haben die Vereinten Nationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht berichtet, die seit 2011 von den Streitkräften und den Ordnungskräften in den Bundesstaaten Kachin, Rakhine und Shan verübt wurden und gegen die Bevölkerungsgruppe der Rohingya gerichtet waren, wobei sie viele dieser Verstöße als schwerste Verbrechen nach dem Völkerrecht eingestuft haben. Generalleutnant Moe Myint Tun war Befehlshaber des Büros für Sonderoperationen Nr. 6 (BSO 6) und bis 2019 Stabschef (Armee) der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). In dieser Funktion überwachte er die Operationen im Bundesstaat Rakhine. Er ist deshalb für diese an der Bevölkerungsgruppe der Rohingya verübten schweren Verstöße und Missbräuche verantwortlich.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
25.	Than Hlaing	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsdatum: 1965; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Than Hlaing ist Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). Am 2. Februar 2021 wurde er zum stellvertretenden Minister für Inneres und zum Polizeichef ernannt und trat am 5. Mai 2022 von diesen Ämtern zurück. Er ist derzeit Teil der Reservestreitkräfte.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Generalleutnant Than Hlaing, der vom Staatsverwaltungsrat ernannt wurde, hat an Handlungen und politischen Maßnahmen, mit denen die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben werden, sowie an Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in Myanmar/Birma bedrohen, mitgewirkt.</p> <p>Zudem haben Ordnungskräfte unter dem Befehl von Generalleutnant Than Hlaing seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert. Als stellvertretender Minister des Inneren und Polizeichef war Generalleutnant Than Hlaing unmittelbar für Entscheidungen über repressive Maßnahmen und Gewalttätigkeiten gegen friedlich Demonstrierende verantwortlich, die von der Polizei durchgeführt wurden; er ist deshalb verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Myanmar/Birma.</p>	22.3.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
32.	Sai Long Hseng	<p>Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma;</p> <p>Geburtsdatum: 18.4.1947;</p> <p>Geburtsort: Kengtung, Myanmar/Birma;</p> <p>Geschlecht: männlich;</p> <p>Staatsbürgerschaftsnachweis: Katana (Naing) 0052495;</p> <p>Personalausweis-Nr.: 13/KATANA (N)-005249;</p> <p>Position: Ehemaliges Mitglied des Staatsverwaltungsrats</p>	<p>Sai Long Hseng war Mitglied des Staatsverwaltungsrats und seines zentralen Beratungsgremiums.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates und seines zentralen Beratungsgremiums war Sai Long Hseng unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma.</p> <p>Zudem hat der Staatsverwaltungsrat Beschlüsse erlassen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung, einschließlich des Zugangs zu Informationen, und das Recht auf friedliche Versammlung eingeschränkt werden. Die unter der Kontrolle des Staatsverwaltungsrates stehenden Streitkräfte und Behörden haben seit dem 1. Februar 2021 schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, indem sie zivile und unbewaffnete Demonstranten getötet, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch durch Beschränkung des Zugangs zum Internet eingeschränkt und Oppositionsführer und Gegner des Putsches willkürlich festgenommen und inhaftiert haben. Zudem hat der Staatsverwaltungsrat in Teilen des Landes das Kriegsrecht verhängt und somit den Streitkräften die vollständige Kontrolle, einschließlich im Bereich der Verwaltung, der Justiz und der Strafverfolgung, über die betreffenden Gebiete übertragen. In den unter Kriegsrecht stehenden Gebieten werden Zivilpersonen, einschließlich Journalisten und friedliche Demonstranten, vor Militärgerichte gestellt, wodurch ihnen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, einschließlich auf einen wirksamen Rechtsbehelf, entzogen wird. In den Gebieten, in denen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, haben Gewalttätigkeiten der Streit- und Polizeikräfte, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität bedrohen, erheblich zugenommen.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates und seines zentralen Beratungsgremiums ist Sai Long Hseng unmittelbar für die repressiven Beschlüsse und für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.</p>	19.4.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
40.	Tin Aung San	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsdatum: 16.10.1960; Geschlecht: männlich; Personalausweis-Nr.: 12/La Ma Na (N) 89 489	<p>Admiral Tin Aung San ist der Oberbefehlshaber der Marine von Myanmar/Birma, Mitglied des Staatsverwaltungsrates und Minister des Büros des Premierministers. Zuvor diente er als Minister für Verkehr und Kommunikation und Verteidigungsminister.</p> <p>Am 1. Februar 2021 haben die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) unter ihrem Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing in Myanmar/Birma einen Putsch durchgeführt und damit unter Nichtanerkennung des Ergebnisses der Wahl vom 8. November 2020 die demokratisch gewählte Regierung gestürzt. Im Rahmen des Putsches hat Vizepräsident Myint Swe als kommissarischer Präsident am 1. Februar 2021 den Notstand ausgerufen und die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates dem Oberbefehlshaber der Nationalen Verteidigung, General Min Aung Hlaing, übertragen. Am 2. Februar 2021 wurde der Staatsverwaltungsrat eingesetzt, um diese drei Gewalten auszuüben und so die demokratisch gewählte Regierung an der Erfüllung ihres Mandats zu hindern.</p> <p>Als Minister der Regierung für Verkehr und Kommunikation war er für Kommunikation und Netze zuständig, das heißt, er hat Entscheidungen getroffen und politische Maßnahmen umgesetzt, die den freien Zugang zu Online-Daten bestimmt haben. Während er diese Funktion innehatte, gab es zahlreiche Abschaltungen und gezielte Verlangsamungen des Internets sowie Anordnungen an Internetanbieter zu verhindern, dass Facebook, Twitter und Instagram online zugänglich sind. Im Januar 2022 wurde ein Entwurf für ein neues Cybersicherheitsgesetz in Umlauf gebracht, wonach es zulässig ist, Überwachungstechnologie zur Überwachung und gezielten Beschattung von Personen zu missbrauchen und somit deren Recht auf freie Meinungsäußerung sowie den Zugang zu Informationen zu unterdrücken. Tin Aung San ist also unmittelbar für die Einschränkung der Pressefreiheit und des Online-Zugangs zu Informationen sowie für die Verletzung des Rechts auf Privatsphäre der Bevölkerung von Myanmar verantwortlich. Dadurch hat er die Demokratie und das Rechtsstaatsprinzip in Myanmar/Birma untergraben.</p> <p>Als Mitglied des Staatsverwaltungsrates, stellvertretender Premierminister sowie ehemaliger Verteidigungsminister war Tin Aung San unmittelbar an den Entscheidungen über staatliche Ämter beteiligt und trägt die Verantwortung für diese Entscheidungen; er ist deshalb verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma. Er ist außerdem unmittelbar verantwortlich für die Beschlüsse des Staatsverwaltungsrates über Repressionen, einschließlich Rechtsvorschriften, die die Menschenrechte verletzen und die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger Myanmars einschränken, sowie für die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die von den Sicherheitskräften Myanmars begangen werden.</p>	21.6.2021

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
44.	Aung Naing Oo	<p>Geburtsdatum: 13.10.1962 oder 9.6.1969;                      Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma;                      Geburtsort: Kyaukse, Mandalay, Myanmar/Birma;                      Geschlecht: männlich;                      Anschrift: L 103, Kenyeikthar Lane 6, FMI city, Yangon, Myanmar/Birma;                      Reisepass-Nr.: DM002656;                      Personalausweis-Nr.: 7/PaKhaNa (Naing) 13345; 5/SaKaNa (Naing) 017289</p>	<p>Aung Naing Oo ist der ehemalige Handelsminister. Vom 2. Februar 2021 bis zum 18. August 2022 war er Minister für Investitionen und Außenwirtschaftsbeziehungen. Er wurde vom Staatsverwaltungsrat ernannt, der unter der Leitung von Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing steht und der am 2. Februar 2021 die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt des Staates übernommen hat.</p> <p>Als ehemaliger Minister der Regierung ist er Teil des Militärregimes, das durch einen Militärputsch die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung Myanmars/Birmas gestürzt hat. Als Minister für Investitionen und Außenwirtschaftsbeziehungen war er dafür zuständig, das Wirtschaftsleben und Investitionen in Myanmar/Birma zu erleichtern, und trägt daher zur Deckung des Finanzbedarfs des Militärregimes bei. In seinen Erklärungen und durch seine Handlungen hat er den Putsch und das Militärregime öffentlich befürwortet, unter anderem durch die Behauptung, dass die internationalen Medien die Krise hochspielten, und indem er nachdrücklich erklärte, dass die Bewegung des zivilen Ungehorsams beendet sei. Darüber hinaus hat er Führungskräfte ausländischer Telekommunikationsunternehmen daran gehindert, das Land ohne Genehmigung zu verlassen, und im Februar 2021 demonstrierende Beamte aus dem Ministerium entlassen. Daher werden durch seine Handlungen, politischen Maßnahmen und Tätigkeiten die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, und er wirkt bei Handlungen mit, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen.</p>	21.2.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
64.	Ni Lin Aung	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalmajor Ni Lin Aung arbeitet seit August 2022 im zentralen Kommandobereich Ost. Er ist der ehemalige Befehlshaber des Kommandobereichs Ost der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw). Der Bundesstaat Kayah fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kommandobereichs Ost. Bei einem am 24. Dezember 2021 nahe dem Dorf Moso in der Gemeinde Phruso, Bundesstaat Karenni (Kayah), durchgeführten Angriff wurden mindestens 35 Personen getötet, darunter Zivilpersonen und Kinder sowie zwei humanitäre Helfer der NRO Save the Children. Tatmadaw wird für diesen Angriff verantwortlich gemacht. Als Befehlshaber des Kommandobereichs Ost befahl Generalmajor (ehemaliger Brigadegeneral) Ni Lin Aung unmittelbar die Einheiten im Bundesstaat Kayah, einschließlich derer, die für dieses Massaker verantwortlich sind.</p> <p>Am 21. Juli 2023 wurde Generalmajor Ni Lin Aung zum stellvertretenden Minister für Inneres ernannt und ihm wurde zugleich die Position des Polizeichefs übertragen; am 3. August 2024 kehrte er zu seiner früheren militärischen Position zurück. Als ehemaliger stellvertretender Minister und Angehöriger der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) ist er Teil des Militärregimes, das durch einen Militärputsch die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung Myanmars/Birmas gestürzt hat.</p> <p>Generalmajor Ni Lin Aung ist daher verantwortlich für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma und für schwere Menschenrechtsverletzungen sowie für die Durchführung von Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen.</p>	21.2.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
75.	Phone Myat	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Phone Myat ist seit Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 5 (BSO 5) und war von April 2021 bis Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 3 (BSO 3) der Streitkräfte Myanmars/Birmas (Tatmadaw).</p> <p>Zuvor war er von Juli 2020 bis April 2021 stellvertretender Minister im Innenministerium und von Mai 2019 bis Juli 2020 Befehlshaber des Kommandobereichs West.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 5 befehligt und kontrolliert Phone Myat Streitkräfte im Gebiet von Yangon.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 3 befehligte und kontrollierte Phone Myat die Streitkräfte des Kommandobereichs Südwest (Ayeyarwaddy), des Kommandobereichs Süd (Bago und Magway) und des Kommandobereichs West (Rakhine und Chin).</p> <p>Die Streitkräfte unter seinem Kommando verübten schwere Menschenrechtsverletzungen, Straftaten und Gräueltaten, einschließlich Tötungen, Angriffe gegen die Zivilbevölkerung am Boden und aus der Luft sowie Massaker in der Region Magway, im Bundesstaat Chin und in der Region Bado.</p> <p>In seiner Funktion als Befehlshaber des BSO 5 und ehemaliger Befehlshaber des BSO 3 ist Phone Myat für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
77.	Thet Pon	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Thet Pon ist seit Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 6 (BSO 6) und war von Juni 2020 bis Januar 2025 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 5 (BSO 5) der Streitkräfte Myanmars/Birmas (Tatmadaw). Zuvor war er bis 2017 Befehlshaber des Kommandobereichs Nordwest und zwischen 2017 und Juni 2020 Befehlshaber der Region Yangon.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 6 befehligt und kontrolliert Thet Pon Streitkräfte im Gebiet von Nay Pyi Taw.</p> <p>Als Befehlshaber des BSO 5 befehligte und kontrollierte Thet Pon Streitkräfte und Militärgerichte in der Region Yangon.</p> <p>Im März 2021 führte der Staatsverwaltungsrat in Myanmar/Birma das Kriegsrecht ein, wodurch die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt auf den Leiter der einschlägigen regionalen Militärkommandos überging. Bis Juli 2022 verurteilten Militärgerichte in der Region Yangon 119 Personen zum Tode, viele von ihnen aus politischen Gründen, darunter vier Mitglieder der demokratischen Opposition, die in der Region Yangon hingerichtet wurden.</p> <p>Darüber hinaus verübten Streitkräfte in der Region Yangon Gewalttaten gegen friedlich Demonstrierende und Tötungen friedlich Demonstrierender, wie der Einsatz tödlicher Gewalt bei Protesten gegen die Junta in der Gemeinde Hlaing Tharyar in Yangon am 14. März 2021.</p> <p>In seiner Funktion als Befehlshaber des BSO 6 und ehemaliger Befehlshaber des BSO 5 ist Thet Pon für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
78.	Htein Win	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Admiral Htein Win ist Oberbefehlshaber der Marine sowie ehemaliger Ausbildungsleiter der Streitkräfte und ehemaliger Befehlshaber des Kommandobereichs Süd der Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw).</p> <p>Als regionaler Befehlshaber befehligte und kontrollierte er Streitkräfte in den Regionen Bago und Magway.</p> <p>Die Streitkräfte in diesen Regionen führten Luftangriffe und Razzien durch und begingen Brandstiftungen, führten zahlreiche Tötungen durch und setzten Menschen als Schutzschilde ein. Insbesondere die Region Magway ist ein Brennpunkt für brutale Militäroperationen gegen die Opposition, die in der Region Magway nach der Strategie ‚Kill All, Burn All, Loot All‘ (Alle töten, alles verbrennen, alles plündern) durchgeführt werden.</p> <p>In seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Marine sowie als ehemaliger Ausbildungsleiter der Streitkräfte und ehemaliger Befehlshaber des Kommandobereichs Süd ist Htein Win für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022
81.	Nyunt Win Swe	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich	<p>Generalleutnant Nyunt Win Swe ist seit 2023 Befehlshaber des Büros für Sondereinsätze Nr. 4 (BSO 4). In dieser Funktion befehligt und kontrolliert er Streitkräfte im Gebiet von Yangon. Von Juni 2020 bis Anfang 2023 war er Befehlshaber der Region Yangon der Streitkräfte Myanmars/Birmas (Tatmadaw). In dieser Funktion befehligte und kontrollierte Nyunt Win Swe Streitkräfte in der Region Yangon und beaufsichtigte die Militärgerichte in der Region Yangon.</p> <p>Im März 2021 führte der Staatsverwaltungsrat in Myanmar/Birma das Kriegsrecht ein, wodurch die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt auf den Leiter der einschlägigen regionalen Militärkommandos überging. Bis Juli 2022 verurteilten Militärgerichte in der Region Yangon 119 Personen zum Tode, viele von ihnen aus politischen Gründen, darunter vier Mitglieder der demokratischen Opposition, die in der Region Yangon hingerichtet wurden.</p> <p>Darüber hinaus verübten Streitkräfte in der Region Yangon Gewalttaten gegen friedlich Demonstrierende und Tötungen friedlich Demonstrierender, wie der Einsatz tödlicher Gewalt bei Protesten gegen die Junta in der Gemeinde Hlaing Tharyar in Yangon am 14. März 2021.</p> <p>In seiner Funktion ist Nyunt Win Swe für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Tätigkeiten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben, sowie für Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen, verantwortlich.</p>	8.11.2022

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Zeitpunkt der Aufnahme in die Liste
89.	Maung Maung Aye	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsort: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich; Rang: General	<p>General Maung Maung Aye war bis Dezember 2024 Generalstabschef der Armee, der Marine und der Luftwaffe von Myanmar/Birma. Im Dezember 2024 wurde er zum Verteidigungsminister ernannt. In diesen Funktionen ist Maung Maung Aye Teil des Regimes, das im Februar 2021 in Myanmar/Birma die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung gestürzt hat.</p> <p>Er ist aktiv am Kauf von Waffen aus Russland beteiligt. Darüber hinaus trägt er auch dazu bei, die internationale Positionierung der Streitkräfte Myanmars durch Treffen mit Amtskollegen aus anderen Ländern zu stärken.</p> <p>Er ist somit eine natürliche Person, deren Handlungen, politische Maßnahmen oder Tätigkeiten die Demokratie oder die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergraben und die an Handlungen beteiligt ist, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität in Myanmar/Birma bedrohen, oder solche Handlungen unterstützt. Er ist ferner verantwortlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen.</p>	20.2.2023
95.	Kyaw Swar Lin (alias Kyaw Swar Linn)	Staatsangehörigkeit: Myanmar/Birma; Geburtsort: Myanmar/Birma; Geschlecht: männlich; Position: Generalstabschef, ehemaliger Stabschef der Armee und Generalquartiermeister der Streitkräfte Myanmars	<p>Generalleutnant Kyaw Swar Lin war von Mai 2020 bis Dezember 2024 Generalquartiermeister; im Dezember 2024 wurde er zum Generalstabschef der Armee, der Marine und der Luftwaffe von Myanmar/Birma befördert, eine hochrangige Position im Militär von Myanmar/Birma. Von Oktober 2023 bis Dezember 2024 war er außerdem Stabschef der Armee.</p> <p>Darüber hinaus leitet Kyaw Swar Lin die Myanmar Economic Corporation (MEC), eine der beiden großen Konglomerate und Holdinggesellschaften, die vom Militär betrieben werden und Einnahmen für die Streitkräfte Myanmars (Tatmadaw) erwirtschaften.</p> <p>Als Generalstabschef, ehemaliger Stabschef der Armee und ehemaliger Generalquartiermeister ist er Teil des Militärregimes, das durch einen Militärputsch die Macht ergriffen und die rechtmäßig gewählte Führung Myanmars/Birmas gestürzt hat.</p> <p>Kyaw Swar Lin ist daher eine natürliche Person, die durch ihre Handlungen, politischen Maßnahmen und Tätigkeiten die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Myanmar/Birma untergräbt und Handlungen unterstützt, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Myanmars/Birmas bedrohen.</p>	20.7.2023“



2025/823

28.4.2025

**BESCHLUSS (GASP) 2025/823 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**über eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der Armee der Republik Nordmazedonien**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 1 und Artikel 41 Absatz 2, auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates<sup>(1)</sup> wurde die Europäische Friedensfazilität (im Folgenden „EFF“) eingerichtet, über die die Mitgliedstaaten Maßnahmen der Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zur Friedenserhaltung, zur Konfliktverhütung und zur Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrags finanzieren. Insbesondere ist die EFF gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Beschlusses (GASP) 2021/509 für die Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen, wie Maßnahmen zur Stärkung der Kapazitäten von Drittstaaten und regionalen und internationalen Organisationen im Militär- oder Verteidigungsbereich, zu verwenden.
- (2) Die Union setzt sich auf der Grundlage des 2001 unterzeichneten und 2004 in Kraft getretenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen und der 2020 eingeleiteten Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien für enge Beziehungen zur Unterstützung einer starken, unabhängigen und wohlhabenden Republik Nordmazedonien (im Folgenden „Nordmazedonien“) ein.
- (3) Die Union würdigt die Angleichung Nordmazedoniens an die GASP der Union sowie den Beitrag Nordmazedoniens zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Union, einschließlich seiner Beteiligung an GSVP-Missionen und -Operationen und an den EU-geführten Einsatzkräften für die rasche Reaktion innerhalb der Rahmenregelung für die Schnelleingreifkapazität.
- (4) Am 21. März 2022 hat die Union den Strategischen Kompass mit dem Ziel gebilligt, zu einem stärkeren und fähigeren Bereitsteller von Sicherheit zu werden, und zwar unter anderem durch die verstärkte Nutzung der EFF zur Unterstützung der militärischen Fähigkeiten und Verteidigungsfähigkeiten der Partner.
- (5) In der Brüsseler Erklärung des Gipfeltreffens EU-Westbalkan vom 18. Dezember 2024 bekräftigten die Führungsspitzen der Union und ihrer Mitgliedstaaten in Abstimmung mit den Führungsspitzen des Westbalkans ihre Entschlossenheit, den Dialog und die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung weiterzuentwickeln und zu verstärken sowie die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit in der Region durch die EFF zu stärken.
- (6) Am 24. Februar 2025 erhielt die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ein Ersuchen Nordmazedoniens an die Union um eine Modernisierung der Ausrüstung der Armee Nordmazedoniens, mit Schwerpunkt auf ihrer Bataillonsgruppe der leichten Infanterie.
- (7) Unterstützungsmaßnahmen sind unter Beachtung der Grundsätze und Anforderungen des Beschlusses (GASP) 2021/509, insbesondere unter Einhaltung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP des Rates<sup>(2)</sup>, und im Einklang mit den Vorschriften für die Ausführung der im Rahmen der EFF finanzierten Einnahmen und Ausgaben durchzuführen.
- (8) Der Rat bekräftigt seine Entschlossenheit, die Menschenrechte, die Grundfreiheiten und die demokratischen Grundsätze zu schützen, zu fördern und zu achten sowie die Rechtsstaatlichkeit und die gute Regierungsführung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht, zu stärken —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

- (1) Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528 (ABl. L 102 vom 24.3.2021, S. 14, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2021/509/oj>).
- (2) Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (ABl. L 335 vom 13.12.2008, S. 99, ELI: <http://data.europa.eu/eli/compos/2008/944/oj>).

*Artikel 1***Einrichtung, Ziele, Geltungsbereich und Dauer**

- (1) Eine Unterstützungsmaßnahme, die aus der Europäischen Friedensfazilität (im Folgenden „EFF“) finanziert wird (im Folgenden „Unterstützungsmaßnahme“), wird zugunsten von Nordmazedonien (im Folgenden „Begünstigter“) eingerichtet.
- (2) Die Ziele der Unterstützungsmaßnahme sind die Folgenden:
- a) Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Union und Nordmazedonien im Bereich Sicherheit und Verteidigung;
  - b) Beitrag zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten der Armee Nordmazedoniens zur Verbesserung der nationalen Sicherheit und Resilienz und dadurch Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung in Krisen und Notsituationen;
  - c) Stärkung der Kapazitäten Nordmazedoniens im Hinblick auf seine Beteiligung an den Missionen und Operationen der Union im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und hinsichtlich der Rahmenregelung für die Schnelleingreifkapazität.
- (3) Um die in Absatz 2 genannten Ziele zu erreichen, werden mit der Unterstützungsmaßnahme die folgenden Arten von Ausrüstung, die nicht dazu konzipiert ist, tödliche Gewalt anzuwenden, finanziert:
- a) Technologien in den Bereichen Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung und elektronische Kriegsführung;
  - b) Mobilitäts- und Technikfahrzeuge;
  - c) Kommunikations- und Informationssysteme; und
  - d) Ausrüstung für die Kampfausbildung.

Mit der Unterstützungsmaßnahme werden auch damit zusammenhängende Ausstattung und Dienstleistungen einschließlich der technischen Ausbildung finanziert, falls dies erforderlich ist.

- (4) Die Dauer der Unterstützungsmaßnahme beträgt 36 Monate ab dem Tag der Annahme dieses Beschlusses.

*Artikel 2***Finanzielle Vereinbarungen**

- (1) Der als finanzieller Bezugsrahmen dienende Betrag zur Deckung der Ausgaben der Unterstützungsmaßnahme beläuft sich auf 15 000 000 EUR.
- (2) Alle Ausgaben werden im Einklang mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 und den Vorschriften für die Ausführung der im Rahmen der EFF finanzierten Einnahmen und Ausgaben verwaltet.

*Artikel 3***Vereinbarungen mit dem Begünstigten**

- (1) Der Hohe Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hoher Vertreter“) trifft mit dem Begünstigten die notwendigen Vereinbarungen, um sicherzustellen, dass dieser die durch diesen Beschluss bestimmten Anforderungen und Bedingungen als Voraussetzung für die Bereitstellung von Unterstützung im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme einhält.
- (2) Die Vereinbarungen nach Absatz 1 enthalten Bestimmungen, die den Begünstigten verpflichten, Folgendes zu sicherzustellen:
- a) die Einhaltung des einschlägigen Völkerrechts, insbesondere der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts, durch die im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme unterstützten Einheiten der Armee Nordmazedoniens;
  - b) die ordnungsgemäße und effiziente Verwendung jeglicher Vermögenswerte für die Zwecke, für die sie im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme bereitgestellt wurden;
  - c) die hinreichende Instandhaltung jeglicher im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme bereitgestellten Vermögenswerte, um deren Nutzbarkeit und operative Verfügbarkeit während ihres gesamten Lebenszyklus zu gewährleisten;
  - d) dass jegliche im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme bereitgestellten Vermögenswerte nicht verloren gehen oder an andere Personen oder Rechtsträger als die in den Vereinbarungen benannten weitergegeben werden.

(3) Die Vereinbarungen nach Absatz 1 enthalten Bestimmungen über die Aussetzung und Beendigung der Unterstützung im Rahmen dieser Unterstützungsmaßnahme für den Fall, dass der Begünstigte gegen die in Absatz 2 festgelegten Verpflichtungen verstößt.

#### Artikel 4

##### Durchführung

(1) Der Hohe Vertreter ist dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass die Durchführung des vorliegenden Beschlusses gemäß dem Beschluss (GASP) 2021/509 und im Einklang mit den Vorschriften für die Ausführung der im Rahmen der EFF finanzierten Einnahmen und Ausgaben und mit dem integrierten methodischen Rahmen für die Bewertung und Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen und Kontrollen für Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der EFF erfolgt.

(2) Die Durchführung der in Artikel 1 Absatz 3 genannten Tätigkeiten erfolgt durch die DCI-Gruppe — *Défense Conseil International*.

#### Artikel 5

##### Überwachung, Kontrolle und Evaluierung

(1) Der Hohe Vertreter überwacht die Einhaltung der in Artikel 3 festgelegten Verpflichtungen durch den Begünstigten. Diese Überwachung dient dazu, für den Kontext und die Risiken von Verstößen gegen die in Artikel 3 festgelegten Verpflichtungen zu sensibilisieren und zur Prävention solcher Verstöße beizutragen, einschließlich Verstößen gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht durch die im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme unterstützten Einheiten der Armee Nordmazedoniens.

(2) Die Kontrolle der Ausrüstung und Ausstattung nach der Lieferung findet wie folgt statt:

- a) Überprüfung der Auslieferung, wobei von den Streitkräften, die die Endnutzer sind, bei der Eigentumsübertragung EFF-Lieferbescheinigungen zu unterzeichnen sind;
- b) Berichterstattung über das Inventar, wobei der Begünstigte jährlich Bericht über das Inventar der bezeichneten Güter Bericht zu erstatten hat, bis das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) diese Berichterstattung nicht mehr für notwendig erachtet;
- c) Besuche vor Ort, wobei der Begünstigte des Hohen Vertreters und den EFF-Prüfern auf Antrag Zugang zur Durchführung von Überprüfungen vor Ort und von EFF-Rechnungsprüfungen zu gewähren hat.

(3) Nach Abschluss der Unterstützungsmaßnahme nimmt der Hohe Vertreter eine abschließende Evaluierung vor, um zu bewerten, ob die Unterstützungsmaßnahme zur Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 2 festgelegten Ziele beigetragen hat.

#### Artikel 6

##### Berichterstattung

Während des Durchführungszeitraums legt der Hohe Vertreter dem PSK gemäß Artikel 63 des Beschlusses (GASP) 2021/509 halbjährliche Berichte über die Durchführung der Unterstützungsmaßnahme vor. Der Verwalter für Unterstützungsmaßnahmen unterrichtet den mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 eingesetzten Fazilitätsausschuss gemäß Artikel 38 des genannten Beschlusses regelmäßig über die Ausführung der Einnahmen und Ausgaben, einschließlich durch Angaben zu den beteiligten Lieferanten und Unterauftragnehmern.

#### Artikel 7

##### Aussetzung und Beendigung

(1) Das PSK kann beschließen, die Durchführung der Unterstützungsmaßnahme gemäß Artikel 64 des Beschlusses (GASP) 2021/509 vollständig oder teilweise auszusetzen.

(2) Das PSK kann vorschlagen, dass der Rat die Unterstützungsmaßnahme beendet.

#### Artikel 8

##### Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZŁAPKA



2025/824

28.4.2025

**BESCHLUSS (GASP) 2025/824 DES RATES**

**vom 25. April 2025**

**zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2023/891 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die Republik Moldau destabilisieren**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 29,

gestützt auf den Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 28. April 2023 den Beschluss (GASP) 2023/891 <sup>(1)</sup> angenommen.
- (2) Angesichts destabilisierender Tätigkeiten externer Akteure steht die Union der Republik Moldau im Hinblick auf die Resilienz, die Sicherheit, die Stabilität, die Volkswirtschaft und die Energieversorgung des Landes nach wie vor mit unverbrüchlicher Unterstützung zur Seite.
- (3) Auf der Grundlage einer Überprüfung des Beschlusses (GASP) 2023/891 und angesichts der anhaltenden Bedrohung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie der Stabilität und Sicherheit der Republik Moldau sollten die geltenden restriktiven Maßnahmen bis zum 29. April 2026 verlängert werden.
- (4) Auf der Grundlage der aktualisierten Informationen sollten die Einträge zu sechs Personen und einer Organisation in der Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, im Anhang des Beschlusses (GASP) 2023/891 geändert werden.
- (5) Der Beschluss (GASP) 2023/891 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Beschluss (GASP) 2023/891 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 8 Absatz 1 wird das Datum „29. April 2025“ durch das Datum „29. April 2026“ ersetzt.
2. Der Anhang wird gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses geändert.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 25. April 2025.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

A. SZŁAPKA

---

<sup>(1)</sup> Beschluss (GASP) 2023/891 des Rates vom 28. April 2023 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die Republik Moldau destabilisieren (ABl. L 114 vom 2.5.2023, S. 15, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2023/891/oj>).

Der Anhang des Beschlusses (GASP) 2023/891 wird wie folgt geändert:

1. Unter der Überschrift „A. Natürliche Personen“ erhalten die Einträge 1, 3, 8, 9, 14 und 16 folgende Fassung:

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
„1.	Ilan Mironovich SHOR alias Ilan Mironovici ȘOR	Funktion: Unternehmer, Vorsitzender der politischen Partei ‚SHOR‘ (‚ȘOR‘) Geburtsdatum: 6.3.1987 Geburtsort: Tel Aviv, Israel Geschlecht: männlich Staatsangehörigkeit: Republik Moldau, israelisch Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 0971007884125 (Republik Moldau)	<p>Ilan Shor ist ein Politiker (Vorsitzender der ȘOR-Partei) und Unternehmer in der Republik Moldau, der an der illegalen Finanzierung politischer Parteien in der Republik Moldau und an der Aufstachelung zu Gewalt gegen die politische Opposition beteiligt ist. Die ȘOR-Partei unter dem Vorsitz von Ilan Shor war, bevor sie im Juni 2023 für verfassungswidrig erklärt wurde, an der Bezahlung und Ausbildung von Personen beteiligt, die im Rahmen der Proteste in der Republik Moldau Chaos und Aufruhr schüren sollen.</p> <p>Am 13. April 2023 wurde Ilan Shor durch das Berufungsgericht von Chisinau wegen Betrugs und Geldwäsche in der Rechtssache ‚Bankbetrug‘ zu einer 15-jährigen Haftstrafe und Beschlagnahme von Vermögenswerten im Umfang von 254 Mio. EUR verurteilt. Die Mittel aus diesem Bankbetrug im großen Stil sowie Verbindungen zu korrupten Oligarchen und in Moskau niedergelassenen Organisationen wurden und werden nach Aussage der Behörden der Republik Moldau genutzt, um künstlich politische Unruhe im Land zu stiften.</p> <p>Zu seinen auf die Untergrabung der Demokratie in der Republik Moldau ausgerichteten Aktivitäten gehört auch die illegale Bereitstellung von Finanzmitteln zur Unterstützung krenlfreundlicher politischer Tätigkeiten in der Republik Moldau. Ein Beispiel für den Einsatz dieser Mittel ist die Organisation von gewalttätigen Demonstrationen und Protestkundgebungen, vor allem in der Hauptstadt Chisinau, mithilfe von Demonstranten, die von der ȘOR-Partei bezahlt wurden, in den Jahren 2022 und 2023. Nachdem die ȘOR-Partei für verfassungswidrig erklärt wurde, unterstützte Ilan Shor weiterhin die Einflussnahme Russlands auf die politische Szene der Republik Moldau, indem er illegal andere Parteien finanzierte und versuchte, Politiker zu bestechen.</p> <p>Ilan Shor fördert über die in Russland ansässige nichtstaatliche Vereinigung Evrazia und das politische Bündnis ‚Victorie‘ (Sieg) russische Propaganda-Narrative und koordiniert Finanzierungsmaßnahmen, durch die auf die politische Lage in der Republik Moldau Einfluss genommen werden soll.</p> <p>Da Ilan Shor gewalttätige Demonstrationen geplant und geleitet sowie schweres finanzielles Fehlverhalten in Bezug auf öffentliche Gelder gezeigt und unerlaubt Kapital ausgeführt hat und da er versucht hat, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen, ist er für Handlungen verantwortlich, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen. Darüber hinaus steht er mit Evrazia in Verbindung.</p>	30.5.2023

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
3.	Marina TAUBER	<p>Funktion: Mitglied des Parlaments der Republik Moldau (seit März 2019)</p> <p>Geburtsdatum: 1.5.1986</p> <p>Geburtsort: Chisinau, Republik Moldau</p> <p>Geschlecht: weiblich</p> <p>Staatsangehörigkeit: Republik Moldau</p>	<p>Marina Tauber ist die stellvertretende Vorsitzende der ŞOR-Partei von Ilan Shor und ein Mitglied des Parlaments der Republik Moldau. Sie wurde in der Rechtssache ‚Bankbetrug‘ angeklagt, und gegen sie laufen in der Republik Moldau zwei Strafverfahren im Zusammenhang mit illegalen Finanzgeschäften durch eine organisierte kriminelle Gruppe und der Fälschung des Berichts über die Finanzverwaltung der ŞOR-Partei.</p> <p>Am 20. Dezember 2022 führte die Staatsanwaltschaft in Verbindung mit den illegalen Finanzgeschäften der ŞOR-Partei mehrere Durchsuchungen durch. Dabei stießen die Behörden der Republik Moldau auf Gelder, die nach Aussage der Staatsanwaltschaft für die Organisation regierungsfeindlicher Demonstrationen und die Bezahlung der Teilnehmer dieser Demonstrationen bestimmt waren.</p> <p>2023 wurden nach von der Volksbewegung, der auch die ŞOR-Partei angehört, organisierten Demonstrationen Stichwaffen, entzündliche Stoffe und Kampfmesser beschlagnahmt. Es wurden Gewalttätigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten registriert, bei denen 54 Personen, darunter auch Minderjährige, festgenommen wurden. Nach Aussage der Generalinspektion der Polizei der Republik Moldau gehörte Marina Tauber zu den zentralen Organisatoren der Proteste der ŞOR-Partei und der Volksbewegung.</p> <p>Nach Angaben der für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Stelle der Staatsanwaltschaft der Republik Moldau nutzte sie spezielle Kommunikationsmittel, um den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Regionalbüros der ŞOR-Partei im Land direkte Anweisungen zu erteilen, wie Menschen für die Demonstrationen mobilisiert werden sollten, wie die Anfahrt zu den Demonstrationen organisiert werden sollte und wie die Gelder zur Bezahlung der Teilnehmer in Empfang genommen werden sollten.</p> <p>Darüber hinaus koordiniert Marina Tauber Finanzierungsmaßnahmen, durch die auf die politische Lage in der Republik Moldau Einfluss genommen werden soll.</p> <p>Indem Marina Tauber gewalttätige Demonstrationen geplant und geleitet sowie schweres finanzielles Fehlverhalten in Bezug auf öffentliche Gelder gezeigt und unerlaubt Kapital ausgeführt hat und indem sie versucht hat, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen, ist sie für Handlungen verantwortlich, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen.</p>	30.5.2023

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
8.	Arina Evgheni CORȘICOVA	Geburtsdatum: 28.12.1974 Geschlecht: weiblich Staatsangehörigkeit: Republik Moldau Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 0962011898118	<p>Arina Corșicova leitet mehrere Medienkonzerne in der Republik Moldau, von denen einer zwei Fernsehsender – ‚ACCENT TV‘ und ‚PRIMUL ÎN MOLDOVA‘ – besitzt, deren Rundfunklizenzen von der Republik Moldau ausgesetzt wurden. Trotz des Verlusts der Fernsehlizenz verbreitet ‚Primul în Moldova‘ mit Unterstützung der gelisteten Person Ilan Shor weiterhin Falschaussagen mit dem Ziel, die verfassungsmäßige Ordnung der Republik Moldau zu destabilisieren.</p> <p>In diesem Zusammenhang untergräbt Arina Corșicova den demokratischen politischen Prozess in der Republik Moldau.</p> <p>Sie ist eine langjährige Weggefährtin von Ilan Shor, dessen Wahlkampagnen sie in der Vergangenheit finanziert hat, und indirekte Anteilseignerin der ‚Banca Socială‘, die an dem ‚Bankbetrugsfall‘ beteiligt war. ‚ACCENT TV‘ und ‚PRIMUL ÎN MOLDOVA‘ sind finanziell mit Vladimir Plahotniuc und Ilan Shor verbunden.</p> <p>Indem sie den demokratischen politischen Prozess untergräbt und die verfassungsmäßige Ordnung destabilisiert, unterstützt Arina Corșicova Handlungen und politische Maßnahmen, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen. Darüber hinaus steht sie mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	22.2.2024
9.	Dumitru CHITOROAGĂ alias Dumitru CHITORAGA	Geburtsdatum: 23.12.1984 Geschlecht: männlich Staatsangehörigkeit: Republik Moldau Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 2002003101445 Reisepass-Nr.: AB1187605	<p>Dumitru Chitoroagă ist der Verwalter eines Medienkonzerns, der mehrere Rundfunksender in der Republik Moldau besitzt, deren Direktor er auch ist. Diese Rundfunksender verbreiten häufig Botschaften mit dem Ziel, den demokratischen politischen Prozess durch offensichtliche Falschaussagen über die Regierung der Republik Moldau zu behindern und zu untergraben. Zudem bekunden sie ausdrückliche Unterstützung für die gelistete Person Ilan Shor und seine politische Partei ‚SHOR‘ (‚ȘOR‘). Einige dieser Sender befanden sich im Eigentum von Ilan Shor oder wurden von ihm über Mittelsmänner gegründet.</p> <p>Die Republik Moldau hat die Rundfunklizenzen mehrerer Rundfunksender – darunter jene von ‚TV6‘ und ‚ORHEI TV‘, die unter der Verwaltung von Dumitru Chitoroagă stehen – aufgrund der Verbreitung von Falschinformationen über aktuelle politische Ereignisse in der Republik Moldau rechtmäßig ausgesetzt.</p> <p>Daher ist Dumitru Chitoroagă aufgrund der Behinderung und Untergrabung des demokratischen politischen Prozesses für Handlungen verantwortlich, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit in der Republik Moldau untergraben und bedrohen. Darüber hinaus steht er mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	22.2.2024

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
14.	Nelli PARUTENCO	<p>Funktion: Gründerin/Direktorin von Evrazia</p> <p>Geburtsdatum: 21.3.1962</p> <p>Geschlecht: weiblich</p> <p>Staatsangehörigkeit: Republik Moldau</p> <p>Staatliche Identifizierungsnummer (IDNP): 0970403899047</p>	<p>Nelli Parutenco war bis zum Verbot der politischen Partei ‚SHOR‘ (‚ŞOR‘) von Ilan Shor deren Schatzmeisterin. Angesichts von Ermittlungen gegen die ŞOR-Partei wegen illegaler Finanzierung floh sie 2022 nach Moskau.</p> <p>Nelli Parutenco ist jetzt Gründerin und Direktorin der in Russland ansässigen nichtstaatlichen Vereinigung Evrazia, deren Ziel es ist, die Interessen Russlands in ehemaligen Sowjetrepubliken wie der Republik Moldau zu fördern. Evrazia fördert russische Propaganda-Narrative, unter anderem durch die Beeinflussung kleiner Kinder in Jugendlagern, die sie organisiert. Evrazia dient als Kanal für die Bereitstellung von Finanzmitteln von einer russischen Bank und von Ilan Shor an Bürgerinnen und Bürger sowie für Infrastrukturprojekte in Gagausien und als Kanal für die Finanzierung von von Russland organisierten Schulungen von Bürgerinnen und Bürgern der Republik Moldau für gewaltsame Proteste. Evrazia hat Finanzmittel von Ilan Shor weitergeleitet, um im Jahr 2024 auf die Präsidentschaftswahlen und das Verfassungsreferendum über den Beitritt zur Union Einfluss zu nehmen. Evrazia hat eng mit dem politischen Bündnis ‚Victorie‘ von Shor zusammengearbeitet und dabei finanzielle und logistische Unterstützung geleistet, um den Einfluss Russlands in der Region zu stärken.</p> <p>Über Evrazia versucht Nelli Parutenco daher, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und bedroht dadurch die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, Stabilität und Sicherheit in der Republik Moldau.</p> <p>Nelli Parutenco steht mit Evrazia in Verbindung. Darüber hinaus steht Nelli Parutenco mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	14.10.2024
16.	Mihail VLAH	<p>Funktion: Stellvertretender Gouverneur und Berater für Medienbeziehungen der Gouverneurin der autonomen territorialen Einheit Gagausien</p> <p>Geburtsdatum: 4.2.1978</p> <p>Geschlecht: männlich</p> <p>Staatsangehörigkeit: Republik Moldau</p> <p>Reisepass Nr.: 2000019014568</p>	<p>Mihail Vlah ist Stellvertreter der Gouverneurin (Başkan) Gagausiens, Evghenia Guţul. Er wurde von Evghenia Guţul ernannt, aber seine Ernennung wurde von der Volksversammlung von Gagausien nicht bestätigt. Ferner ist er Guţuls Berater für Medienbeziehungen. Er hat Ilan Shor in Israel getroffen, um die Umsetzung der Wahlpläne von Gouverneurin Guţul in Gagausien zu erörtern. Er hat Demonstrationen, die sich gegen die Behörden der Republik Moldau richteten, Evghenia Guţul unterstützten oder von Ilan Shor bzw. dessen Verbündeten organisiert wurden, geplant und daran teilgenommen. Er hat die Handlungen von Ilan Shor bzw. Evghenia Guţul öffentlich unterstützt. Mihail Vlah steht daher mit Ilan Shor und Evghenia Guţul in Verbindung. Darüber hinaus hat er an einer gewaltsamen Demonstration teilgenommen oder zu Gewalt aufgestachelt, die sich gegen die Regierung der Republik Moldau richteten, und versucht, die verfassungsmäßige Ordnung zu destabilisieren, indem er behauptet hat, die autonome territoriale Einheit Gagausien habe das Recht, diplomatische Vertretungen im Ausland zu eröffnen.</p>	14.10.2024*

2. Unter der Überschrift „B. Juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen“ erhält Eintrag 2 folgende Fassung:

	Name	Angaben zur Identität	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
„2.	Evrazia – Autonome nichtgewerbliche Organisation zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit	<p>Art der Organisation: Autonome nichtgewerbliche Organisation</p> <p>Anschrift: Moskau, 127006, Krasnoproletarskaya Str. 7, Büro 4/P, Russische Föderation</p> <p>Registrierungsnummern:</p> <p>OGRN: 1247700291200;</p> <p>INN: 9707028663;</p> <p>KPP: 770701001</p> <p>Website: <a href="https://evrazia.su/">https://evrazia.su/</a></p>	<p>Evrazia ist eine von Nelli Parutenco gegründete nichtstaatliche Vereinigung mit Sitz in Russland. Das Ziel von Evrazia ist, die Interessen Russlands in den ehemaligen Sowjetrepubliken, einschließlich der Republik Moldau, zu fördern. Evrazia fördert russische Propaganda-Narrative, unter anderem durch die Beeinflussung kleiner Kinder in Jugendlagern, die sie organisiert. Evrazia dient als Kanal für die Bereitstellung von Finanzmitteln von einer russischen Bank und von Ilan Shor an Bürgerinnen und Bürger sowie für Infrastrukturprojekte in Gagausien und als Kanal für die Finanzierung von von Russland organisierten Schulungen von Bürgerinnen und Bürgern der Republik Moldau für gewaltsame Proteste. Evrazia hat Finanzmittel von Ilan Shor weitergeleitet, um im Jahr 2024 auf die Präsidentschaftswahlen und das Verfassungsreferendum über den Beitritt zur Union Einfluss zu nehmen. Evrazia hat eng mit dem politischen Bündnis ‚Victorie‘ von Shor zusammengearbeitet und dabei finanzielle und logistische Unterstützung geleistet, um den Einfluss Russlands in der Region zu stärken.</p> <p>Evrazia versucht daher, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen, und bedroht dadurch die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, Stabilität und Sicherheit in der Republik Moldau.</p> <p>Evrazia steht mit Nelli Parutenco in Verbindung. Darüber hinaus steht sie mit Ilan Shor in Verbindung.</p>	14.10.2024“



2025/827

28.4.2025

**DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2025/827 DER KOMMISSION**

**vom 25. April 2025**

**zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/672 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche in Ungarn und der Slowakei**

*(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2025) 2629)*

**(Nur der deutsche, der ungarische und der slowakische Text sind verbindlich)**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1 Buchstabe c,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Maul- und Klauenseuche ist eine ansteckende Viruserkrankung, die Säugetiere der Ordnung Artiodactyla befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen bei Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und daraus gewonnener Erzeugnisse innerhalb der Union sowie bei Ausfuhren in Drittländer führen kann.
- (2) Bei einem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bei Tieren der gelisteten Arten besteht ein ernstes Risiko der Ausbreitung dieser Seuche auf andere Betriebe, in denen Tiere der gelisteten Arten gehalten werden.
- (3) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission <sup>(2)</sup> ergänzt die Vorschriften für die Bekämpfung der gelisteten Seuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429, die in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission <sup>(3)</sup> als Seuchen der Kategorien A, B und C definiert sind. Insbesondere sehen die Artikel 21 und 22 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 beim Ausbruch einer Seuche der Kategorie A, unter die auch die Maul- und Klauenseuche fällt, die Einrichtung einer Sperrzone und bestimmte dort durchzuführende Maßnahmen vor. Gemäß Artikel 21 Absatz 1 der genannten Delegierten Verordnung muss diese Sperrzone eine Schutzzone, eine Überwachungszone und erforderlichenfalls weitere Sperrzonen um oder angrenzend an die Schutz- und die Überwachungszone umfassen.
- (4) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2025/672 der Kommission <sup>(4)</sup> wurde auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche in Rinderhaltungsbetrieben im Komitat Győr-Moson-Sopron in Ungarn, nahe der Grenze zu Österreich, und in der Region Trnava in der Slowakei, nahe der Grenze zu Ungarn. Insbesondere ist im Durchführungsbeschluss (EU) 2025/672 vorgesehen, dass nach diesen Ausbrüchen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 Schutz- und Überwachungszone sowie weitere Sperrzonen in Ungarn und der Slowakei sowie eine Überwachungszone und weitere Sperrzonen in Österreich eingerichtet werden müssen und dass die genannten Zonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses aufgeführten Gebiete umfassen müssen. Aufgrund der Schwere der Seuchenlage sind auch bestimmte Beschränkungen bei Verbringungen von Tieren empfänglicher Arten vorgesehen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

<sup>(2)</sup> Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: [http://data.europa.eu/eli/reg\\_del/2020/687/oj](http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj)).

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21, ELI: [http://data.europa.eu/eli/reg\\_impl/2018/1882/oj](http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2018/1882/oj)).

<sup>(4)</sup> Durchführungsbeschluss (EU) 2025/672 der Kommission vom 31. März 2025 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche in Ungarn und der Slowakei sowie zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/613 (ABl. L, 2025/672, 2.4.2025, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec\\_impl/2025/672/oj](http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2025/672/oj)).

- (5) Seit der letzten Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/672 durch den Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/795 der Kommission <sup>(3)</sup> hat Ungarn der Kommission mitgeteilt, dass ein neuer Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einem Rinderhaltungsbetrieb bestätigt wurde. Der Herd dieses neuen Ausbruchs befindet sich im Komitat Győr-Moson-Sopron in Ungarn. Gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 hat Ungarn neue Sperrzonen eingerichtet, die Schutz-, Überwachungs- und eine weitere Sperrzone umfassen, in denen die in der genannten Delegierten Verordnung festgelegten Seuchenbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden, um eine weitere Ausbreitung dieser Seuche auf andere Teile Ungarns oder auf andere Mitgliedstaaten zu verhindern.
- (6) Daher sollten die Gebiete, die sich in diesen Sperrzonen befinden, im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/672 sowohl räumlich als auch zeitlich festgelegt werden, um eine weitere Ausbreitung der Seuche sowie unnötige Störungen des Handels innerhalb der Union zu verhindern und von Drittländern auferlegte ungerechtfertigte Handelshemmnisse zu vermeiden. Dementsprechend muss die Regionalisierung auf Unionsebene aktualisiert werden, und die als Schutz- und Überwachungszonen sowie weitere Sperrzonen in Ungarn ausgewiesenen Gebiete sollten im Anhang des vorliegenden Beschlusses festgelegt und die Dauer der genannten Maßnahmen sollte in Zusammenarbeit mit diesem Mitgliedstaat festgelegt werden.
- (7) Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/672 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (8) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/672 erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Durchführungsbeschlusses.

#### *Artikel 2*

Dieser Beschluss ist an Ungarn, die Republik Österreich und die Slowakische Republik gerichtet.

Straßburg, den 25. April 2025

*Für die Kommission*  
Olivér VÁRHELYI  
*Mitglied der Kommission*

---

<sup>(3)</sup> Durchführungsbeschluss (EU) 2025/795 der Kommission vom 14. April 2025 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2025/672 betreffend bestimmte Sofortmaßnahmen in Bezug auf Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche in Ungarn und der Slowakei (ABl. L, 2025/795, 15.4.2025, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec\\_impl/2025/795/oj](http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2025/795/oj)).

ANHANG

**Um die bestätigten Ausbrüche herum eingerichtete Schutz- und Überwachungszone**

Land	ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Gemäß Artikel 1 als Schutz- und Überwachungszone ausgewiesene Gebiete	Gültig bis
<b>Slowakei</b>	SK-FMD-2025-00001	Schutzzone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8049, Long. 17.6666.	2.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8049, Long. 17.6666, excluding the areas contained in the protection zone.	2.5.2025
<b>Ungarn</b>	SK-FMD-2025-00001	Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8049, Long. 17.6666.	2.5.2025
<b>Slowakei</b>	SK-FMD-2025-00002	Schutzzone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8433, Long. 17.6214.	4.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8433, Long. 17.6214, excluding the areas contained in the protection zone.	4.5.2025
<b>Ungarn</b>	SK-FMD-2025-00002	Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8433, Long. 17.6214.	4.5.2025
<b>Slowakei</b>	SK-FMD-2025-00003	Schutzzone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9097, Long. 17.5387.	30.4.2025
		Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9097, Long. 17.5387, excluding the areas contained in the protection zone.	30.4.2025

Land	ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Gemäß Artikel 1 als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete	Gültig bis
<b>Ungarn</b>	SK-FMD-2025-00003	Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9097, Long. 17.5387.	30.4.2025
<b>Slowakei</b>	SK-FMD-2025-00004	Schutzzone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9704, Long. 17.4947.	1.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9704, Long. 17.4947, excluding the areas contained in the protection zone.	1.5.2025
<b>Ungarn</b>	SK-FMD-2025-00004	Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9704, Long. 17.4947.	1.5.2025
<b>Ungarn</b>	HU-FMD-2025-00002	Schutzzone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.90917, Long. 17.19819.	16.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.90917, Long. 17.19819, excluding the areas contained in the protection zone.	16.5.2025
<b>Österreich</b>	HU-FMD-2025-00002	Überwachungszone: Im Bundesland Burgenland im Bezirk Neusiedl am See die Katastralgemeinden Nickelsdorf, Mönchhof, Halbturn und Deutsch Jahrndorf.	16.5.2025
<b>Slowakei</b>	SK-FMD-2025-00005	Schutzzone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 48.3861, Long. 16.9924.	11.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 48.3861, Long. 16.9924, excluding the areas contained in the protection zone.	11.5.2025

Land	ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Gemäß Artikel 1 als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete	Gültig bis
<b>Österreich</b>	SK-FMD-2025-00005	Überwachungszone: Die Teile Österreichs innerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern um die Koordinaten (ETRS89) Breitengrad 48.3861, Längengrad 16.9924.	11.5.2025
<b>Ungarn</b>	HU-FMD-2025-00003	Schutzzone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8522, Long. 17.41222.	18.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8522, Long. 17.41222, excluding the areas contained in the protection zone.	18.5.2025
<b>Slowakei</b>	HU-FMD-2025-00003	Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.8522, Long. 17.41222.	18.5.2025
<b>Ungarn</b>	HU-FMD-2025-00004	Schutzzone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.96161, Long. 17.29801.	20.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.96161, Long. 17.29801, excluding the areas contained in the protection zone.	20.5.2025
<b>Slowakei</b>	HU-FMD-2025-00004	Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.96161, Long. 17.29801.	20.5.2025
<b>Slowakei</b>	SK-FMD-2025-00006	Schutzzone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9395, Long. 17.5353.	14.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Slovakia, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9395, Long. 17.5353, excluding the areas contained in the protection zone.	14.5.2025

Land	ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Gemäß Artikel 1 als Schutz- und Überwachungszonen ausgewiesene Gebiete	Gültig bis
<b>Ungarn</b>	SK-FMD-2025-00006	Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.9395, Long. 17.5353.	14.5.2025
<b>Ungarn</b>	HU-FMD-2025-00005	Schutzzone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 3 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.565074, Long. 17.331777.	30.5.2025
		Überwachungszone: Those parts of Hungary, contained within a circle of a radius of 10 kilometres, centred on ETRS89 coordinates Lat. 47.565074, Long. 17.331777, excluding the areas contained in the protection zone.	30.5.2025

#### Weitere Sperrzonen:

Land	Gemäß Artikel 1 als weitere Sperrzone ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
<b>Ungarn</b>	The following areas excluding the areas contained in any protection or surveillance zone: — County of Győr-Moson-Sopron, — in the County of Komárom-Esztergom the Districts of Komárom, Tata and Esztergom, — in the County of Vas the administrative territories of Csánig, Nick and Répcelak settlements in the District of Sárvár; and the administrative territories of Csönge, Kemenesmagasi, Kemenessömjén, Kenyeri, Pápoc, Szergény and Vönöck settlements in the District of Celldömölk, — in the County of Veszprém the District of Pápa.	30.5.2025
<b>Slowakei</b>	Regions of Bratislava, Trnava and Nitra, excluding the areas contained in any protection or surveillance zone.	20.5.2025
<b>Österreich</b>	Im Bundesland Niederösterreich der Bezirk Gänserdorf und im Bezirk Bruck an der Leitha die Gemeinden Au am Leithaberge, Bad Deutsch-Altenburg, Berg, Bruck an der Leitha, Enzersdorf an der Fischa, Göttlesbrunn-Arbesthal, Götzendorf an der Leitha, Hainburg a.d. Donau, Haslau-Maria Ellend, Höflein, Hof am Leithaberge, Hundsheim, Mannersdorf am Leithagebirge, Petronell-Carnuntum, Prellenkirchen, Rohrau, Scharndorf, Sommerein, Trautmannsdorf an der Leitha, Wolfsthal, Ebergassing, Fischamend, Klein-Neusiedl, Schwadorf; im Bezirk Mistelbach die Gemeinden Altlichtenwarth, Bernhardsthal, Bockfließ, Großengersdorf, Großkrut, Hausbrunn, Herrnbäumgarten, Pillichsdorf, Rabensburg, Schrattenberg, Wilfersdorf; im Bezirk Mistelbach in der Gemeinde Drasenhofen die Katastralgemeinden Drasenhofen, Steinebrunn;	20.5.2025

Land	Gemäß Artikel 1 als weitere Sperrzone ausgewiesene Gebiete, die Teil der Sperrzone sind	Gültig bis
	<p>im Bezirk Mistelbach in der Gemeinde Gaweinstal die Katastralgemeinden Gaweinstal, Schrick, Martinsdorf; im Bezirk Mistelbach in der Gemeinde Großebersdorf die Katastralgemeinde Eibesbrunn;</p> <p>im Bezirk Mistelbach in der Gemeinde Mistelbach die Katastralgemeinde Kettlasbrunn; im Bezirk Mistelbach in der Gemeinde Poysdorf die Katastralgemeinden Höbertsgrub, Ketzelsdorf, Passauerhof, Poysbrunn, Walterkriehen;</p> <p>im Bezirk Mistelbach in der Gemeinde Wolkersdorf im Weinviertel die Katastralgemeinden Obersdorf und Wolkersdorf;</p> <p>im Bezirk Wiener Neustadt (Land) die Gemeinden Lichtenwörth, Zillingdorf.</p> <p>Im Bundesland Burgenland die Bezirke Eisenstadt-Stadt, Rust-Stadt, Eisenstadt-Umgebung, Mattersburg, Neusiedl am See (ausgenommen die Gemeinden Nickelsdorf, Mönchhof, Halbturn und Deutsch Jahrndorf) sowie Oberpullendorf.</p>	



**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/830 DER KOMMISSION**

**vom 25. April 2025**

**zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, Gebiete und Zonen, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 230 Absatz 1 und Artikel 232 Absätze 1 und 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 dürfen Sendungen von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs nur dann in die Union verbracht werden, wenn sie aus einem Drittland oder Gebiet oder einer Zone oder einem Kompartiment desselben stammen, das bzw. die gemäß Artikel 230 Absatz 1 der genannten Verordnung gelistet ist.
- (2) In der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission <sup>(2)</sup> sind die Tiergesundheitsanforderungen festgelegt, die Sendungen bestimmter Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Drittländern oder Gebieten oder aus Zonen derselben bzw. – im Fall von Tieren aus Aquakultur – Kompartimenten derselben erfüllen müssen, damit sie in die Union verbracht werden dürfen.
- (3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission <sup>(3)</sup> wurden die Listen von Drittländern oder Gebieten oder Zonen derselben festgelegt, aus denen der Eingang der in den Geltungsbereich der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 fallenden Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union zulässig ist. Diese Listen und bestimmte allgemeine Vorschriften in Bezug auf diese Listen sind in den Anhängen I bis XXII der genannten Durchführungsverordnung enthalten.
- (4) Insbesondere enthalten die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 die Listen der Drittländer oder Gebiete oder Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist.
- (5) Das Vereinigte Königreich hat der Kommission drei Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Grafschaften Durham (1) und North Yorkshire (2), England, gemeldet, die zwischen dem 2. April 2025 und dem 14. April 2025 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.
- (6) Die Vereinigten Staaten haben der Kommission neun Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Bundesstaaten New Mexico (1), New York (5), Ohio (1), South Dakota (1) und Wisconsin (1) gemeldet, die zwischen dem 2. April 2025 und dem 14. April 2025 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

<sup>(2)</sup> Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379, ELI: [http://data.europa.eu/eli/reg\\_del/2020/692/oj](http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/692/oj)).

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1, ELI: [http://data.europa.eu/eli/reg\\_impl/2021/404/oj](http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/404/oj)).

- (7) Nach diesen jüngsten Ausbrüchen der HPAI haben die Veterinärbehörden des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten im Umkreis von mindestens 10 km um die betroffenen Betriebe herum Sperrzonen eingerichtet sowie ein Tilgungsprogramm zur Bekämpfung der HPAI und zur Eindämmung der Ausbreitung dieser Seuche durchgeführt.
- (8) Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben der Kommission Informationen über die Seuchelage in ihren Hoheitsgebieten sowie die Maßnahmen vorgelegt, die sie zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der HPAI nach diesen jüngsten HPAI-Ausbrüchen ergriffen haben.
- (9) Diese Informationen wurden von der Kommission bewertet. Angesichts der Tiergesundheitslage in den Gebieten, für die die Veterinärbehörden des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten Beschränkungen erlassen haben, sollte der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus den von den jüngsten Ausbrüchen betroffenen Gebieten ausgesetzt werden, um den Tiergesundheitsstatus der Union zu schützen. Daher sollten die Einträge für das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Tabellen in Anhang V Teil 1 und Teil 2 Abschnitt B sowie die Tabelle in Anhang XIV Teil 1 Abschnitt B der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 entsprechend geändert werden.
- (10) Außerdem haben das Vereinigten Königreich und die Vereinigten Staaten der Kommission aktualisierte Informationen zur Seuchelage in Bezug auf die HPAI in ihren Hoheitsgebieten vorgelegt, die Anlass zur Aussetzung des Eingangs in die Union von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild gemäß den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 gaben.
- (11) Am 17. April 2025 hat das Vereinigte Königreich aktualisierte Informationen zur Tiergesundheitslage und zu den Maßnahmen vorgelegt, die es in Bezug auf drei Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Grafschaften Cheshire, East Riding of Yorkshire und Herefordshire ergriffen hat, die am 26. Februar 2025 und am 3. März 2025 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.
- (12) Am 11. April 2025 haben die Vereinigten Staaten aktualisierte Informationen zur Tiergesundheitslage und zu den Maßnahmen vorgelegt, die sie in Bezug auf 47 Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Bundesstaaten Kalifornien (16), Delaware (2), Florida (1), Iowa (1), Michigan (6), Minnesota (2), Missouri (2), New Jersey (4), New York (4) und Pennsylvania (9) ergriffen haben, die zwischen dem 14. November 2024 und dem 12. März 2025 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.
- (13) Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben der Kommission mitgeteilt, dass sie nach diesen Ausbrüchen der HPAI ein Tilgungsprogramm durchgeführt haben, um diese Seuche zu bekämpfen und ihre Ausbreitung einzudämmen, sowie auch die erforderliche Reinigung und Desinfektion nach der Durchführung des Tilgungsprogramms in den infizierten Geflügelhaltungsbetrieben abgeschlossen haben.
- (14) Die Kommission hat die vom Vereinigten Königreich und von den Vereinigten Staaten vorgelegten Informationen bewertet und ist der Auffassung, dass sie angemessene Garantien dafür geboten haben, dass die Tiergesundheitslage, die zu der Aussetzung des Eingangs in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus den betroffenen Zonen gemäß den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 geführt hat, keine Gefahr für die Gesundheit von Mensch oder Tier in der Union mehr darstellt, und dass folglich der Eingang in die Union der genannten Sendungen aus den betroffenen Zonen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, aus denen der Eingang in die Union ausgesetzt wurde, wieder zulässig sein sollte. Daher sollten die Einträge für diese Drittländer in den Tabellen in Anhang V Teil 1 Abschnitt B und in Teil 2 sowie die Tabelle in Anhang XIV Teil 1 Abschnitt B der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 entsprechend geändert werden.
- (15) Unter Berücksichtigung der neuen HPAI-Ausbrüche im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten und um unnötige Störungen des Handels mit diesen Drittländern zu verhindern, sollten die mit der vorliegenden Verordnung an den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 vorzunehmenden Änderungen unverzüglich wirksam werden.
- (16) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. April 2025

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

## ANHANG

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden wie folgt geändert:

1. Anhang V wird wie folgt geändert:

a) In Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

- i) im Eintrag für das Vereinigte Königreich erhalten die Zeilen für die Zonen GB-2.362, GB-2.363 und GB-2.364 folgende Fassung:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.362	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		26.2.2025	15.4.2025
	GB-2.363		N, P1		26.2.2025	15.4.2025
	GB-2.364		N, P1		4.3.2025	15.4.2025“;

- ii) im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Zeile für die Zone GB-2.376 die folgenden Zeilen für die Zonen GB-2.377, GB-2.378 und GB-2.379 angefügt:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.377	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		2.4.2025	
	GB-2.378		N, P1		5.4.2025	
	GB-2.379		N, P1		14.4.2025“;	

- iii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.704 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.704	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		14.11.2024	23.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	------------	-------------

- iv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.728, US-2.729 und US-2.730 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.728	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		29.11.2024	23.3.2025
	US-2.729		N, P1		29.11.2024	23.3.2025
	US-2.730		N, P1		29.11.2024	14.4.2025“;

- v) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.736 und US-2.737 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.736	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		4.12.2024	12.4.2025
	US-2.737		N, P1		4.12.2024	12.4.2025“;

vi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.757 und US-2.758 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.757	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		10.12.2024	14.4.2025
	US-2.758		N, P1		10.12.2024	23.3.2025“;

vii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.761 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.761	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		14.12.2024	29.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	------------	-------------

viii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.763 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.763	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		13.12.2024	14.4.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	------------	-------------

ix) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.786 und US-2.787 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.786	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		24.12.2024	30.3.2025
	US-2.787		N, P1		24.12.2024	15.3.2025“;

x) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.790 und US-2.791 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.790	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		23.12.2024	9.4.2025
	US-2.791		N, P1		27.12.2024	9.4.2025“;

xi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.800 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.800	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		24.12.2024	23.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	------------	-------------

xii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.805 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.805	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		31.12.2024	30.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	------------	-------------

xiii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.810 bis US-2.813 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.810	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		31.12.2024	9.4.2025
	US-2.811		N, P1		31.12.2024	9.4.2025
	US-2.812		N, P1		4.1.2025	9.4.2025
	US-2.813		N, P1		4.1.2025	9.4.2025“;

xiv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.816 und US-2.817 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.816	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		4.1.2025	6.4.2025
	US-2.817		N, P1		9.1.2025	6.4.2025“;

xv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.828 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.828	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		16.1.2025	26.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xvi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.849 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.849	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		24.1.2025	30.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xvii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.851 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.851	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		22.1.2025	10.4.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xviii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.856 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.856	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		24.1.2025	23.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xix) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.862 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.862	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		29.1.2025	22.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xx) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.912 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.912	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		29.1.2025	29.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xxi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.915 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.915	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		4.2.2025	6.4.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	----------	------------

xxii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.917 und US-2.918 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.917	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		6.2.2025	14.4.2025
	US-2.918		N, P1		6.2.2025	27.3.2025“;

xxiii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.920 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.920	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		7.2.2025	27.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	----------	-------------

xxiv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.922 und US-2.923 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.922	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		7.2.2025	14.4.2025
	US-2.923		N, P1		11.2.2025	23.3.2025“;

xxv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.938 und US-2.939 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.938	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		4.2.2025	9.4.2025
	US-2.939		N, P1		6.2.2025	9.4.2025“;

xxvi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.962 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.962	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		2.2.2025	28.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	----------	-------------

xxvii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.969 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.969	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		11.2.2025	23.3.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xxviii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.971 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.971	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		24.2.2025	12.4.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xxix) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.979 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.979	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		27.2.2025	2.4.2025“;
------------------------------	----------	---------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	------------

xxx) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.981 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.981	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		22.2.2025	12.4.2025“;
------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xxxii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.985 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.985	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		7.3.2025	9.4.2025“;
------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------	-------	--	----------	------------

xxxiii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.988 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.988	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		6.3.2025	5.4.2025“;
------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------	-------	--	----------	------------

xxxiiii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.999 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.999	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		12.3.2025	12.4.2025“;
------------------------------	----------	------------------------------------------------------------------	-------	--	-----------	-------------

xxxv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.1002, US-2.1003 und US-2.1004 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.1002	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		12.3.2025	9.4.2025
	US-2.1003		N, P1		12.3.2025	9.4.2025
	US-2.1004		N, P1		12.3.2025	9.4.2025“;

- xxxv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Zeile für die Zone US-2.1016 folgende Zeilen für die Zonen US-2.1017 bis US-2.1025 angefügt:

„US Vereinigte Staaten	US-2.1017	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		2.4.2025	
	US-2.1018		N, P1		7.4.2025	
	US-2.1019		N, P1		8.4.2025	
	US-2.1020		N, P1		7.4.2025	
	US-2.1021		N, P1		8.4.2025	
	US-2.1022		N, P1		8.4.2025	
	US-2.1023		N, P1		11.4.2025	
	US-2.1024		N, P1		14.4.2025	
	US-2.1025		N, P1		14.4.2025“;	

- b) Teil 2 wird wie folgt geändert:

- i) Im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Beschreibung der Zone GB-2.376 die folgenden Beschreibungen der Zonen GB-2.377, GB-2.378 und GB-2.379 angefügt:

„Vereinigtes Königreich	GB-2.377	Near Stanhope, Bishop Auckland, County Durham, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N54.73 and Long: W2.14
	GB-2.378	Near Thirsk, Thirsk and Malton, North Yorkshire, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N54.19 and Long: W1.32
	GB-2.379	near Thirsk, Thirsk and Malton, North Yorkshire, England, GB the area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N54.18 and Long: W1.40“;

- ii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Beschreibung der Zone US-2.1016 folgende Beschreibungen der Zonen US-2.1017 bis US-2.1025 angefügt:

„Vereinigte Staaten	US-2.1017	State of New York Queens 12 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.7803031°W 40.7857547°N)
	US-2.1018	State of New York Queens 13 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.7609266°W 40.7906700°N)
	US-2.1019	State of New York Queens 14 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.7174865°W 40.8030295°N)

US-2.1020	State of Wisconsin Sheboygan 02 Sheboygan County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 87.8375766°W 43.6787852°N)
US-2.1021	State of South Dakota Beadle 16 Beadle County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 97.9602797°W 44.7087578°N)
US-2.1022	State of New Mexico Curry 01 Curry County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 103.2206883°W 34.4781447°N)
US-2.1023	State of New York Queens 15 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.9014325°W 40.8436326°N)
US-2.1024	State of New York Queens 16 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.8051121°W 40.8396698°N)
US-2.1025	State of Ohio Darke 26 Darke County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.7747360°W 40.4271757°N);

2. In Anhang XIV Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

a) im Eintrag für das Vereinigte Königreich erhalten die Zeilen für die Zonen GB-2.362, GB-2.363 und GB-2.364 folgende Fassung:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.362	POU, RAT	N, P1		26.2.2025	15.4.2025
		GBM	P1		26.2.2025	15.4.2025
	GB-2.363	POU, RAT	N, P1		26.2.2025	15.4.2025
		GBM	P1		26.2.2025	15.4.2025
	GB-2.364	POU, RAT	N, P1		4.3.2025	15.4.2025
		GBM	P1		4.3.2025	15.4.2025“;

b) im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Zeile für die Zone GB-2.376 die folgenden Zeilen für die Zonen GB-2.377, GB-2.378 und GB-2.379 angefügt:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.377	POU, RAT	N, P1		2.4.2025	
		GBM	P1		2.4.2025	
	GB-2.378	POU, RAT	N, P1		5.4.2025	
		GBM	P1		5.4.2025	
	GB-2.379	POU, RAT	N, P1		14.4.2025	
		GBM	P1		14.4.2025“;	

- c) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.704 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.704	POU, RAT	N, P1		14.11.2024	23.3.2025
		GBM	P1		14.11.2024	23.3.2025“;

- d) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.728, US-2.729 und US-2.730 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.728	POU, RAT	N, P1		29.11.2024	23.3.2025
		GBM	P1		29.11.2024	23.3.2025
	US-2.729	POU, RAT	N, P1		29.11.2024	23.3.2025
		GBM	P1		29.11.2024	23.3.2025
	US-2.730	POU, RAT	N, P1		29.11.2024	14.4.2025
		GBM	P1		29.11.2024	14.4.2025“;

- e) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.736 und US-2.737 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.736	POU, RAT	N, P1		4.12.2024	12.4.2025
		GBM	P1		4.12.2024	12.4.2025
	US-2.737	POU, RAT	N, P1		4.12.2024	12.4.2025
		GBM	P1		4.12.2024	12.4.2025“;

- f) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.757 und US-2.758 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.757	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	14.4.2025
		GBM	P1		10.12.2024	14.4.2025
	US-2.758	POU, RAT	N, P1		10.12.2024	23.3.2025
		GBM	P1		10.12.2024	23.3.2025“;

- g) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.761 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.761	POU, RAT	N, P1		14.12.2024	29.3.2025
		GBM	P1		14.12.2024	29.3.2025“;

h) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.763 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.763	POU, RAT	N, P1		13.12.2024	14.4.2025
		GBM	P1		13.12.2024	14.4.2025“;

i) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.786 und US-2.787 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.786	POU, RAT	N, P1		24.12.2024	30.3.2025
		GBM	P1		24.12.2024	30.3.2025
	US-2.787	POU, RAT	N, P1		24.12.2024	15.3.2025
		GBM	P1		24.12.2024	15.3.2025“;

j) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.790 und US-2.791 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.790	POU, RAT	N, P1		23.12.2024	9.4.2025
		GBM	P1		23.12.2024	9.4.2025
	US-2.791	POU, RAT	N, P1		27.12.2024	9.4.2025
		GBM	P1		27.12.2024	9.4.2025“;

k) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.800 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.800	POU, RAT	N, P1		24.12.2024	23.3.2025
		GBM	P1		24.12.2024	23.3.2025“;

l) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.805 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.805	POU, RAT	N, P1		31.12.2024	30.3.2025
		GBM	P1		31.12.2024	30.3.2025“;

- m) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.810 bis US-2.813 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.810	POU, RAT	N, P1		31.12.2024	9.4.2025
		GBM	P1		31.12.2024	9.4.2025
	US-2.811	POU, RAT	N, P1		31.12.2024	9.4.2025
		GBM	P1		31.12.2024	9.4.2025
	US-2.812	POU, RAT	N, P1		4.1.2025	9.4.2025
		GBM	P1		4.1.2025	9.4.2025
	US-2.813	POU, RAT	N, P1		4.1.2025	9.4.2025
		GBM	P1		4.1.2025	9.4.2025“;

- n) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.816 und US-2.817 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.816	POU, RAT	N, P1		4.1.2025	6.4.2025
		GBM	P1		4.1.2025	6.4.2025
	US-2.817	POU, RAT	N, P1		9.1.2025	6.4.2025
		GBM	P1		9.1.2025	6.4.2025“;

- o) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.828 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.828	POU, RAT	N, P1		16.1.2025	26.3.2025
		GBM	P1		16.1.2025	26.3.2025“;

- p) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.849 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.849	POU, RAT	N, P1		24.1.2025	30.3.2025
		GBM	P1		24.1.2025	30.3.2025“;

- q) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.851 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.851	POU, RAT	N, P1		22.1.2025	10.4.2025
		GBM	P1		22.1.2025	10.4.2025“;

r) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.856 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.856	POU, RAT	N, P1		24.1.2025	23.3.2025
		GBM	P1		24.1.2025	23.3.2025“;

s) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.862 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.862	POU, RAT	N, P1		29.1.2025	22.3.2025
		GBM	P1		29.1.2025	22.3.2025“;

t) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.912 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.912	POU, RAT	N, P1		29.1.2025	29.3.2025
		GBM	P1		29.1.2025	29.3.2025“;

u) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.915 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.915	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	6.4.2025
		GBM	P1		4.2.2025	6.4.2025“;

v) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.917 und US-2.918 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.917	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	14.4.2025
		GBM	P1		6.2.2025	14.4.2025
	US-2.918	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	27.3.2025
		GBM	P1		6.2.2025	27.3.2025“;

w) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.920 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.920	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	27.3.2025
		GBM	P1		7.2.2025	27.3.2025“;

- x) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.922 und US-2.923 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.922	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	14.4.2025
		GBM	P1		7.2.2025	14.4.2025
	US-2.923	POU, RAT	N, P1		11.2.2025	23.3.2025
		GBM	P1		11.2.2025	23.3.2025“;

- y) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.938 und US-2.939 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.938	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	9.4.2025
		GBM	P1		4.2.2025	9.4.2025
	US-2.939	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	9.4.2025
		GBM	P1		6.2.2025	9.4.2025“;

- z) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.962 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.962	POU, RAT	N, P1		2.2.2025	28.3.2025
		GBM	P1		2.2.2025	28.3.2025“;

- aa) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.969 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.969	POU, RAT	N, P1		11.2.2025	23.3.2025
		GBM	P1		11.2.2025	23.3.2025“;

- ab) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.971 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.971	POU, RAT	N, P1		24.2.2025	12.4.2025
		GBM	P1		24.2.2025	12.4.2025“;

- ac) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.979 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.979	POU, RAT	N, P1		27.2.2025	2.4.2025
		GBM	P1		27.2.2025	2.4.2025“;

ad) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.981 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.981	POU, RAT	N, P1		22.2.2025	12.4.2025
		GBM	P1		22.2.2025	12.4.2025“;

ae) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.985 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.985	POU, RAT	N, P1		7.3.2025	9.4.2025
		GBM	P1		7.3.2025	9.4.2025“;

af) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.988 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.988	POU, RAT	N, P1		6.3.2025	5.4.2025
		GBM	P1		6.3.2025	5.4.2025“;

ag) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.999 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.999	POU, RAT	N, P1		12.3.2025	12.4.2025
		GBM	P1		12.3.2025	12.4.2025“;

ah) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.1002, US-2.1003 und US-2.1004 folgende Fassung:

„US Vereinigte Staaten	US-2.1002	POU, RAT	N, P1		12.3.2025	9.4.2025
		GBM	P1		12.3.2025	9.4.2025
	US-2.1003	POU, RAT	N, P1		12.3.2025	9.4.2025
		GBM	P1		12.3.2025	9.4.2025
	US-2.1004	POU, RAT	N, P1		12.3.2025	9.4.2025
		GBM	P1		12.3.2025	9.4.2025“;

- ai) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Zeile für die Zone US-2.1016 folgende Zeilen für die Zonen US-2.1017 bis US-2.1025 angefügt:

„US Vereinigte Staaten	US-2.1017	POU, RAT	N, P1		2.4.2025	
		GBM	P1		2.4.2025	
	US-2.1018	POU, RAT	N, P1		7.4.2025	
		GBM	P1		7.4.2025	
	US-2.1019	POU, RAT	N, P1		8.4.2025	
		GBM	P1		8.4.2025	
	US-2.1020	POU, RAT	N, P1		7.4.2025	
		GBM	P1		7.4.2025	
	US-2.1021	POU, RAT	N, P1		8.4.2025	
		GBM	P1		8.4.2025	
	US-2.1022	POU, RAT	N, P1		8.4.2025	
		GBM	P1		8.4.2025	
	US-2.1023	POU, RAT	N, P1		11.4.2025	
		GBM	P1		11.4.2025	
	US-2.1024	POU, RAT	N, P1		14.4.2025	
		GBM	P1		14.4.2025	
	US-2.1025	POU, RAT	N, P1		14.4.2025	
		GBM	P1		14.4.2025 <sup>a</sup> .	



2025/90356

28.4.2025

**Berichtigung der Verordnung (EU) 2024/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828 und der Verordnung (EU) 2023/1542 und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG**

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2024/1781, 28. Juni 2024)

1. Seite 47, Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe d:

*Anstatt:* „d) Festlegung von Prioritäten gemäß Artikel 26.“

*muss es heißen:* „d) Festlegung von Prioritäten in Bezug auf unverkaufte Verbraucherprodukte, für welche die Einführung eines Verbots der Vernichtung durch die Wirtschaftsakteure gemäß Artikel 18 Absatz 3 in Betracht zu ziehen ist, insbesondere elektrische und elektronische Geräte, bei der erstmaligen Ermittlung dieser unverkauften Verbraucherprodukte.“

2. Seite 60, Artikel 41 Absatz 4:

*Anstatt:* „(4) Bei Produkten, die unter einen gemäß Artikel 4 erlassenen delegierten Rechtsakt fallen und für die das EU-Umweltzeichen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 66/2010 vergeben wurde, wird davon ausgegangen, dass sie die Ökodesign-Anforderungen des delegierten Rechtsakts erfüllen, soweit diese Anforderungen von den Kriterien für das EU-Umweltzeichen gemäß Artikel 16 Absatz 2 der genannten Verordnung abgedeckt sind.“

*muss es heißen:* „(4) Bei Produkten, die unter einen gemäß Artikel 4 erlassenen delegierten Rechtsakt fallen und für die das EU-Umweltzeichen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 66/2010 vergeben wurde, wird davon ausgegangen, dass sie die Ökodesign-Anforderungen des delegierten Rechtsakts erfüllen, soweit diese Anforderungen von den Kriterien für das EU-Umweltzeichen gemäß Artikel 8 der genannten Verordnung abgedeckt sind.“

3. Seite 70, Artikel 65 Absatz 3 Unterabsatz 5:

*Anstatt:* „Die Zielvorgaben sehen vor, dass ein Anteil von mindestens 50 % der auf der Ebene der öffentlichen Auftraggeber oder der Auftraggeber durchgeführten Beschaffungen oder der auf nationaler Ebene aggregierten Beschaffungen auf Jahres- oder Mehrjahresbasis in Bezug auf die in Unterabsatz 4 genannten ökologisch nachhaltigsten Produkte durchgeführt werden muss.“

*muss es heißen:* „Die Zielvorgaben sehen vor, dass ein Anteil von mindestens 50 % der auf der Ebene der öffentlichen Auftraggeber oder der Auftraggeber durchgeführten Beschaffungen oder der auf nationaler Ebene aggregierten Beschaffungen auf Jahres- oder Mehrjahresbasis in Bezug auf die ökologisch nachhaltigsten Produkte durchgeführt werden muss.“

4. Seite 73, Artikel 69 Absatz 5:

*Anstatt:* „(5) Die gemäß Absatz 4 des vorliegenden Artikels zu übermittelnden Informationen werden der Kommission und den übrigen Mitgliedstaaten über das in Artikel 34 der Verordnung (EU) 2019/1020 genannte Informations- und Kommunikationssystem übermittelt und müssen alle verfügbaren Angaben umfassen, insbesondere die zur Identifizierung des nichtkonformen Produkts erforderlichen Daten, die Herkunft des Produkts, die Art der behaupteten und der tatsächlichen Nichtkonformität, die Art und Dauer der ergriffenen nationalen Maßnahmen sowie die von dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer vorgebrachten Argumente.“

*muss es heißen:* „(5) Die gemäß Absatz 4 des vorliegenden Artikels zu übermittelnden Informationen werden der Kommission und den übrigen Mitgliedstaaten über das in Artikel 34 der Verordnung (EU) 2019/1020 genannte Informations- und Kommunikationssystem übermittelt und müssen alle verfügbaren Angaben umfassen, insbesondere die zur Identifizierung des nichtkonformen Produkts erforderlichen Daten, die Herkunft des Produkts, die Art der behaupteten Nichtkonformität und der Gefahr, die Art und Dauer der ergriffenen nationalen Maßnahmen sowie die von dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer vorgebrachten Argumente.“